

# Leipziger Volk

**Hast du dich schon zur Wahlarbeit gemeldet?**

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes**

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

<b>Bezugspreis</b> mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.-Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 - <b>Vollstreckkonto Leipzig Nr. 534 77</b>	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. - <b>Verlag in Leipzig,</b> Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72203	<b>Inseratenpreise:</b> Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platznotschrift 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonelle mit 50% Nachl. Reklamezeile 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10gep. Kolonelle 40 Pf. bei Platznotsch. 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

## Reichstagsauschuß und Rotfrontverbot Das Doppelgesicht der Deutschnationalen

### Die Kommunisten verhindern die Aufhebung des Reudell-Diktats

#### Reudell und Thälmann als Bundesgenossen

Der Überwachungsaußschuß des Reichstags trat am Dienstagmittag unter vollzähliger Anwesenheit seiner Mitglieder zusammen. Von der Regierung waren der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister herzt anwesend. Die Reichskanzlei war nicht vertreten. Reichsminister Marx, der sich zur Zeit in Urlaub befindet, hat es ausdrücklich abgelehnt, den Abgeordneten Hergt mit seiner Vertretung zu beauftragen.

Die Frage, ob die Verhandlungen öffentlich geführt werden sollten, wurde von der Auschlußmehrheit verneint. Den sachlichen Beratungen lag ein sozialdemokratischer Antrag zugrunde, durch den Reichsminister Marx aufgefordert wird, einen Verzicht auf das Ersuchen des Reichsinnenministers zu veranlassen. Ein kommunistischer Antrag fordert, ein derartiges Ersuchen an die Reichsregierung zu richten. Außerdem beantragten die Sozialdemokraten die Vorlegung der Denkschrift, in der Reudell sein Vorgehen begründet.

Abg. Rosenfeld (Soz.) begründet diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß der Minister verpflichtet sei, dem Ausschuß den Sachverhalt zu seinem Vorgehen zu unterbreiten. Der Reichsinnenminister erwiderte darauf, er habe Bedenken, die Denkschrift vorzulegen, da sein Material so der Öffentlichkeit unterbreitet würde. Das möchte er vermeiden.

Auf die Frage des Ausschußvorsitzenden Henke (Soz.), ob der Minister die Kompetenz des Ausschusses bezweifle, äußerte sich v. Reudell verneinend. Er fügte hinzu, es sei jedoch eine andere Frage, ob die Beschlüsse eine staatsrechtliche Verpflichtung in sich schlossen. Die Abgeordneten Emingert (Bayr. Volksp.), Schulz (D. Vp.) und Schulz (Dnat.) sprachen sich im Sinne des deutschnationalen Innenministers aus.

Abg. Hindenburg (Soz.) trat den Ausführungen seiner Vorredner entgegen. Er wies darauf hin, daß der Reichsinnenminister nur ein Organ der Reichsregierung sei, und wenn er unmittelbar vor den Wahlen Verfügungen erlasse, die als Eingriff in die Wahlfreiheit anzusehen seien, so schädige er damit das Volk und die Volksvertretung. Die Kompetenz des Ausschusses zur Stellungnahme sei zweifellos. Das habe bei der Schaffung der Reichsverfassung auch der völksparteiliche Abgeordnete Henke anerkannt. Der Minister sollte sich deshalb nicht auf einen formellen Standpunkt stellen, sondern freiwillig Auskunft geben. Der Minister möge deshalb im Interesse des Volkes und eines ruhigen Verlaufes der Wahlbewegung auf seine Befragung verzichten.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) wies an Hand der Verfassung nach, daß der Überwachungsaußschuß das Recht habe, Untersuchungen vorzunehmen und von diesem Gesichtspunkt aus die Vorlegung der Denkschrift des Ministers fordern müsse. Noch niemals habe ein Reichsinnenminister derartige Ersuchen an die Länder gerichtet. Man stelle sich vor, daß etwa ein sozialdemokratischer Minister ein solches Verbot für Bayern ausgesprochen hätte. Es entbehre übrigens nicht der Komik, daß gerade die bayerische Regierung, in welcher der föderalistische Gedanke stark vertreten sei, und die Deutschnationalen ausschlaggebenden Einfluß ausübten, sich dem Vorgehen des Herrn v. Reudell angeschlossen hätten. Er wünsche schon mit Rücksicht auf den Widerspruch von 16 Länderregierungen gegen das Ersuchen die Zurückziehung des Erlasses.

Der Abg. Thälmann (Komm.) begründete dann in einer stundenlangen und von Gemeinheiten gegen die Sozialdemokratie strotzenden Rede den kommunistischen Antrag auf Zurückziehung des Verbots. Anstehend äußerte sich Herr v. Reudell. Er verteidigte sich auf die reichsgerichtliche Rechtsprechung und insbesondere auf zwei Urteile aus dem Dezember 1927, in denen ausgesprochen sei, daß der Rote Frontkämpferbund eine staatsfeindliche Organisation wäre. Es wäre vielleicht besser gewesen, schon früher vorzugehen. Wenn man aber noch länger gewartet hätte, so hätte sich die Notwendigkeit des Verbots nach den Wahlen in der Zeit ergeben, in der noch keine neue Regierung gebildet gewesen wäre, und das hätte man nicht verantworten können. Der Reichsminister hat allerdings wiederholt lebhaft Bedenken dagegen geäußert, in diesem Zeitpunkt das Verbot zu erlassen.

Auf die Frage des Abgeordneten Schulte (Zentrum) über die Stellung des Reichsministers zu dem Verbot, erklärt v. Reudell, daß er Näheres nicht anführen könne. Die in Berlin anwesenden Kabinettsmitglieder seien davon unterrichtet worden, daß die Aktion gegen den Frontkämpferbund stattdessen würde. Ein Beschluß des Kabinetts sei nicht gefaßt worden.

Abgeordneter Schulte (Zentrum) weist danach auf den wichtigen politischen Charakter des Verbotes hin und stellt folgenden Antrag:

„Ohne zu der Frage, ob die gesetzlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für das Vorgehen des Ministers gegeben waren, Stellung zu nehmen, hält der Ausschuß diese Maßnahme im gegenwärtigen Augenblick für nicht zweckmäßig.“

Minister v. Reudell erklärt, daß der Ausschuß staatsrechtlich nicht das Recht habe, Verfügungen zu erlassen eines Ministers, durch die die Rechte des Reichstages nicht verletzt worden seien, so zu behandeln, daß die Reichsregierung um Zurückziehung der Maßnahme ersucht werde.

Die Abstimmungen

Ein Antrag Emingert auf Vertagung der Entscheidung bis zur Beschlußfassung des Staatsgerichtshofes wurde gegen acht Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei abgelehnt.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes erhielt nur die acht Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten. Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der neun Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und des Demokraten.

Gegen beide Anträge stimmten die zehn Vertreter der anderen Parteien. Der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift wurde von allen bürgerlichen Parteien, 11 gegen 8 Stimmen, abgelehnt. Der Antrag des Zentrums, das Verbot für den gegenwärtigen Augenblick für nicht zweckmäßig zu erklären, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt, da die beiden Kommunisten mit den Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei gegen den Antrag stimmten. Er fiel mit zehn gegen zehn Stimmen.

Der Vorwärts schreibt zu dem Ausgang der gestrigen Verhandlungen: „Der Antrag des Zentrums erklärte das Vorgehen des Ministers „im Augenblick für nicht zweckmäßig“. Der klare Sinn dieses Antrages war, daß „in diesem Augenblick“, unmittelbar vor der Wahl, ein Eingriff in die Bewegungsfreiheit einer Partei auf keinen Fall unternommen werden dürfe. Es bestand also für die Kommunisten gar kein Grund, gegen diesen Antrag zu stimmen. Trotzdem halfen sie den Deutschnationalen und den anderen Rechtsparteien den Schlag parieren, der gegen v. Reudell gerichtet war. Man sah zum Schluß bei den Deutschnationalen nur vergnügtes Gesicht — der Transportarbeiter Thälmann hat sich wieder einmal bewährt. Einst war er es, der den Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Ziele trug, gestern hat er sich an Herrn v. Reudell die Lebensrettermedaille verdient.“

Die Germania sagt zu dem Ergebnis: „Die Verhandlungen haben klar erkennen lassen, daß die große Mehrheit der Ausschußmitglieder dem Reichsminister des Innern mit stärksten Bedenken gegenübersteht. v. Reudell wird sich, wie man annehmen kann, hierdurch ebensovienig beirren lassen, wie durch die Bedenken, auf die er bei seinen Ministerkollegen gestoßen ist. Er wartet auf die Entscheidung des Staatsgerichtshofes. Dieser hat die eigentlich politische Frage, nämlich die der Zweckmäßigkeit, nicht zu prüfen. Auf Grund der tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzung hat er seine Entscheidung zu treffen. Seine politische Frage ist aber bereits entschieden. Die Haltung der Reichsminister, der der Länder und des Ausschusses hat sie klar beantwortet. Der Schritt des Reichsinnenministers war ein politischer Mißgriff, der in dem gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt hätte unterbleiben müssen.“

Die Rote Fahne ruft entsetzt: „Der Bürgerblock bedauert Reudell!“ Man traue seinen Augen nicht. Der Bürgerblock hat sich gestern im Überwachungsaußschuß wieder einmal als lebensunfähig gezeigt. Gebet wurde Reudell von Teilen des Bürgerblocks und seinen Bundesgenossen, den Kommunisten.

#### Reudell rüstet zum Abgang



Und was soll dem Weggang von Erzellenz mit all den Affen geschehen, die Erzellenz hier aufgeschauft haben? Schaffen Sie's auf mein Gut, - gibt famosen Dünger!

#### Das Doppelgesicht der Deutschnationalen Der Schwindel mit den Landvolk-Listen

„Wer in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Unheil und breitet es weiter und weiter. Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet sich die Welt!“

Mit diesem Goethewort schloß der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, der Landtagsabgeordnete Schreiber, seine Wahlrede vor der diesjährigen Hauptversammlung des Landbundes im Rochlitzer Bezirk. Der Landbund hat, wie schon berichtet, auch in Sachsen eigene Wahllisten aufgestellt. Schon vorher hatten sich im Reichstag ein Viertel Duzend Abgeordnete von den Deutschnationalen losgelöst, um unter der Firma einer „Christlich-nationalen Volkspartei“ die mit der großagrarischen Interessenspolitik der Deutschnationalen unzufriedenen kleinen Landwirte abzufangen. Die abgeschwenkten Mitglieder dieser neuen Bauernpartei wurden schon 1924 auf besonderen Listen des Landbundes gewählt, kehrten aber nach dem Zusammentritt des Reichstages reuevoll in den Mutterchoß der großagrarisches Deutschnationalen Volkspartei zurück.

So ist es auch mit den Landvolklisten. Die Deutschnationalen wissen nur allzugut, daß ihre demagogischen Versprechungen, die sie vor den letzten Wahlen machten, nicht eingehalten worden sind und daß ihre gesamte Politik auf die Interessen der großen Rittergutsbesitzer, der ostelbischen Großagrarien, von denen jeder einzelne über ein kleines Herzogtum verfügt, eingestellt gewesen ist. Das war eben die Aufgabe des Ernährungsministers Dr. Schiele, der nicht nur verstand, die Maiszölle im Interesse seiner Maiszener zu erhöhen und damit dem kleinen Bauern, der gezwungen ist, Futtermittel zu kaufen, erneute Lasten aufzubürden.

Die Deutschnationalen fürchten sich vor der Abrechnung, die ihre Wähler am 20. Mai halten werden. Wir erinnern an die hundertprozentigen Versprechungen an die Aufwertungsleute, von denen nichts gehalten worden ist. Zur Stärkung ihres Gedächtnisses werden wir den Opfern dieser Demagogie jenes Flugblatt wieder zugänglich machen, in dem die Deutschnationale Volkspartei des Bezirks Leipzig den Sparern und Rentnern ihre hundertprozentigen Versprechungen machte. In diesem Flugblatt wurde u. a. gesagt:

„Die Sozialdemokratie spricht durch ihr Organ, die Leipziger Volkszeitung, angesichts der Bemühungen der Deutschnationalen schon heute (also vor den Wahlen) von einem Aufwertungs-schwindel.“

Wer aber hat recht behalten? Wer hat die Schwindel-mandover der Deutschnationalen rechtzeitig und richtig eingeschätzt? Die Leipziger Volkszeitung, das Organ der Sozialdemokratie. Leider hat sie dennoch nicht zu verhindern vermocht, daß die Aufwertler der deutschnationalen Demagogie zum Opfer fielen.

Auch die Landvolklisten sind nur ein Mittel der Deutschnationalen, um die Flucht ihrer Wählermassen aufzuhalten, und wir warnen die Opfer dieses Betruges wiederum. Die Landvolklisten sind das Mittel, um den kleinen Bauern adernals zu fördern, damit nach der Wahl seine Interessen ebensovienig mißachtet werden, wie seinerzeit die Interessen der Sparern und der kleinen Rentner, die nunmehr der Armenfürsorge verfallen sind.

An der Spitze der Landvolklisten der drei sächsischen Kreise steht der Landtagsabgeordnete Dr. Schreiber. An zweiter Stelle folgen in Dresden der bisherige deutschnationale Reichstagsabgeordnete Domsch. In Chemnitz wurde ein Rittergutsbesitzer an zweite Stelle gesetzt, und in Leipzig rangiert Herr Dr. Philipp, Borna, der die Deutschnationalen seit 1919 im Reichsparlament vertreten hat, an gleicher Stelle. Der Rittergutsbesitzer in Chemnitz Bezirke allein schon zeigt, was es mit den Land„volk“listen auf sich hat. Ober soll etwa der Studentrat Albrecht Philipp aus Borna bei Leipzig, dessen Fachstudium die Geschichte ist, den kleinen Bauern helfen? Gewiß, Herr Philipp hat sich ein großes Verdienst erworben. Er war neben dem Demokraten Dr. Schücking Berichterstatter jenes Untersuchungsausschusses, in dem mit der Dolchstoßlegende endgültig gebrochen wurde, trotz gegenteiliger Behauptungen, die er im Rundfunk aufzustellen strebte. Vielleicht überreicht Herr Dr. Philipp seinen Landvolkwählern eine mit eigenhändiger Widmung versehenes Exemplar seiner Schrift über „August den Starken und die Pragmatische Sanktion“. Daraus dürften sie von ungefähr ersehen können, wie der Rot der kleinen Landwirtschaft unter der Herrschaft des deutschnationalen Ernährungsministers Dr. Schiele gesteuert werden kann. Herr Philipp steht außerdem, wie schon gemeldet, an 28. Stelle der deutschnationalen Reichswahlliste, womit bereits jedermann ersichtlich wird, daß die Landvolklisten nur als Abseger der Deutschnationalen zu bewerten sind, wobei gleichzeitig besonders mißliebige deutschnationale Abgeordnete untergebracht werden sollten.

Zeigt schon diese Tatsache die skrupellose Demagogie, die gegenüber den kleinen Landwirten getrieben wird, so bestätigte Herr Dr. Schreiber in seinem Referat auf der Hauptversammlung des Landbundes im Rochlitzer Bezirk, daß an unseren

# Ein Stück aus dem Zollhaus

## Kosbach als Zeuge im Femeprozeß — Mordbefehle des Bandenführers

### Der geheime Operationsplan

SPD Stettin, 24. April.

Die Verhandlungen im Rosenfelder Nordprozeß sind am Dienstag wieder aufgenommen worden. Aussicht, daß sie in dieser Woche beendet werden, besteht vorläufig nicht.

Die Sitzung beginnt mit einer Erklärung des Generalleutnants v. Pawelz, in der er die Stellung der damaligen Regierung Bauer gegenüber den aufzulösenden Freikorps präzisiert. Die Reichswehr habe damals dem Willen der Regierung, die Freikorps aus der Welt zu schaffen, wenn auch unter schwierigen Verhandlungen, Folge geleistet. Rechtsanwalt Bloch stellt an v. Pawelz einige Fragen bezüglich der Schwarzen Reichswehr im Jahre 1923. Die Beantwortung dieser Fragen lehnt der Zeuge als nicht zur Sache gehörig ab. Der Oberstaatsanwalt stellt fest, daß die Arbeitskommandos der Schwarzen Reichswehr tatsächlich Angehörige der Reichswehr waren, daß dies aber mit der in Frage stehenden Straftat in keinem Zusammenhang stehe. Auf eine neuerliche Behauptung von Bodungens im Laufe der Verhandlung, daß damals

#### eine Mobilmachung gegen Polen geplant

war, ruft der Generalleutnant v. Pawelz darzulegen: „Sie unterliegen einem Irrtum! Sie haben damals eine Mobilmachung geplant, von der Sie mich sicher nicht unterrichtet haben.“ Zeuge v. Pawelz stellt dann unter äußerster Spannung der Prozedur fest, daß im Jahre 1920 in Saabow, dem Quartier Kosbachs, ein Geheimbefehl beschlagnahmt wurde, der mit großem militärischen Verständnis

#### einen Operationsplan der Kosbacher

entwickelte, der bei eventuellen Unruhen in Stettin und Pomern verwirklicht werden sollte. Dieser Plan enthielt u. a. den Befehl: Kaderführer sind festzunehmen und eventuell tödlich zu bestrafen. Bei diesem Befehl handelt es sich nicht nur um eine Beteiligung von Berrätern, sondern um die strikte Anweisung, politisch Anderdenkende zu beseitigen. Das bedeutet, so ruft der General mit erregter Stimme in den Saal, die Anforderung zu einem ganz strengen politischen Mord. Gegen diese Antriebe der Kosbacher sei das Reichswehrkommando mit aller Entschiedenheit aufgetreten.

Im weiteren Verlauf des Prozesses wird der ehemalige Oberleutnant und Freikorpsführer Kosbach als Zeuge vernommen. Er ist 35 Jahre alt und gibt an, gegenwärtig als Sportkulturführer beschäftigt zu sein. Er erzählt in langen Ausführungen von der Gründung seines Freikorps und dessen Marsch nach Kurland, den er sich an der Grenze mit Androhung von Geschloßfeuer von der Reichswehr erzwingen habe. In Mecklenburg habe er und sein Freikorps, als dieses schon den Auflösungsbescheid hatte, unter Lettow-Vorbeck den Kapp-Putsch mitgemacht. In Essen, wo er später unter General Battenberg eingeseht wurde, seien eine Anzahl festgenommener Zivilpersonen auf Veranlassung seines Gerichtsoffiziers erschossen worden. Der Gerichtsoffizier und sein Feldwebel seien später wegen dieser Tat vor Gericht freigesprochen worden. Möglicherweise könne es sich aber auch um eine Amnestie gehandelt haben. Dann schildert Kosbach seine Ankunft in Pommern. Er sei zunächst an den Vorsitzenden des Landbundes, den Zeugen v. Bodungen, verwiesen worden. Er bestritt jedoch, den Schutz der Großagrarier beabsichtigt zu haben. — **Vorsitzen**

der: Was hatte Ihre Anwesenheit denn für einen Zweck? — Kosbach: Wir warteten darauf, später wieder als Truppe Verwendung zu finden. Herr v. Bodungen sagte mir damals, daß er in englischer Fühlung mit der Reichswehr stehe und daß

Berräter von Waffen unter allen Umständen unschädlich gemacht werden müßten.

Diesem Befehl habe ich gar nicht so unnatürlich gefunden, aber es hätte für mich dieses ausdrückliche Befehls gar nicht bedurft. Kosbach verliest dann einen Befehl des mecklenburgischen Majors vdt Treffentin, bewaffnete Arbeiter ohne weiteres zu erschließen, Streikposten, Kaderführer und Heher festzunehmen und nach Lage der Sache vorzugeben.

Er, Kosbach, habe während des Kapp-Putsches infolge dieses Befehls verschiedene Leute in Mecklenburg erschossen lassen und der Reichswehr Meldung darüber erstattet.

Generalleutnant v. Pawelz bemerkt dazu, daß die Reichswehr in Mecklenburg während des Kapp-Putsches auf der Seite der Putschisten stand.

Der Oberstaatsanwalt hält dem Zeugen Kosbach dann vor, daß er sich doch zweimal, einmal bei Uebergang nach Kurland und einmal während des Kapp-Putsches, in Widerspruch zur Reichswehr gesetzt habe. Im übrigen bekräftigt Kosbach die Aussagen v. Pawelz, daß dieser ihm zugesichert habe, seine Leute ebenfalls als Zeitfreiwillige der Reichswehr einzusetzen. Bei der Unterredung mit v. Pawelz habe er diesem mitgeteilt, daß das Freikorps keine Waffen aus Mecklenburg mitgebracht habe. Darauf habe ihm v. Pawelz gesagt, Waffen seien geheim zu halten. Von Pawelz bestritt jedoch ganz positiv, mit Kosbach je über Waffen gesprochen zu haben, geschweige denn, ihm irgendeinen Geheimhaltungsbefehl gegeben zu haben. Zu der

#### Er mordung Schmidts

erklärte Kosbach, daß er befohlen habe, über Berräter eine Untersuchung einzuleiten, ihn abzuschießen oder ihn von einem Standgericht aburteilen zu lassen. Heines habe ihm eines Tages gemeldet, Schmidt erschossen zu haben, ohne daß ein Standgericht einberufen worden wäre, da dieses aus zwingenden Gründen nicht möglich gewesen sei. Kosbach habe diese Mitteilung nicht geäußert, sondern sich darüber bewahrt. Ueber die Gründe, die Heines zwangen, von dem Befehl abzuweichen, sei dem Zeugen nichts bekannt. Er habe ihn nicht danach gefragt, da er sonst vielleicht in die Lage gekommen wäre, Heines den bürgerlichen Gerichten zu übergeben. Auf die Frage des Oberstaatsanwalts, woher Kosbach die Nachricht vom Standgericht erhalten habe, erklärt Kosbach, daß er sich auf einen Befehl Lettow-Vorbecks und des Majors Treffentin beziehe. Der Staatsanwalt antwortet ihm, es müße ja an

#### wie ein Stück aus dem Zollhaus,

sch auch hier noch, ohne zu erröten, als Führer einer privaten Arbeitgemeinschaft das Recht über Leben und Tod eines Menschen auszuüben.

Dann wird der ehemalige Freikorpsführer Hauenschein aus Oberhessen vernommen, der seinerzeit Leiter einer Spezialpolizei der Selbstschutz-Organisationen war. Er sagte aus, daß während des polnischen Aufstandes von dieser Polizei etwa 200 Befestigungen von Spionen und Berrätern erfolglos seien. Es seien Giftbomben und Handgranaten verwandt worden. Die Polizei sei auf Veranlassung eines Dr. Hobus gegründet worden.

## Schiedsvertrag mit Amerika

U Berlin, 24. April.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind zwischen dem amerikanischen Staatssekretär Kellogg und dem deutschen Botschafter in Washington v. Britzow Verhandlungen über den Abschluß eines Sicherheits- und Ausgleichsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ausgenommen worden. Die Anforderung zu diesem Vertrag ist bekanntlich in diesem Jahre an Deutschland ergangen. Es ist damit zu rechnen, daß bereits in der nächsten Woche die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen wird. Dieser Vertrag darf nicht mit dem Kriegsvertragsvertrag verwechselt werden, sondern ist zu der Reihe der Schiedsgerichts- und Ausgleichsverträge zu rechnen, die die Vereinigten Staaten außerhalb dieses Vertrages bereits mit einer Reihe von andern Staaten geschlossen haben.

## Kommunistenjagd in Oberschlesien

W Katowitz, 24. April.

Die Kommunistenverhaftungen in Oberschlesien sowie in dem benachbarten Dombrowaer Kohlenrevier nehmen einen ausnehmend großen Umfang an. So sind weiter in oboerschlischen Ortschaften Verhaftungen vorgenommen worden, ebenso in Sosnowitz, wo 52 Personen verhaftet wurden. Verhaftungen von Kommunisten erfolgen nach der Uebernahme, nachdem die kommunistischen Parteien in Oberschlesien als illegal erklärt wurden, gewöhnlich jedesmal vor dem 1. Mai. Es sieht jedoch so aus, als wenn diesmal eine ausgedehnte Generalaktion gegen Kommunisten eingeleitet würde, was zum Teil auf den starken kommunistischen Stimmenzuwachs bei den letzten Sejm- und Senatswahlen zurückzuführen sein dürfte.

Wie die ukrainischen Blätter Wolens mitteilen, plant die kommunistische Parteileitung die Bildung einer Gesamtgruppe der linksradikalen Sejmabgeordneten. Dieser Gruppe würden die Kommunisten, die beiden ukrainischen Sel-Rob-Gruppen und die welsch-russischen Abgeordneten beitreten, die der Symon-Richtung angehören. Dieser linksradikale Sejmklub würde dann etwa 15 Mitglieder zählen.

## Die Militärdienstpflicht in Polen

DE. Das neue Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht ist in polnischen Gesetzblatt veröffentlicht worden. Die Wehrpflichtigkeitsverordnung des polnischen Staatspräsidenten vom 17. Januar d. J. erklärt dadurch einige Abänderungen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende: Die aktive Dienstzeit im Heer beträgt im allgemeinen zwei Jahre. Ausgenommen sind die Kavallerie (2 Jahre und 1 Monat), die reitende Artillerie (2 Jahre und 3 Monate) und die Marine (2 Jahre und 3 Monate). In der Reserve verbleiben die Mannschaften bis zum 40. und die Offiziere bis zum 50. Lebensjahre, in der Landwehr die Mannschaften bis zum 50. und die Offiziere bis zum 60. Jahr. Den Dienstpflichtigen, die eine Mittelschule oder eine andere vom Unterrichtsministerium einer Mittelschule gleichgestellte Lehranstalt absolviert haben, wird die Dienstzeit in der Armee auf 15 Monate verkürzt. Sofern aber Angehörige dieser Gruppe von Dienstpflichtigen die Bedingungen für eine Beförderung zum Leutnant der Reserve während dieser Zeit nicht erreichen, wird auch ihnen die Dienstzeit auf 2 Jahre verlängert.

Feststellungen nicht zu zweifeln ist. Er erklärt, die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe sei heute „ein unbekannter Begriff“. Zum mindesten haben es die deutschnationalen Großgrundbesitzer rechtzeitig verstanden, sich von den Einkommensteuern nahezu vollkommen freizuhalten. Im Geschäftsjahre 1926/27 wurden insgesamt 2500 Millionen an Einkommensteuern ausbezahlt. Dazu trug die Landwirtschaft — sage und schreibe — 87 Millionen bei, während die Arbeiter in Form von Lohnsteuer monatlich wenigstens 100 Millionen aufzubringen hatten. Wir erkennen die Note der kleinen Landwirte rückhaltlos an. Wie kommt es aber nun, daß der Kleinbesitzer wesentlich höhere Einkommensteuern zu tragen hat, als der Großagrarier mit vielen Hunderten Hektar Land? In Baden, wo der kleine Bauernbesitz vorherrschend ist, entfielen auf den Hektar 145 Mark an Einkommensteuern, in Thüringen, das Sachsen etwa gleichgeordnet ist, wurden auf den Hektar 120 Mark bezahlt. Mecklenburg aber, wo der Großgrundbesitz zu Hause ist, zahlte 34 und Ostpreußen gar nur 17 Mark Einkommensteuern pro Hektar Land.

In diesem trassen Gegensatz kennzeichnet sich die Interessentpolitik, die zugunsten des Großgrundbesitzers getrieben wird. Sind daran etwa auch die Juden schuld, die Herr Dr. Schreiber in seinem Referat als die Urheber aller Uebel darzustellen suchte? Daß es gerade Wilhelm II. gewesen ist, der, wie Dr. Schreiber festgestellt hat, dem ersten Juden Zutritt zum kaiserlichen Hofe gewährte, zeugt nicht gerade für die Richtigkeit der monarchistischen Einstellung der Deutschnationalen. Wenn schon diese Behauptung richtig ist, dann wäre Wilhelm II. der eigentliche Schuldige an der Not der Landwirtschaft, den die Deutschnationalen möglichst schon am 21. Mai wieder zurückholen möchten. Ueberdies wird gerade die Landbundespresse Hugensbergs ausgesprochen von Juden gemacht, und Herr Dr. Schreiber hat dagegen nichts einzuwenden.

Der Landbundesführer wettert gegen die weit gesunkene Moral in unserem Volke. Das sei auf die falschen Erziehungsmethoden zurückzuführen. Denn schon Friedrich der Große habe gesagt, der Schulmeister habe die Scholasten des Siebenjährigen Krieges gewonnen. Was es mit der Schulpolitik der Deutschnationalen auf sich hat, das werden wir dieser Tage in einem besonderen Aufsatz zeigen, und zwar an der Hand der Schulmeisterdiskussion, die im großagrarischen Mecklenburg, im früheren Lande des Ochsenkopfes, in dem erst nach dem Zusammenbruch ein Parlament geschaffen worden ist, noch heute zu finden sind.

Jedenfalls bleibt nichts unverändert, um die kleinen Landwirte, trotz aller ihres Widerstrebens, wiederum an die Fesseln der Deutschnationalen zu fesseln, und Dr. Schreiber ist wenigstens offen und ehrlich genug, zuzugeben, was im „Sächsischen Landvolk“, den „Merktblättern für die Reichstagswahl am 20. Mai 1928“, die vom Landbund verbreitet werden, bisher beharrlich verschwiegen wurde. Er sagte:

„Der Anschlag der Landwirtschaft muß an die Deutschnationalen Partei erfolgen. 15 sichere Klöße haben wir in der Reichspolizei. 7 davon sind von Männern besetzt, die der Landwirtschaft nahe stehen ...“

Ist es richtig, daß die Landwirtschaft eine eigene Partei gründet oder Bewegung bleibt? Als Partei müßte sie wieder Verbindung mit den Deutschnationalen aufnehmen ...“

Und damit keinerlei Zweifel übrig bleibt, stellte Herr Schreiber am Schluß seiner Rede nochmals ausdrücklich fest, daß eine Besserung des Bauernstandes nur zu erwarten sei

„von der Landvolkliste, sie ist der Deutschnationalen Partei verpflichtet.“

Damit enthüllt sich der eigentliche Charakter der Landvolklisten. Ihrem eigenen Programm trauen die Deutschnationalen mit Recht nicht soviel Zugkraft zu, um sich die Stimmen der kleinen Landwirte, der kleinen Bauern zu erhalten. Darum derselbe Schwindel und die gleichen Betrugsmethoden, die 1924 den Aufwertlern gegenüber getrieben wurden. Herr Schiele hat für die Landwirtschaft „geforst“, aber nur für die Ditzelbier und die Rittergutsbesitzer. Darum die Revolte der kleinen Bauern.

„Wer in schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist, der vermehrt das Uebel“, das dem kleinen Bauern durch die auf die Interessen der Rittergutsbesitzer eingestellte Politik der Deutschnationalen droht. „Aber wer fest auf dem Sinne verharret“, den die kleinen Bauern während der letzten Monate erkennen ließen, „der bildet sich die Welt.“

Die Sozialdemokratie zeigt in ihrem Agrarprogramm, trotz der Lügenmanöver der Landbundschriften, daß sie keineswegs daran denkt, den kleinen Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle zu holen. Die Interessen der kleinen Bauern sind identisch mit denen der Arbeiterschaft. Niedriger Lohn bedeutet geringe Kaufkraft der breiten Massen und vermehrte Absatzschwierigkeiten an den Märkten der Städte, auf die der kleine Bauer seine Produkte bringt. Die Sozialdemokratie hat sich jederzeit für die Forderungen der kleinen Bauern eingesetzt. Sie leugnet aber nicht, daß zwischen ihr und der großagrarischen Interessentpolitik der Deutschnationalen ein unüberbrückbarer, tieflaffender Gegensatz besteht.

## Sozialdemokraten heißt!

### Die neueste SPD-Parole

SPD. Die kommunistischen Wahlversammlungen leiden an chronischem Teilnehmermangel. Also muß eine zusätzliche Parole her. Schon ist sie gefunden! In Düsseldorf luden die Kommunisten zu einer Wahlversammlung ein, als Senation war angekündigt: „ein Mitglied der SPD spricht!“ Natürlich handelt es sich nicht um einen Sozialdemokraten, sondern um einen als Sozialdemokraten maskierten Kommunisten. Aber interessant genug: die Kommunisten sind voll gläubigen Vertrauens, daß dem großen Namen der Sozialdemokratie die Massen folgen werden — in die Versammlungen wie zur Wahl!

## Der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag

### In Braunschweig beschlossen, in Mecklenburg abgelehnt

U Braunschweig, 24. April.

Der Braunschweigische Landtag nahm heute in erster und zweiter Lesung die von der Regierung eingebrachte Vorlage, wonach der 1. Mai im Lande Braunschweig zum gesetzlichen Feiertag erklärt wird, an. Ob dafür der Budgetfall ausreicht, steht noch nicht fest.

U Schwerin, 24. April.

Im mecklenburgischen Landtag wurde heute in dritter Lesung der Gesetzentwurf der Sozialdemokraten und Kommunisten, den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag zu erklären, mit 28 gegen 24 Stimmen abgelehnt. Wegen das Gesetz stimmten sämtliche bürgerlichen Abgeordneten einschließlich der Demokraten.

Verhaftung eines Ukrainerführers. In Lemberg wurde der Führer des bekannten ukrainischen Militärverbandes, Szastkewicz, der in Prag lebt und auf einen falschen Paß nach Polen gekommen war, verhaftet.

## Englands Schulden

### Churchills Budgetrede

SPD London, 24. April. (Eig. Drahtbericht.)

Vor einem in allen Rängen überfüllten Hause hielt der britische Schatzkanzler Churchill seine diesjährige Budgetrede. Er eröffnete sie mit der Feststellung, er könne sich keines Budgets der jüngsten Zeit entfallen, das wie dasjenige von 1927 trotz einer Reihe ungünstiger Faktoren balanciert werden konnte. Der Schatzkanzler habe während der letzten 12 Monate einem Ausfall von Einnahmen bzw. unvorhergesehenen zusätzlichen Ausgaben in der Höhe von 25 Millionen Pfund Sterling (600 Millionen Mark) gegenübergestanden. Daß das Budget von 1927 eine solche Aufeinanderfolge von Schlägen, wie sie sich im vergangenen Jahre eingestellt hätten, überlebt habe, und trotzdem ein doppelt so hoher Ueberfluß der Staatseinnahmen als vorgesehen vorhanden wäre, sei ein Schlagender Beweis für die innere Stabilität des Handels. Die Gesamtheit der inneren und äußeren britischen Staatsschuld betrage in diesem Augenblick 7527 Millionen Pfund Sterling (150 Milliarden Mark), was einer Verringerung um 27 Millionen Pfund Sterling (540 Millionen Mark) nach Abschluß des Finanzjahres gegenüber 1927 gleichkomme. In Zukunft möge das Parlament eine feste Summe für die Tilgung der inneren und äußeren Schulden Großbritanniens festlegen und jährlich die Summe von 365 Millionen Pfund Sterling (7 Milliarden Mark) im Budget für Tilgung einlegen. Dadurch würde die gesamte innere und äußere Staatsschuld Großbritanniens einschließlich der Schulden an Amerika in 55 Jahren völlig getilgt werden.

Churchill teilte dann noch mit, daß das von ihm eingebrachte Budget für 1928 eine Gesamtausgabe in der Höhe von 806 105 000 Pfund Sterling (rund 16 Milliarden Mark) vorsehe. Dieser Betrag soll durch Steuern und Zölle aufgebracht werden. Eine Erleichterung der totalen Steuerlasten ist dabei in Aussicht genommen.

## Priester als Bandenführer

SPD Mexiko, 25. April. (Radio.)

Im Verlaufe eines schweren Kampfes zwischen Rebellen und Regierungstruppen fanden 43 Aufständische bei Cuernavaca den Tod. Unter ihnen befindet sich auch der berühmte Priester Pedroza, der im vorigen Jahre den Zugüberfall bei Guadalupe inszenierte und leitete. Pedroza war bisher trotz aller Bemühungen der Regierungstruppen nicht ausfindig zu machen. Jetzt hat ihn das Schicksal ereilt.

## Ein Dekret zum Bürgerkrieg

SPD Berlin, 24. April

Das Oberhaupt der katholischen Kirche Mexikos, Erzbischof Dr. Joseph Mora, ist fern von seiner Heimat am Sonntag gestorben. Mora ist der eigentliche Urheber des Kirchenkonflikts in Mexiko, den die Geistlichen Roms zu einem regelrechten Bürgerkrieg weitergetrieben haben. Er hat seinerzeit die Priester aufgefordert, den Verfügungen der mexikanischen Regierung nicht Folge zu leisten, und die Kirchen zu schließen.

## Eine Schlacht vor Tinnansu

U Hongkong, 24. April.

Nach Meldungen aus dem Hauptquartier der Südmaree hat 20 Kilometer vor Tinnansu die Entscheidungsschlacht begonnen. Die Nordtruppen sollen bereits Vorbereitungen für einen weiteren Rückzug treffen. Es heißt, daß die Sprengung der großen Hohangho-Brücke, die seinerzeit von deutschen Ingenieuren erbaut wurde, geplant ist. In südchinesischen Kreisen ist man über den weiteren Verlauf der Kampfhandlungen sehr zuversichtlich.

## Und abermals China

Nach langer Zeit, seit der mißglückten Offensive des sogenannten Musterregiments von Schangai gegen Tschangtschun, kommen wieder Meldungen aus China, die von größeren Kämpfen, von einer glücklich begonnenen Offensive des Südens gegen den Norden berichten und, was hiermit unermesslich ist, von dem Eingreifen des ausländischen Imperialismus in die Ereignisse. Die Generale Tschangtschun und Tschangtschun haben gegenüber den Truppen der Nordkoalition (Tschangtschun, Tschangtschun, Tschangtschun, Tschangtschun, Tschangtschun) nicht unbeträchtliche Erfolge zu erzielen vermocht, durch die Einnahme von Kufau ist die Verbindung zwischen den Armeen Tschangtschuns und denen Fongs erreicht worden. Diese Verbindung, die bereits vor über einem Jahre hergestellt war, dann aber verloren ging, ist für den Fortgang der Kämpfe von ungemein wichtiger strategischer Bedeutung; was aber sonst gemeldet wird — über die Stärke der Heere, die Zahl der Gefangenen und über die Einzelheiten der Operationen —, läßt sich zur Zeit ebenso schwer mit Sicherheit beurteilen wie die Chancen des neuen Waffenganges. Tschangtschun hat die Offensive gegen das von Hungersnot heimgegriffene Schantung unternommen, Tschangtschun Fong in Honan angegriffen. Der eine hatte Glück, der andere hatte Pech. Die Situation zwang, das Glück zu versuchen: die militärische Position von Fong und Tschangtschun war äußerst ungünstig, Tschangtschuns Heere hatten sie eingeschlossen, und der Winter, der in China ständig zur Lähmung der militärischen Operationen führt, nahm sein Ende. Tschangtschun hatte obendrein noch einen Anlaß, sein Prestige gegenüber Japan, mit dem er zur Zeit in nicht gerade gutem Verhältnis steht, zu verbessern.

Aber — das ist nun die Frage, die für die kommenden Ereignisse von Bedeutung ist: Sind diese neuen Kämpfe ein Ausdruck für eine neue gesellschaftliche Aenderung in den politischen Machtverhältnissen Chinas? Militärische Kämpfe sind, darüber ist kein Zweifel, in China bedingt von einer starken sozialen Tendenz. Die Kämpfe der Generale spiegeln die große revolutionäre Bewegung in China an der Oberfläche wider, gewiß, und die Siege der chinesischen Revolution vom Sommer 1925 und Frühjahr 1927 liegen sich auf den Schlachtfeldern ebenso verfolgen, wie der große Wendepunkt der chinesischen Revolution, der Bruch im revolutionären Lager selbst vom April 1927 militärische Formen annahm. Und wie kein Zweifel darüber ist, daß die jetzigen Kämpfe zwischen Nord und Süd nicht ohne Einfluß auf die künftige Gestaltung Chinas, auf die Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und reaktionär-absolutistischer Ordnung, wie die Triebkraft der bürgerlichen Notwendigkeiten auch jetzt hinter der Offensive der Soldatruppen erkennbar ist, so muß doch von uns Sozialisten eine nicht außer acht gelassene werden: eine soziale Aenderung in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen ist dieser Offensive nicht vorausgegangen.

Die Nanjing Regierung (Tschangtschun) hat so etwas wie eine „innere Konsolidierung“ durchgemacht, sie bildet zwar den stärksten Teil der bürgerlich-revolutionären Gruppen, aber sonst ist doch alles beim alten: der in den Kämpfen von 1926 gezeigte, 1927 zersplitterte revolutionäre Süden ist auch heute noch in die steter Lager zerfallen, die wir vor einiger Zeit hier ausführten. Militärisch und politisch existieren sie nebeneinander, handeln auf eigene Faust, üben sich gleichermaßen in der terroristischen Unterdrückung von chinesischen Proletariats, und wer weiß, ob nicht die Offensive gegen den Norden durch den unerschütterlichen Fongtschun selbst zum Stehen kommen wird, sowie er die Offensive Tschangtschuns feinerzeit dadurch zum Stillstand brachte, daß er seinem „Verbündeten“ die Waffenhilfe verweigerte!

Wir haben hier öfters auf die beiden Bedingungen hingewiesen, von deren Erfüllung die Zukunft der bürgerlichen Entwicklung Chinas abhängig ist. Die eine ist der Ausgleich zwischen der jungen chinesischen Bourgeoisie und den bäuerlichen Mittelschichten — man ist hierzu heute ebenso entfernt wie vor einem Jahre; Wangtschingwei, der frühere Vorsitzende der Kuomintang und Kantonregierung, der dieser Aufgabe am stärksten nachging (ohne aus seiner antiproletarischen Haltung einen Hehl zu machen), ist von der politischen Bildfläche verschwunden. Mit ihr auf das engste verknüpft bleibt die zweite, der Ausgleich der Bourgeoisie mit den Auslandschmähern. Die bürgerliche Revolution in China ist nicht nur gegen den reaktionären Norden, sondern auch gegen den Imperialismus der Auslandschmähern gerichtet. Über dieser Kampf hat eine ökonomische Grenze: die für den jungen chinesischen Kapitalismus gegebene Unmöglichkeit, die Industrialisierung Chinas ohne ausländische Kapitalhilfe zu betreiben. Mag die chinesische Revolution die ihr durch den Auslandskapitalismus errichteten Barrieren niederreißen, den Wunder der ungleichen Verträge, der Zollbeschränkung usw. beseitigen, ja selbst eine Aufhebung der ausländischen Niederlassungen und noch vieles mehr erreichen: diese letzte Grenze kann sie nicht übersteigen, die Befreiung Chinas aus den Angriffslinien der imperialistischen Hauptmächte wird erst erfolgen, wenn in ihnen der Sozialismus die Herrschaft angetreten hat. Deshalb muß die junge chinesische Bourgeoisie vom Standort ihrer Interessen aus zu einem mit dem Herzblut der chinesischen Arbeiter begabten Kompromiß mit dem Ausland kommen. Tschangtschun, der Gouverneur von Kanton, hat den Versuch mit England, Tschangtschun mit Japan unternommen, beide haben diesen Versuch erkannt; aber trotz allen freundschaftlichen Erfolgen hat weder der eine noch der andere etwas Handgreifliches erwirkt. Die Lösung dieser beiden Aufgaben steht also auch heute noch aus. Sie wird nicht von heute auf morgen erfolgen, aber sie ist während eines Jahres kaum einen Schritt vorwärts gekommen. Ob die neu begonnenen Kämpfe hier beschleunigend wirken werden oder ob sie durch diese völlig unerfüllten Bedingungen gehemmt sind (Tschangtschun braucht zum Kämpfen begeisterte Bauernmassen), das läßt sich nicht voraussagen.

Schließlich ist nicht nur noch die Hungersnot in Schantung, sondern auch das Auftreten des japanischen Imperialismus als entscheidend für das Schicksal zwischen Nord und Süd. Mag die Annäherung an den Süden noch so sehr fortschreiten, mag das Verhältnis zwischen Tschangtschun und Japan noch so stark getrübt sein: in dem Augenblick, wo die Truppen des Südens die eigentlichen japanischen Einflusssphären in China, Schantung und die Mandchurien, bedrohen, greift der japanische Imperialismus zu Waffengewalt ein, um „Leben und Eigentum“ seiner Bürger zu „schützen“. Das hat sich mit strengster Genauigkeit in den letzten Jahren wiederholt ein dutzendmal, vielleicht noch öfter abgepielt, und so wird auch diesmal niemanden die am 19. April angeordnete Expedition der 6. japanischen Infanteriedivision nach Schantung wundern. Im Zeichen einer Diskussion der Rechte des Krieges als Mittel der Politik wird die japanische Regierung in Schantung, so es nötig sein sollte, Leben und Eigentum schützen lassen. Im Dezember 1925 war Tschangtschun von Fongtschun und dem später zum Ehrenmitglied des Berliner Roten Frontkämpferbundes erhobenen Luftschiff, die damals die Volksarmeen befehligten, so tüchtig auf Hauptgeschlagen worden, daß die Einnahme Mukdens und damit das Ende Tschangtschuns bevorzustehen schien. Am Abend des 16. Dezember besetzten japanische Truppen Mukden: Tschangtschun war gerettet. Auch daran muß man sich jetzt erinnern.

# Rechtsrieg mit dem Stern aus Moskau

## Vor den Stichwahlen

SPD Paris, 24. April.

Die Vorbereitungen der Parteien für den zweiten Wahlgang sind in vollem Gange. Am Mittwoch um Mitternacht läuft die Frist für die Anmeldung neuer oder den Rücktritt bisheriger Kandidaten ab. Die Kommunisten, die inzwischen beschlossen haben, ihre Kandidaturen im zweiten Wahlgang aufrechtzuerhalten, haben für Abweichungen von diesem Beschluß insofern eine kleine Lücke offengelassen, als Ausnahmen zugelassen werden sollen zugunsten derjenigen sozialistischen Politiker, die sich grundsätzlich zu dem Gedanken der „proletarischen Einheitsfront“ bekennen.

## Poincaré wirbt um die Kommunisten

SPD Paris, 24. April.

Die Reaktion hat für den 29. April ihre größte Hoffnung auf die Kommunisten gesetzt. Je nachdem die Kommunisten ihre aussichtslosen Kandidaturen aufrechterhalten oder zurückziehen, wird die Rechte einen vollen Sieg oder eine Enttäuschung erleben. Man kann rein rechnerisch bereits feststellen, daß in mindestens 50 Fällen die Entscheidung, ob für rechts oder links, von der kommunistischen Parole abhängig wird. Der reaktionäre Temps hat diese Lage sofort erfaßt und in einem unglaublichen Artikel, der von der Linkspresse als ein Gipfel des Ignominiums bezeichnet wird, die Kommunisten geradezu beschworen, festzuhalten. Diese Stellen des Temps verdienen wörtlich wiedergegeben zu werden; denn die bloße Tatsache, daß so etwas überhaupt geschrieben werden konnte, stellt eine furchtbare Anklage gegen die Bolschewisten dar:

„Die Kommunisten haben“, so schreibt der Temps, vor dem 22. April erklärt, daß sie überall ihre Kandidaturen aufrechterhalten würden. Diese feierliche Erklärung würde, falls sie nach dem 22. April eine andere Haltung einnehmen, als eine Prahlerei erscheinen. Sie können nicht einmal mit dem Argument der sogenannten reaktionären Gefahr operieren, denn es gibt keine reaktionäre Gefahr. Sie können auch nicht unter dem Vorwand, die Republik zu retten, die nur von ihnen selbst bedroht wird, das Prinzip verlassen, das sie selbst verkündet haben. Sie können nicht zugunsten der Sozialisten zurücktreten, nachdem sie gegen letztere einen solchen Krieg geführt haben. Sie sind durch ihr Gelöbnis

## Magdeburger Richter auf der Anklagebank

### Berufungsbehandlung gegen Hoffmann und Kölling

SPD Die Magdeburger Justiz hat in der deutschen Öffentlichkeit einen eigenen Ruf. Die Richter von Magdeburg galten, soweit sie sich mit politischen Dingen befaßten, als Leute, die mit einer gewissen Voreingenommenheit an Prozesse herangingen, an denen führende Republikaner beteiligt waren.

In Magdeburg war im Frühjahr 1925 ein Mann namens Helling verurteilt worden. Es wurde dann im Jahre 1928 ein gewisser Schröder verurteilt, weil er Schecks ausgegeben hatte, die mit dem Namen des verschwundenen unterzeichnet waren. Im Verlauf der weiteren politischen Untersuchung wurde schließlich auch der Fabrikant Haas, der im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold an führender Stelle stand, verdächtigt, mit dem Verschwinden von Helling im Zusammenhang zu stehen. Die Angelegenheit kam vor den Untersuchungsrichter und die Untersuchung wurde so geführt, daß ihre ersten Ergebnisse auf Verdacht gegen Haas lauteten. Kölling heißt der Richter, der sie führte, und Landgerichtsdirektor Hoffmann ist der Mann, dem der schwere Vorwurf gemacht wird, den Untersuchungsrichter in seiner Tätigkeit beeinflusst und geleitet zu haben.

Die Justiz soll aber auch in strenger Sachlichkeit eine jede Verdachtsart an die Klärung der Fragen gehen, mit denen sie sich zu befassen hat. Hier schlen dem Oberpräsidenten Hering in Magdeburg, daß ein festes Urteilen notwendig sei, um jede politische Verdachtsart auszuschalten und einen Justizmord zu verhindern. Er sah zu und die staatliche Kriminalpolizei fand im Einvernehmen mit dem preußischen Innenministerium den Berliner Kriminalkommissar Wubdorff nach Magdeburg, der bei der Untersuchung mitwirken sollte. Die Magdeburger Richter protestierten und ließen Wubdorff im Untersuchungsverfahren nicht zur Geltung kommen. Aber das Eingreifen der preußischen Verwaltungsbehörden hatte doch einen Erfolg. Es wurde festgestellt, daß Schröder der Mörder des Helling ist und Haas mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun gehabt hat.

Landgerichtsdirektor Hoffmann und Landgerichtsrat Kölling, der Untersuchungsrichter, waren vom Disziplinartrat des Raumburger Oberlandesgerichtes verurteilt worden, weil sie die Organe der preußischen Polizei verdächtigt hatten, einen Mörder in Schutz genommen zu haben. Als die Berliner Kriminalbeamten nach Magdeburg kamen, hatte Kölling einen Brief an den Magdeburger Polizeipräsidenten Menzel gerichtet, der vom Landgerichtsdirektor Hoffmann antwortend war und in dem scharfe Angriffe gegen die preußische Landeskriminalpolizei geführt wurden. Dieser Brief war, noch ehe er sich in den Händen des Polizeipräsidenten von Magdeburg befand, in der Reichspress veröffentlicht worden. In dieser für Magdeburger Richter durchaus nicht verwunderlichen Handlung lag ein schweres Vergehen. Die Raumburger Disziplinar-Kammer verurteilte Kölling zu einem Verweis und Hoffmann zur Strafverurteilung und zu 200 Mark Geldstrafe.

Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt. Infolge dessen ist am Dienstag die ganze Angelegenheit vor dem Disziplinartrat des Berliner Kammergerichts in öffentlicher Sitzung aufgerollt worden. Obwohl die Anklage Haas mit aller Deutlichkeit bewiesen ist und obwohl heute für jedermann feststeht, daß nur durch die Mitarbeit der Berliner Kriminalbeamten die Angelegenheit geklärt werden konnte, sind die angeklagten Magdeburger Richter noch immer der Überzeugung, daß ihnen Unrecht geschehen ist. Schröder hat den Mord getötet und ist im Zuchthaus, und doch lag Hoffmann noch immer: „Ich rechne auch heute noch durchaus mit der Schuld des Haas. Da die Voruntersuchung nicht richtig durchgeführt und dem Schwurgericht ein bestimmtes Ergebnis aufgedrängt ist, so ist jede Möglichkeit offen.“ Nach einer Weile schränkt er das wieder ein und will Haas nicht als schuldig bezichtigen haben, aber schon gleich darauf pläzt er mit diesem Bekenntnis pänterischen Juristengesetzes heraus: „Wenn überhaupt der natürliche Ablauf einer Untersuchung gestört wird, dann man das Resultat nicht als Wahrheit betrachten.“

Das ist juristischer Formalismus in Reinkultur. Ein Ergebnis, das den unschuldigen Haas ohne jede Störung der politischen und juristischen Maschinerie dem Scharfrichter ans Messer geliefert hätte, wäre nach dieser Logik Wahrheit gewesen. Ein Ergebnis, das den Mörder freisetzt, ist Unwahrheit.

Berufung im Richterfelder Patentstreitverfahren. In dem Richterfelder Landfriedensbruchprozeß habe die Angeklagten, soweit sie verurteilt worden sind, sowie die Nebenkläger mit Ausnahme von Hinkelmann Berufung eingelegt.

gebunden und können nur danach handeln. Was würde Moskau sagen, das ihnen schon jetzt ihre Laufzeit vorwirft, wenn sie den Sozialisten entgegenkommen würden?“

Weiter richtet der Temps eine Mahnung an die Radikalen, sich bei der Stichwahl für die regierungsfreundlichen Kandidaten und gegen die Sozialisten zu entscheiden.

In einem haßerfüllten Leitartikel der Humanité hat der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Sémard, an den Befehl erinnert, die kommunistischen Kandidaturen aufrechtzuerhalten. Der Artikel von Sémard strotzt von Beschimpfungen der Sozialistischen Partei. Er steht das Argument der reaktionären Gefahr ins Lächerliche und ist überhaupt wie auf Kommando der Temps und der französischen Nationalisten geschrieben.

## Beschlüsse sozialistischer Bezirksparteitage

SPD Paris, 25. April (Radio).

Der sozialistische Bezirksparteitag des Seine-Departements, der sich am Dienstagabend mit den bevorstehenden Stichwahlen beschäftigte, beschloß mit 2200 gegen 1800 Stimmen, alle sozialistischen Kandidaturen, soweit sie nicht aufrechterhalten werden, einfach zurückzuziehen — aber nicht zugunsten der Kommunisten.

Eine sehr lebhafteste Debatte gab es über die Kandidatur Blum. Eine Abteilung des Departements hatte beschlossen, Blum weiter kämpfen zu lassen. Sie war der Überzeugung, daß ein großer Teil der Wählerschaft aus Empörung den Kommunisten im zweiten Wahlgang nicht mehr folgen werde. Der Bezirksparteitag schloß sich dieser Auffassung mit erdrückender Mehrheit an, so daß die Kandidatur Blum auch im zweiten Wahlgang aufrechterhalten wird.

SPD Lille, 25. April (Radio).

Der Bezirksparteitag in Lille beschloß, sämtliche in der Minderzahl gebliebenen Kandidaten zugunsten der Kommunisten zurückzuziehen. Die Kommunisten im Wahlkreisverband Lille hatten vor dem ersten Wahlgang wiederholt erklärt, daß sie unterlegene Kandidaten zugunsten der Sozialisten zurückziehen würden.

## Kein Wiederaufnahmeverfahren im Falle Bötz?

### Freie außer Verfolgung gestellt

Wie der Amtliche Preussische PresseDienst mitteilt, hat die Strafkammer in Halle (Saale) entsprechend dem Antrage der Staatsanwaltschaft durch Beschluß vom 23. April 1928 den Arbeiter Friedrich Freie von der Anklage wegen (gemeinsam mit anderen begangenen) Totschlags an dem Gutsbesitzer Hock aus dem tatsächlichen Grunde des mangelnden Beweises außer Verfolgung gestellt, weil die Angaben des angeklagten Freie über seine Beteiligung an der Ermordung des Hock durch die Voruntersuchung in so vielen wesentlichen Punkten widerlegt worden seien, daß ein hinreichender Tatverdacht nicht vorliege.

Ob die Ergebnisse der Voruntersuchung gegen Freie für das Wiederaufnahmeverfahren in der Strafsache gegen Bötz, die zur Zuständigkeit des Reiches gehört, von Bedeutung sein können, unterliegt nicht der Prüfung der preussischen Justizbehörden.

Zu dem Einstellungsbeschluss der Strafkammer wendet sich der Rechtsvertreter des Freie an die Presse mit einem Schreiben, in dem er nach wie vor auf die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den verurteilten Max Bötz und ein Strafverfahren gegen seinen Mandanten besteht. Dem Schreiben ist die Abschrift eines Briefes an den preussischen Justizminister beigelegt, der verlangt, daß sich an Stelle der belanglosen Hallenser Staatsanwaltschaft eine andere Staatsanwaltschaft mit dem Fall Freie noch einmal befaßt, damit in aller Öffentlichkeit Freies Schuld und Max Bötz' Anschuldung klargestellt werden könne.

## Strafanträge im Hamburger Aufrehrprozeß

In dem Hamburger Aufrehrprozeß beantragte der Staatsanwalt am Dienstag gegen 17 Angeklagte Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von mehr als 40 Jahren. Dem Prozeß liegen Vorgänge bei der kommunistischen Banzett-Kundgebung im August vorigen Jahres zugrunde. Damals wurde u. a. der Polizeibeamte Silberstein ermordet.

## Minoritätenkonferenz

### der Sozialistischen Arbeiter-Internationale

(IZ) Die Minoritätenkommission der SAJ hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, eine eigene Tagung dem Problem der Minoritäten in Bulgarien, Griechenland und Jugoslawien, also dem Problem Mazedoniens zu widmen. Die Kommission wird einerseits die von den SAJ angeschlossenen Parteien in den Balkanländern namhaft gemachten Forderungen einvernehmen und andererseits mit den Vertretern der angeschlossenen Parteien selbst über die Probleme beraten. Die Tagung der Kommission wird im Anschluß an den Internationalen Kongreß der SAJ am 13. und 14. August in Brüssel stattfinden.

## Notizen

Der kommunistische Kammeradengeordnete Baillant-Couturier ist vom Pariser Strafgericht wegen Pressevergehens, begangen durch Veröffentlichung eines Artikels über die Revolution in China, zu acht Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

WIB In Rivesaltes (Südfrankreich), wo seit Anfang Januar unter kommunistischer Führung landwirtschaftliche Arbeiter streiken, sind von der Polizei große Mengen von Sprengstoffen entdeckt worden, die in der dortigen Gasfabrik und an verschiedenen anderen Orten versteckt waren.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Alfred Herre in Leipzig  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Hugo Seydand in Leipzig  
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Bei Nieren- und Blasenleiden wirkt mit bestem Erfolg Lauensteins Wildruher Tee und Tabletten. 17  
Alois Laht Künig-Salomo-Apotheke, Grimmlische Straße

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Amerikanische Bilderbogen

Von Michael Gold. (Deutsch von Hermynia Zur Mühlen.)

I.

Bureau.

Sechs haben Kopfschmerzen, — zwanzig Mädchen leiden am Kreuzwech der Stenographen — gestern abend haben ihre Geliebten sie gelüßt — Teufel — das Irrenhaus rattert weiter — die Schreibmaschinen klappern — niemand ahnt, wer krank ist — die Mädels haben Schneid.

Der Bureauvorsteher ahnt es nicht — er stolziert auf und ab wie ein Präsident — die Briefe werden fertig — alles ist in Ordnung.

Und weil die Mädels Schneid haben — scherzen sie in der Mittagspause — lehnen aus dem Fenster — essen Speiseeis — kofettieren mit den Wölfen — blicken nieder auf die hundert Wollenskrämer, die wie Bureauvorsteher in pompösen Westen dastehen.

Sie sehen eine Million Stehkragenarren die Nassau-Strasse hinauf- und hinabrennen — und den Hafen — groß, silbern, schimmernd — und Schiffe, die nach Paris, nach Frankreich fahren.

Und die Freiheitsstatue — in einer Hand die Speiseeislüte — in der andern ein großen Bankbuck — die Welt erhellend — keine Rückenbeschwerden — Komfort für die reichen Touristen, die nach Paris fahren — hurra!

II.

Bowery-Mission.

Die Landstreicher tun's für eine Mahlzeit — fluchend singen sie Choräle — der Prediger ist ein fetter Lügner — er lächelt wie die öligen Eisenbahnkrüder, ehe sie einen hinterwärts überfallen — aber die Müst stimmt trotzdem traurig — man fühlt die Trauer, ohne Geld in einer fremden Stadt zu sein — und sehnt sich nach der Mutter in Little-Falls im Staate Ohio.

Hör mich an, Kamerad — Neuyork ist die größte Stadt der Welt — aber bleib ihr fern, wenn du weder Geld noch eine gute Stelle hast — sonst liegt du wach in einem verlaunten Asyl — ringsum husten und hinken fürzsig einsame Landstreicher — oder du fängst für einen Teller Suppe Choräle in einer Mission — probierst es mit Gott in Neuyork — wo die Menschen zäh sind — nur deine Mutter liebt dich — und sie hast du in Ohio verlassen.

Die Wollenskrämer werden dich durchschneiden, wie ein Huhn am Bratpfieß — im Himmel wirst du hängen — naht, damit dich jeder austacht, Kamerad — jeder, der Geld und eine Stelle hat.

III.

Streikposten.

Die Unternehmer schlafen noch in breiten Betten — aber ihre Hintenmänner sind ausgezogen, um uns für fünfzehn Dollar pro Tag zu töten — auch die Sonne ist schon auf — und ein blasser, schäbiger, alter Arbeiter, zu krank zum Leben, hier, fertig — Annie, mein Mädels, du frierst — auch ich friere.

Barweise marschieren wir an den Toten des Betriebes vorbei — keine Annie, bild nicht so erschrecken drein, soost wir an dem affengestichtigen Hintenmann vorbeikommen — halle sie häcker Kind — das hilft — halle die Wullen, die sich gegen die Jähne lehnen — Kartoffelgeschicht — Fuchsgeschicht — Fleischgeschicht — und Judas — wärme dich an deinem Haß.

Wir wollen auf den großen Saß mit den Fabrikfenstern spucken — spucken auf Gesetz und Ordnung, die größten Streikbrecher von allen — Gott verdamme ihre blumigen Kretznes — wir werden sie nicht mehr werden, Annie.

Auf und ab, unsern Posten entslang — auf und ab — Welt der Hintenmänner — Augen des Schnees und Eises — Amerika der hartgefotenen Kerle und der Hintenmänner — das ist ihr Land — und wir, Kind, wir frieren in ihm.

Auswanderung Deutscher im Jahre 1927

Im Jahre 1927 sind im ganzen rund 61000 deutsche Männer und Frauen ausgewandert. Die niedrigste Auswanderungszahl war 1922 mit 36000 Auswanderern festzustellen, die höchste Zahl im Jahre 1923 mit 115000 Deutschen. In den Jahren 1925, 1926 und 1927 war die Zahl der Ausgewanderten so ziemlich gleich. Von den Auswanderern des Jahres 1927 führten 32866 über Bremen und nur 2925 über Hamburg, die übrigen benutzten Auslandsbüfen. Aus Preußen wanderten 15852 Männer und 11200 Frauen aus. Aus Bayern zogen 6892, aus Sachsen 3648, aus Württemberg 5714, aus Baden 5100, aus dem Staat Hamburg 2792, aus Thüringen 1017, aus Hessen 878, aus Mecklenburg-Schwerin 307 und aus Oldenburg 769 Personen fort. Der Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei gingen dadurch 14498 Arbeitskräfte verloren, der Industrie und dem Baugewerbe 19885, dem Handel und Verkehr 8812, den freien Berufen 1448 und dem Hausdienst und der Gelegenheitsarbeit 7489. Die restlichen Auswanderer bezeichneten sich selbst als Ungelehrte und Berufslose. Die meisten der Auswanderer, und zwar 45846, also über 78 v. H. der über deutsche Häfen beförderten, suchten die Vereinigten Staaten auf. 3978 gingen nach Kanada, 3805 nach Argentinien, 2212 nach Brasilien, 693 nach dem übrigen Südamerika, 112 nach Mittelamerika, 1661 nach Afrika, nach Australien 356, nach Asien 20 und 517 nach dem übrigen Europa.

Wer rechts stimmt, stimmt für den Krieg Die wahren Ziele der Deutschnationalen

SPD Die Wahlausrufe der Deutschnationalen Volkspartei, die für die breitere Öffentlichkeit bestimmt sind, sind leicht über die entscheidenden Fragen der deutschen Außenpolitik hinweggeglitten. Für die große Öffentlichkeit und für die historischen Archive muß auch die deutschnationale Partei eine gewisse politische Reputation wahren. Aber was sagen die deutschnationalen Redner im Lande?

Vor uns liegt das für deutschnationale Referenten bestimmte amtliche Wahlmaterial der Deutschnationalen Volkspartei. Darin heißt es über die deutsche Außenpolitik:

„Die Schuld der Linken (Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten) ist nicht, daß sie Fehler gemacht hat — die sind auch rechts gemacht —, sondern daß sie Arbeit leistete für unsere Feinde: 1. Sie schwächte die deutsche Rüstung, 2. sie lieferte Waffen an die Feinde, 3. sie erfüllte die Wünsche der Feinde.

Der Locarno-Vertrag war ein Fehler. Es erfüllte sich nichts! Trotz dieses Locarno-Betruges im Westen verlangt die Linke, daß wir jetzt in einem Ost-Locarno auch noch den Raub Polens anerkennen. Wieder noch für zwei Jahre Franzosenbesatzung, als daß der deutsche Osten für immer bei Polen verbleibt!

Unser Eintritt in den Völkerbund ist falsch. Einen Krieg zur Befreiung des Vaterlandes will die Linke allerdings nicht, aber einen Krieg zum Heile unserer Feinde bereitet sie den Weg.

Wir wollen die Linke wegen ihres unglückseligen Weges nicht beschimpfen. Ein suchbares Schicksal hat sie dazu bestimmt, ein Volk allmählich zu feigen Lumpen zu machen und Dienst zu tun für unsere Feinde. Deutschnational oder links: Hier mußst Du dich entscheiden. Die unentschlossene Mitte schließt sich nachher

der stärksten Seite an. Jede Regierung ohne Deutschnationale gibt die Reichsmehrheit preis den Plänen der Linken, schließt ein Ost-Locarno ab und verhilft Polen zum Triumph.

Darum: Wer links stimmt, stimmt für Frankreich und Polen. Wer deutschnational stimmt, stimmt deutsch.“

Das ist die Wiederbelebung der schamlosen und verlogenen Hehe, wie man sie in den Zeiten des Erzberger-Mordes und des Rathenau-Mordes von den Deutschnationalen gehört hat! Ein Helferrich hätte diese dreist verlogenen und verleumdenden Anwürfe nicht anders fabrizieren können.

Diese Lügen sind um so frecher, als sie die Tatsache verdecken sollen, daß die Deutschnationalen als Regierungspartei jeder Aktion der pazifistischen deutschen Außenpolitik ihre feierliche Zustimmung gegeben haben! Auch dem sogenannten Locarno-Betrug im Westen, auch dem Eintritt in den Völkerbund!

Die Politik der Doppelzüngigkeit hat die Deutschnationalen in Verwirrung gebracht. Die Wiederbelebung der nationalistischen Hehe soll während der Wahl die ruhig gewordenen deutschnationalen Wähler über die außenpolitische Wandlung der Deutschnationalen Volkspartei hinwegtäuschen. Selbstverständlich zunächst nur während des Wahlkampfes. Würde diese Wahl abermals zu einer Bürgerlosdregierung führen, so würden die Deutschnationalen um der Ministerliche willen prompt wieder vergessen, was sie während der Wahl deklamiert haben.

Der bisherige deutschnationale preußische Landtagsabgeordnete Rektor Hadenberg hat, wie die Germania zuverlässig erfahren haben will, die ihm für die bevorstehende Wahl auf den deutschnationalen Wahllistenschlag des Wahlkreises Berlin angebotene Kandidatur, sowie die Kandidatur auf der deutschnationalen Landesliste abgelehnt.

Das Wüten der Naturgewalten

Der brodelnde Balkan

WB Athen, 24. April.

Nach Angaben der Zeitungen beläuft sich der durch das Erdbeben angerichtete Sachschaden in der Stadt Korinth allein auf 600 Millionen Drachmen. Von 3000 Häusern sind nur 50 übrig geblieben, die weniger schwer beschädigt sind. Man trägt sich mit dem Gedanken eines Wiederaufbauplanes, zu dem Hypothekendarlehen der Nationalbank die finanzielle Grundlage liefern sollen. Die Regierung trifft Maßnahmen zur Sicherstellung der Verpflegung für die von dem Unglück betroffene Bevölkerung, die in Korinth und dem übrigen Erdbebengebiet auf 15 000 geschätzt wird. Das amerikanische Rote Kreuz hat sich der Regierung zur Verfügung gestellt. Die Zahl der Toten soll, soweit festgestellt worden ist, nicht mehr als 10 betragen. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Opfer erklärt sich daraus, daß die Bevölkerung durch die vorausgehenden Erderschütterungen gewarnt war und vor dem Hauptbeben bereits die Häuser verlassen hatte. Der Leiter des Telegraphenamts in Korinth hatte während des Erdbebens den Platz an seinen Apparat nicht verlassen, während seine Frau und seine Kinder ge-

tötet wurden und das Telegraphenamt in Trümmer sank. Der Beamte hat eine schwere Verwundung davongetragen.

WB Sofia, 24. April.

In den letzten 24 Stunden wurden weitere schwere Erdstöße in Philippopol und anderen Orten wahrgenommen. Heftiger waren die Erdstöße in Stara Zagora und besonders in Haslawo, wo einige Mauern einstürzten. In dem ganzen vom Erdbeben betroffenen Gebiet sucht sich die Bevölkerung verzweifelt gegen das ungünstige Wetter zu schützen, da die errichteten Baracken noch nicht ausreichen. Infolge der dauernden Regenfälle und der Kälte, die in den letzten Tagen aufgenommen hat, muß man ernstlich den Ausbruch einer Epidemie befürchten. Der Ministerpräsident erklärte, daß die Behörden alle Anstrengungen unternehmen, um den Bau von Baracken zu beschleunigen.

Die Sachverständigen schätzen die Erdbebensschäden allein für Philippopol auf rund 1 1/2 Millionen Lema, die Zahl der obdachlosen Familien in dieser Stadt auf 14 000, obwohl es den Behörden gelungen ist, bereits 9000 Familien in der Umgebung unterzubringen. Die Zahl der obdachlosen Familien aus den Dörfern des Erdbebengebietes, für die Unterkunft beschafft werden muß, beläuft sich auf 2500.

Sei schön durch Eliteuniform

Es gehört zu den Kennzeichen des Militarismus, daß die ihm verfallenen Individuen unter der Einwirkung einer Uniform ihr Durchschnittsmenschtum verlieren. Der Verlust normaler menschlicher Eigenschaften pflegt um so rascher vor sich zu gehen, je schöner und wichtiger die Uniform nur einmal ist. Man pflegt deshalb im Volksmund die bedeutungsvollsten Uniformen mit Inhalt als „hohe Tiere“ zu bezeichnen, ein Beweis für die Treffsicherheit des Urteils beim einfachen Mann aus dem Volke, der begriffen hat, daß eine solche lebende Uniform aus dem Bereiche des menschlichen herausgerückt ist. Die Uniform erzeugt Selbstbewußtsein, Raffinesse, Sinn für alles Erhabene und Edle; und wer erst einmal eine angehabt hat, der ist zumeist rettungslos verloren für diese Alltagswelt. Zwar meinen sich die Stimmen, die sich gegen den äußeren Schein aussprechen; es gibt vernünftige Leute, bei denen sich der Gedanke im Hirn festgefressen hat, daß es weniger auf die glänzende Fassade als vielmehr auf den Kern, der dahintersteht, ankommt. In diesem Sinne scheint auch der Reichsfinanzminister zu ihnen zu gehören, der einen Erlaß an die Präsidenten der Landesfinanzämter am 17. März 1928 erließ folgenden Inhalts:

„So sehr ich dafür eintrete, daß in der Verwaltung Dienstzucht und Ordnung aufrechterhalten und die mit dem Tragen von Uniform und Waffen verbundenen Formen beachtet werden, so muß ich doch jeder übertriebenen, durch Dienstzucht und Dienstzweck nicht gebotenen äußeren Form entgegenreten...“

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Erlaß werden von den untergeordneten Beamten erlassen. Der Amtsvorstand des Zollamtes im Hauptbahnhof zu Altona nun scheint zu jener Sorte von Beamten zu gehören, die entweder nicht begreifen können oder nicht wollen; die vielmehr der Meinung sind, daß ein richtiggehender Beamter ohne Uniform ungefähr so was wie ein Schirm ohne Gestell und Bezug oder wie die deutsche Klassenjustiz ohne ein Reichsgericht sei. Er erließ deshalb die folgenden Ausführungsbestimmungen:

„Ich kann nur bedauern, daß noch immer verschiedene Beamte des Zollamtes nicht das nötige Standesbewußtsein in aufzubringen vermögen, um aus sich selbst heraus durch vorchriftsmäßige Dienstbekleidung im Dienst und außer Dienst ihr persönliches Ansehen und das der Verwaltung nach außen hin zu heben. Ich habe schon früher betont, daß die Herren des Zollamtes Bahnhöfe besonderen Wert darauf zu legen haben, sich durch Tragen einer vorchriftsmäßigen Uniform mit Waffen den Angehörigen der Reichseisenbahngesellschaft gegenüber auszugleichen. Ich mache den Herren Beamten nochmals strengste Beachtung der ergangenen Vorschriften zur Pflicht und werde gegen weitere Verstöße unmissverständlich im Disziplinarwege einschreiten...“

Der höchste Grad von Bildung ist die Einbildung. An ihr scheitert jener Beamte zu leiden, der da glaubt, der Bestand der deutschen Republik hänge davon ab, daß man Zollbeamte von Eisenbahngestellten unterscheiden könne. Das Standesbewußtsein — wie schon Schopenhauer wußte, ein Ersatz für mangelhafte Entlohnung — wird sich nun auch bei den Eisenbahnern regen. Auch die sind außer sich bei dem Gedanken, daß der gemeine Staatsbürger denken könne, er habe es mit Zöllnern oder anderen Sündern zu tun; in Wirklichkeit ist es bloß ein Weichensteller.

Wie wir hören, hat die Standesbewußtseinsepidemie inzwischen bereits die Scheuerfrauen und die Rotundenhüterinnen des Altonaer Hauptbahnhofs ergriffen. Auch sie verlangen eine schneidige Uniform mit einem Rehbüschel als Waffe. Sie wollen nicht mit den angetrauten Ehegattinnen der Zollbeamten verwechselt werden.

Homo, J

Die Fliegerei

SPD Berlin, 25. April. (Radio.)

Die Bremen ist nach den neuesten Meldungen seit Dienstag startbereit. Der Abflug war jedoch infolge schwerer Schneestürme unmöglich. Die Möglichkeit, daß das Flugzeug Greenly Island verläßt, ist nicht ausgeschlossen.

III Neuyork, 24. April.

Ozeanflieger Lindbergh ist im Flugzeug auf dem Curtiss Field eingetroffen, um, wie er erklärte, die Bremen-Mannschaft dort zu begrüßen.

Opfer der Arbeit

SPD Paris, 25. April. (Radio.)

Ein schweres Baunglück hat sich gestern in Lyon ereignet. In einem Gebäude, dessen Abbruch bereits begonnen hatte, wurde im Erdgeschoß noch ein Café betrieben. Während das Haus in sich zusammen und begrub die Gäste des Cafés unter den Trümmern. Bisher wurden fünf Tote und zehn Schwerverletzte geborgen. Man befürchtet, daß sich noch weitere Opfer unter den Trümmern befinden.

Eine graußige Entdeckung machte man bei der Ankunft des Pariser Schnellzuges in Cannes. Ein kleiner Passagier hatte auf den Puffern eines Wagens Platz genommen, war aber während der Fahrt von seinem gefährlichen Sitz herabgeschleudert worden. Der Körper war in den Ästen hängen geblieben und wurde in entsetzlicher Weise verwestet aufgefunden. Nach den vorliegenden Papieren handelt es sich um einen italienischen Arbeiter.

# An Brauns Strippe

## Sächsische Metallarbeiter in Berlin

Am heutigen Mittwoch finden, wie wir bereits mitteilten, im Reichsarbeitsministerium in Berlin Verhandlungen über die drei für die sächsischen Metallarbeiter gefällten Schiedssprüche statt. Herr Brauns, der Reichsarbeitsminister, hat die in Sachsen streitigen Fragen an sich gezogen und hat offenbar die Absicht, eine Entscheidung zu fällen, die den Arbeitern weniger passen wird als den Unternehmern. Was die sächsischen Metallarbeiter von diesen Verhandlungen zu erwarten haben, wird nicht über durch die Tatsache vorausbestimmt, daß die Verhandlungen ursprünglich erst für Freitag vorgesehen waren, auf Antrag der Unternehmer aber auf den heutigen Mittwoch vorverlegt wurden.

Warum haben es die Unternehmer so eilig? Die Antwort ist nicht eben schwer. Wir wiesen schon mehrfach darauf hin, daß die sächsischen Metallindustriellen die Ausperrung durchaus nicht mit jener siegesgewissen Zuversicht vorgenommen haben, wie man nach ihrer „Forsche“ hätte annehmen sollen. Ganz im Gegenteil ist der gut beschäftigten Industrie die Ausperrung höchlich unangenehm. Man suchte sie also mit allen Mitteln zu mildern. Sind auch die zu diesem Zwecke veranstalteten Bemühungen, ohne Kündigungsfrist beschäftigte Metallarbeiter zum Abschluß von individuellen Arbeitsverträgen mit Kündigungsfrist zu bewegen, nur wenig erfolgreich gewesen, so bestanden doch eine Anzahl teils tariflicher, teils einzelarbeitsvertraglicher Abmachungen über eine meist vierzehntägige Kündigungsfrist. Diese läuft nun am Freitag dieser Woche ab. Ihr Ablauf ohne gleichzeitiges Streik- und Ausperrungsende würde automatisch eine Vermehrung der Streikenden einerseits, der Ausgesperrten andererseits bedeuten. In dieser Situation sehen die Unternehmer Himmel und Hölle in Bewegung, um zu einem Ende der Bewegung zu kommen. Herr Brauns soll ihnen beistehen.

Was wird Herr Brauns tun? Herr Brauns ist gegenwärtig in der schwierigen Lage, daß er Unternehmerinteressen und Wahlinteressen des Zentrums wenigstens einigermaßen in Einklang bringen muß. In Sachsen nun sind die Wahlinteressen des Zentrums recht gering. Im Falle der sächsischen Metallarbeiter steht also nichts im Wege, daß Herr Brauns sich einzig und allein vom Unternehmerinteresse leiten läßt. Ob man im Reichsarbeitsministerium nicht trotzdem in Anbetracht der besonderen Schönheit der sächsischen Schlichtungsleistungen und in Anbetracht der Tat-

sache, daß selbst ein nicht unerheblicher Teil der sächsischen Metallindustriellen diese Sonderregeln nicht als Basis einer Wiederaufnahme der Arbeit ansieht — ob man also im Reichsarbeitsministerium nicht trotzdem darauf drängen wird, die Schiedssprüche wenigstens etwas zu verbessern, bleibt dahingestellt. Die sächsischen Metallarbeiter werden so oder so ihre Interessen wahrzunehmen und durchzusetzen wissen.

## DMZ Leipzig

Am 10. April tagte die Vierteljahrsgeneralversammlung der Verwaltungsstelle Leipzig des Metallarbeiterverbandes. Der vom 1. Bevollmächtigten, Kollegen Schäfer, gegebene Geschäftsbericht zeigte, daß der Aufstieg der Organisation auch im I. Quartal 1928 anhielt. 2396 Neueintritte verzeichnete die Verwaltungsstelle. Diese große Zahl der Neueingetragenen zu guten Gewerkschaften zu erziehen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit. Nicht die Zahl allein, sondern der Geist der Mitglieder bestimmt die Kraft der Gewerkschaft. Daß der Metallarbeiterverband in dieser Beziehung nicht schlecht dasteht, zeigt die gute Disziplin im letzten Kampf.

Der Kassenbericht zeigte, daß die Organisation auch aus finanziellen Gründen den Kampf mit dem Unternehmertum nicht auszuweichen braucht. Der gute Stand der Kasse ermöglichte es auch, den ausgegliederten Erwerbslosen und kranken Mitgliedern im März eine Sonderunterstützung zu gewähren. Die für verschiedene Branchen und Betriebe durchgeführten Lohnbewegungen brachten den betreffenden Kollegen beachtliche Erfolge. Die Agitation und die Bildung der Mitglieder wurde auch im verflochtenen Quartal von der Ortsverwaltung nicht vernachlässigt; es wurde so die Vorbereitung zur erfolgreichen Durchführung unseres letzten großen Kampfes geschaffen.

In der Aussprache konnte auch von den oppositionellen Kollegen gegen die von der Ortsverwaltung geleistete Arbeit sächsisch nichts vorgebracht werden. Sie mußten es sich gefallen lassen, daß der größte Teil der amnestierten Vertreter dem Kollegen Schäfer zustimmte, als dieser die von der DMZ auch in diesem Kampfe wieder geübte Verleumdung ganz energisch zurückwies.

Daß die Vorbereitung der künftigen Gewerkschaftsarbeit nicht vernachlässigt wird, zeigte sich bei dem Tagesordnungspunkt der sich mit den Anträgen zum Verbandstag in Karlsruhe beschäftigte. Die Uebereinstimmung der von Lieberach und Genossen eingebrachten Anträge mit den von der Ortsverwaltung vorgelegten zeigte, daß anders als geschehen von der Ortsverwaltung gar nicht gehandelt werden konnte. Das sah wohl selbst die sogenannte Opposition ein und versuchte darum, durch Zusatzanträge noch etwas für sich zu retten. Die Mehrzahl der Vertreter versagte ihr aber die Gefolgschaft und drückte durch die Abstimmung der Ortsverwaltung ihr Vertrauen aus.

## Sozialpolitische Verflechtung

### Kräftevergeudung auf Unternehmer-Initiative

Allgemein bekannt ist wohl die Hege, die die Unternehmer und ihre Verbände gegen die Sozialversicherung betreiben. Das merkwürdigste dabei ist nun, daß eine Sache, über die sich die Unternehmer mit am meisten aufregen, sie selbst einzig und allein verschuldet haben. Es ist dies die Behauptung, daß die gesamte Sozialversicherung verhältnismäßig zu hohe Verwaltungskosten verursache. Diese Behauptung entspricht, wenn auch nicht reiflos, so doch in gewisser Weise den Tatsachen. Die Arbeiterorganisationen haben das schon längst erkannt und auch bislang stets mit aller Energie darauf hingearbeitet, in der Arbeiterversicherung Reformmaßnahmen durchzuführen, die eine nicht unwesentliche Vereinfachung und damit auch Kostenverringerung herbeiführen würden. Nun ist es erstaunlich, daß sich gerade die Unternehmer, die doch immer und immer wieder gegen die hohe Belastung zu Felde ziehen, mit aller Macht gegen diese Reformbestrebungen stemmen.

Die verschiedenen Zweige der Versicherung lassen es in ihrer Fürsorge häufig an der nötigen Zusammenarbeit fehlen. Es sind in der Praxis die Fälle nicht selten, in denen man ein direktes Gegenüberarbeiten feststellen kann. Erwähnenswert ist nur das unvollständige und dabei keineswegs reibungslos zusammenarbeiten der Unfallversicherung mit der Krankenversicherung. Was hierdurch den Versicherungsträgern für Arbeit und den Versicherten für Schwierigkeiten entsteht, davon macht sich der Vaie gar keinen Begriff. Wenig bekannt ist auch, daß über diese Zusammenarbeit der Unfall- mit der Krankenversicherung zwischen den Verbänden beider Versicherungsträger ein Abkommen getroffen ist, daß mit keinen Erläuterungen usw. umfangreicher und komplizierter ist, als das gesamte eigentliche Gesetz über die Unfallversicherung.

Nach mehr zum Widerspruch herausfordern und kann keiner sachgemäßen Kritik standhalten, die Zerrissenheit der einzelnen Versicherungsweige in die verschiedensten Arten von Versicherungsträgern. Verhältnismäßig zweckmäßig ist hier die Zentralisierung organisiert. Zur Durchführung der Invalidenversicherung bestehen heute 20 Landesversicherungsanstalten, zu denen noch 6 sogenannte Sonderanstalten kommen. Ungünstiger liegen die Dinge in der Unfallversicherung. Im Jahre 1926 bestanden hier

- 64 gewerbliche Berufsgenossenschaften,
- 45 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften,
- 162 Ausschussbehörden für Betriebe des Reichs und der Länder,
- 335 Ausschussbehörden für Betriebe d. Provinzen u. Gemeinden.

Es sind dies also nicht weniger als 608 verschiedene Versicherungsträger. Hierzu kommt noch, daß eine ganze Reihe der gewerblichen Berufsgenossenschaften wieder in selbständigen Sektionen zerfällt.

Das traurige Bild ergibt sich jedoch in der Krankenversicherung. Es bestanden hier im Jahre 1926:

- 2161 Ortskrankenkassen mit 12,7 Mill. Versicherten,
- 432 Landkrankenkassen mit 2,0 Mill. Versicherten,
- 4142 Betriebskrankenkassen mit 3,1 Mill. Versicherten,
- 782 Innungskrankenkassen mit 0,46 Mill. Versicherten.

Diese Zersplitterung ist schon mehr als Konfession! Nun ist das merkwürdige, daß die Unternehmer, die stets über die hohen Kosten der Krankenversicherung zu Felde ziehen, mit demselben Atemzug für eine weitere Zersplitterung und damit Vermehrung der Kosten durch Neugründungen von neuen Innungs- und Betriebskrankenkassen eintreten. Sie treten nicht nur für sie ein, sondern betreiben auch die Gründung von neuen Kassengebilden in der Praxis. Die „Deutsche Krankenkassenkorrespondenz“ schreibt hierzu in ihrer letzten Nummer (Februar 1928):

„Trotzdem es in Deutschland noch über 7000 Orts-, Landes-, Betriebs- und Innungskrankenkassen gibt, wird nicht etwa versucht, die im Interesse der Wirtschaft und der Versicherten notwendige Vereinheitlichung und Zusammenfassung der Kassen zu erstreben, vielmehr wird nach wie vor eine Anzahl kleinster Innungskrankenkassen gegründet. Krankenkassen mit 10 bis 30 Versicherten sind gar keine Seltenheit. Wohin das führt, zeigt folgendes Ereignis: Ein Oberverwaltungsamt hat 4 Innungskrankenkassen genehmigt, trotzdem nur insgesamt etwa 60 Mitglieder vorhanden waren. Bei den Wahlen zu den Ausschüssen und Vorständen dieser Kassen stellte sich heraus, daß nicht so viele vollqualifizierte Mitglieder vorhanden waren, um die notwendigen Vertreter aufzustellen.“

Dazu bedarf es keiner weiteren Ausführungen. Erwähnt sei nur, daß auch die Neubildung von Betriebskrankenkassen zünftig fortschreitet. Warum die Unternehmer so mit aller Macht für eine Zersplitterung in der Krankenversicherung sorgen, ist leicht erklärlich. Sie wollen auf diese Art und Weise das Mitbestimmungsrecht der Versicherten, das ja bei den Innungs- und den Betriebskrankenkassen arg eingeschränkt ist, verringern. Wenn es sich also um das Interesse der Unternehmer handelt, werden keine Kosten gescheut. Da die Gründung von solchen Zwergkassen die Versicherten schädigt, darauf wird keine Rücksicht genommen.

Trotz aller Bestrebungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist es bis heute nicht gelungen, die gesetzlichen Bestimmungen, die diese Spielerei ermöglichen, zu ändern. Es ist dies eine Aufgabe, deren für die Versicherten zufriedenstellende Lösung hoffentlich dem neuzuwählenden Reichstag gelingen wird! Kl.—a.

## Zum Ruhr-Schiedsspruch

SPD Berlin, 24. April.

Der freigewerkschaftliche Bergarbeiterverband wird in einer am Sonnabend in Bochum stattfindenden großen Revierkonferenz zu der Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches Stellung nehmen. Die Kommunisten propagieren den Generalsstreik zum 1. Mai. Diese Streikagitation hat keinerlei praktische Bedeutung.

Die Deutsche Bergwerks-Zeitung schreibt zur Verbindlichkeitsklärung, die bekanntlich gegen Unternehmer und Gewerkschaften „im öffentlichen Interesse“ erfolgt ist:

Man darf gespannt darauf sein, welche Begründung zu der Verbindlichkeitsklärung noch herauskommen wird. Zunächst muß wieder einmal die billige Phrase von dem öffentlichen Interesse herhalten. An sich handelt es sich hier um eine Formel der Schlichtungsordnung, wonach ein Schiedsspruch auch bei Ablehnung durch beide Parteien für verbindlich erklärt werden kann, wenn ein wichtiges öffentliches Interesse vorliegt. Mit einem derartigen Kaufschulparagrafen kann man selbstverständlich alles mögliche anfangen. Wo liegt nun in dem vorliegenden Falle das öffentliche Interesse? Die Antwort wird Herrn Dr. Brauns nicht leicht fallen, es sei denn, daß er offen Farbe bekann und die Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen als „wichtiges öffentliches Interesse“ hinstellt.“

## Reichskonferenz der Modelltischler

SPD Eine vom Deutschen Holzarbeiterverband veranstaltete Reichskonferenz der Modelltischler fand dieser Tage in Leipzig statt. Im Mittelpunkt der von 80 Delegierten besuchten Konferenz stand die Frage der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Von den Modell-

tischlern arbeitet ein Teil in den Modelltischlereien, der größere Teil in Betrieben der Metallindustrie. Für die Modelltischlereien gelten im allgemeinen die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Holzgewerbes. Diese sind günstiger als die der Metallindustrie. Während z. B. in Übung die Modelltischler gegenwärtig einen Vertragslohn von 93 Pfg. haben, beträgt dieser in der Metallindustrie 53 Pfg. Nach der Auffassung der Konferenz liegt die Ursache für diesen Uebelstand zum großen Teil darin, daß der Metallarbeiterverband in der Metallindustrie Verträge abschließt, ohne die Modelltischler an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Konferenz forderte daher in einer einstimmig angenommenen Entschloßung, daß auch der Metallarbeiterverband sich an die Satzungen und Beschlüsse des DMZ hält. Im übrigen verlangte die Konferenz von den zuständigen Behörden ein Eingreifen gegen die untragbare Behaltungsabwertung im Tischlergewerbe. In den Modelltischlereien kommen gegenwärtig auf 100 Gesellen im Durchschnitt 78 Lehrlinge. Die meisten Betriebe beschäftigen nur Lehrlinge.

Reif u. Wäfer Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau, Leipzig. Der Reingewinn des Jahres 1927 wickelt sich nach wesentlich erhöhten Abschreibungen auf die Anlagevermögen auf annähernd 20 000 Mark. Im Vorjahre betrug er 15 469 Mark. Eine Dividende gelangt, wie in den Jahren vorher, nicht zur Verteilung.

In dem Tarifstreit im Berliner Gastwirtsgewerbe wurde am Montag in später Abendstunden ein Schiedsspruch gefällig, wonach die Löhne ab 22. April um 3 Prozent und ab 30. September um 7 Prozent erhöht werden. Die Parteien haben sich bis zum 2. Mai zu erklären.

Im Danziger Seegerstreit wurde am Montag ein Spruch dahin gefällig, daß den freitenden Buchdruckereigehilfen eine wöchentliche Zulage von 3,75 Danziger Gulden zu bewilligen ist. Die Unternehmer haben diesen Spruch angenommen. Die Stellungnahme der Arbeiter steht noch aus.

# Die Leipziger Volkszeitung für die Arbeitslosen!

Anmeldung zum Abonnement für Monat Mai: Freitag, den 27., und Sonnabend, den 28. April, 18—20 Uhr in der Anmeldestelle des Wohnbezirks. Bezugsberechtigt sind: Arbeitslose Haushaltungsvorstände sowie Arbeitslose, die einen eigenen Haushalt führen, also auch Untermieter. — **Monatlich 1 Mark** — Die mit \* versehenen Anmeldestellen nehmen Abonnements von vorm. 10 bis 18 Uhr entgegen. Nach Ablauf des Anmeldeabendes können Anmeldungen zum Arbeitslosen-Abonnement für den Monat Mai nicht mehr berücksichtigt werden, damit das Verteilungs- und Kontrollsystem so durchgeführt werden kann, wie es im Interesse unserer Arbeitslosen liegt, denn jeder Arbeitslose hat gewiß den Wunsch, die Leipziger Volkszeitung vor Schaden zu bewahren.

**Verbilligtes  
Seitungs-  
Abonnement  
für Arbeitslose**

**Die Anmeldestellen dürfen in keinem Falle von den angeführten Verfügungen abgehen  
Die Anmeldungen müssen jeden Monat erneuert werden**

## Anmeldestellen in den einzelnen Bezirken:

- Alt-Leipzig: Filiale der Volkszeitung, Zeiger Str. 32.
- \*Kontor der Leipziger Volkszeitung, Tauchaer Str. 19/21. l. rechts
- Döbbitz: L. Döbbitz, Filiale der Volkszeitung, Elisabethstr. 19. l.
- Schönefeld: Filiale der Volkszeitung, Steininer Str. 64. l. Stellung
- Otto Schmidt, Karl-Härtling-Str. 8, III r. l. Paunsdorf,
- Karl Köhler, Kießer Str. 53. Engelsdorf, Reinhold Preil, Hauptstr. 8, 11. Althen, Gasthof
- Neuhäuser Döbbitz: Taucha, Hamann, Lindnerstr. 29. Döbbitz,
- Gottfried Buchamp, Panglitz, Richard Road, Querstraße 54.
- Portig, Albert Wohlhagen, Nr. 35 h
- Südwestbezirk: L. Thonberg, Bibliothek Stöttericher Str. 17. 2.
- Stötterich: Filiale der Volkszeitung, Ferdinand-Rohr-Str. 27.
- L. Probstheide, Bibliothek, Ruffenstraße 14. Großpöna, Willi

- Wesner, Hauptstr. 24. Holzhausen, Heinrich Köhler, Bahnhofstr. 30.
- Piedertswitz, Paul Gebhardt, Markt 1. Müllau, Wilhelm Ruttig, Hauptstr. 17. Zweinaundorf, Otto Ding, Hauptstr. 20.
- Estewitz, Albin Sommer, Dechwitz Nr. 9. Siedersdorf, Otto Krause, Nr. 42. Wachsen, Joh. Garmann, Am Bach 27 c.
- Südbezirk: Leipzig-Connewitz, Bibliothek, Dölziger Straße 18 (Hof).
- Leipzig-Lößnitz, Friedrich Mohr, Colloredostraße 10 part. rechts (Meldezeit von 17 Uhr bis 19 Uhr).
- Dölitz, Ernst Hoffmann, Friederikenstraße 9, 5. Cröbern, Karl Bahr, Kirchstraße 11.
- Markleeberg, Walter Franke, Bergstr. 14. Dörsch, Julius Schmidt, Gauß, Albin Weidner, Zeimern, Adolf König, Jöbiger, Alfred Albrecht, Rubinger Str. 9. Jumentau, Arthur Wolf, Bahnhofstr. 5.
- Großpöna, Otto Pfahner, Turnerstr. 5, l. Gahswitz, Hermann Dettel, Hauptstraße 58.
- Westbezirk: L. Lindenau, Filiale der Volkszeitung, Obermannstr. 2.
- Plagwitz-Schleußig, Filiale der Volkszeitung, Weihen-

- feller Straße, L. Kleinböcher, Filiale d. Volkszeitung, Diestauerstraße 5.
- L. Großschöcher, Filiale der Volkszeitung, Hauptstraße 36.
- L. Deusch, W. Klein, Lindenauer Straße 9, L. Böhlitz-Ghrenberg, W. Madusche, Bielestr. 21, II. Börsdorf, Bruno Keller, Jumentauer Str. 37. l. Knautzkeberg, Otto Jonak, Leipziger Str. 32.
- Rüdmarstorf, Albin Langrock, Frankenheim, Schöna, Paul Wiedemann, Wägener Str. 51.
- Neuhäuser Westbezirk: Markranstädt, Filiale der Volkszeitung, Scheudticher Str. 15. Dölzig, Reinhold Georgi.
- Nordbezirk: L. Curijsch, Bibliothek, Wilhelmstr. 23. L. Göhls, Filiale der Volkszeitung, Udenhofener Str. 22.
- L. Mödern, im Heim, Wolffstraße, Leipzig-Wahren, Albert Facius, Hallische Straße 387.
- Quasnik, Kasno Lindenhal, Max Bauer, Heerstr. 8. Podelwitz, Franz Seifmann, Nr. 20. Wiedersig, Konsumverein, Modau, Richard Hesse, Contardweg 108.

# Sächsische Angelegenheiten

## Ist Dr. Apelt ab- oder ausgerückt?

In fetter Ueberschrift bringt die Neue Leipziger Zeitung einen Bericht aus dem Haushaltsausschuß A vom 24. April. Die Ueberschrift lautet:

### Apelt rückt von Heldt ab.

Der Leser horcht auf! Was sind das nicht für Helden, diese Demokraten und diese Neue Leipziger Zeitung, und diese demokratische Fraktion und dieser demokratische Minister! Jetzt rückt Dr. Apelt sogar von Heldt ab!

Wieso rückt Apelt ab? Sehr einfach: Im Haushaltsausschuß A gab es ein kleines Zwischenpiel. Der Kommunist Böttcher wünschte, der Minister Apelt sollte doch einmal erklären, ob es wahr sei, daß er bestritten habe, die Denkschrift der Regierung über die Gültigkeit des sächsischen Wahlgesezes verfaßt zu haben. Prompt antwortete Dr. Apelt, er stehe der Denkschrift der sächsischen Regierung fern, da die Angelegenheit verantwortlich vom Herrn Ministerpräsidenten bearbeitet werde. Darauf folgte eine Zwischenfrage an den Minister durch den Genossen Liebmann, der den Minister fragte, ob die Berichte stimmen, nach denen der Minister Dr. Apelt sich dahin geäußert habe, daß nach den bisherigen Urteilen des Staatsgerichtshofes die Verfassungswidrigkeit der angeführten Wahlbestimmungen durch den Staatsgerichtshof festgestellt werden dürfte.

Auf diese Frage rückt Dr. Apelt nicht ab — von Heldt, sondern aus — vor der Antwort. Apelt erklärte, er müsse es ablehnen, über seine Privatgespräche Auskunft zu geben. Worauf Böttcher die Zwischenbemerkung machte: „Also Sie haben es gesagt“, was Apelt veranlaßte, etwas gereizt zu erwidern: „Ich muß es jedem überlassen, aus meinen Äußerungen die Schlüsse zu ziehen, die er will.“

Aus diesem Vorgange macht die demokratische Neue Leipziger Zeitung einen Bericht, der den demokratischen Minister in der Glorie des Helden erscheinen lassen will, den die Neue Leipziger Zeitung gern in ihm sehen möchte. So sind die Demokraten! In der Fraktion und in ihren Zeitungen! Sie machen sich und anderen gern etwas vor. Aber wenn es darauf ankommt, dann rücken sie sehr stark mit diesem Heldt zusammen. Sie schimpfen auf ihn, vielleicht verachten sie ihn auch. Aber sie stützen sein Kabinett und seine Politik und seine schlimmsten Taten, weil sie selbst in dem Kabinett sitzen und auf keinen Fall herauswollen.

## Wie steht es mit der Verwaltungsreform?

Im Haushaltsausschuß A des sächsischen Landtages stellte Gen. Müller-Planitz als Berichterstatter bei der Beratung des Kapitels Kreis- und Amtshauptmannschaften die Frage, wie weit die Verwaltungsreform gediehen sei. Darauf antwortete Minister Dr. Apelt: Die Vorarbeiten im Ministerium des Innern sind im wesentlichen abgeschlossen. Das M. d. J. hat eine Denkschrift ausgearbeitet, die zwar auf der Denkschrift von Schiel fußt, aber zu ganz anderen Ergebnissen als Schiel kommt. Die Denkschrift des M. d. J. sieht den Wegfall der mittleren Instanzen, also die Beibehaltung der Kreis- und Amtshauptmannschaften vor. Diese Reform erfordert eine vollständige Umgestaltung der Verwaltung. Im M. d. J. ist auch bereits ein neues Organisationsgesetz bearbeitet. Das Kabinett hat aber zu der Denkschrift des Innenministeriums noch nicht Stellung genommen, daher kommt auch die Vorarbeit über das Organisationsgesetz nicht weiter.

Hoffentlich findet das Koalitionskabinett bald einmal Gelegenheit, sich nicht nur mit dem üblichen Hauskrach der Koalition, sondern auch mit diesen wichtigen Fragen der Verwaltungsreform zu beschäftigen.

Unter Berichterstatter stellte bei demselben Kapitel den Antrag, die Baukontrollen von 8 auf 5 zu erhöhen, damit wenigstens in jeder Kreis- und Amtshauptmannschaft mindestens 1 Baukontrollen angestellt wird. Bekanntlich fordert die Sozialdemokratie, daß jede Amtshauptmannschaft einen Baukontrollen haben soll.

Bei der Beratung des Kapitels des Ministeriums des Innern kritisierte Gen. Wekel das Verbot der Protokollversammlungen, die in Dresden von der Sozialdemokratie wegen der Justizmorde an Sacco und Vanzetti geplant waren. Die Dresdener Kreis- und Amtshauptmannschaft hat bekanntlich das Verbot mit dem Vereinsgesetz begründet. Minister Apelt erklärte im Ausschuss, er trage für das Verbot die Verantwortung. Nachdem in Leipzig bei einer ähnlichen kommunistischen Demonstration ein Zusammenstoß mit der Polizei erfolgt sei, bei dem ein Mann getötet wurde, habe er das Verbot nach den Bestimmungen des Artikels 48 ausgesprochen. Genosse Liebmann wies den Minister darauf hin, daß der Artikel 48 anwendbar sei, wenn die Sicherheit erheblich gefährdet ist und wenn die allgemeinen polizeilichen Maßnahmen nicht ausreichen. Besonders aber müsse doch die Anwendung des Artikels 48 vorher bekanntgemacht werden. Genosse Wekel fragte den Minister, ob er der Meinung sei, daß der Artikel 48 anwendbar werden könne, ohne daß der Bevölkerung davon vorher Mitteilung gemacht worden ist. Der Minister antwortete, zur Anwendung des Artikels 48 fehle ja noch das in der Reichsverfassung vorgesehene Reichsgesetz; daher sei die Anwendung auch noch sehr umstritten. Er, der Minister, sei allerdings der Ansicht, daß die Anwendung des Artikels 48 nicht in jedem Falle die Proklamierung des Ausnahmezustandes erfordere. Dr. Apelt versicherte, er habe nicht die Absicht, mit Artikel 48 zu regieren, im vorliegenden Falle habe er aber die Anwendung für notwendig erachtet, nachdem die Vorgänge in Leipzig bewiesen hätten, daß die Sicherheit wirklich erheblich gefährdet gewesen wäre.

Die Auslegung, die der Innenminister für die Anwendung des Artikels 48 gibt, beweist aufs neue, daß es höchste Zeit wird, durch ein Reichsgesetz zum Artikel 48 für die Anwendung des Artikels einheitliches Recht zu schaffen, denn wenn seine Anwendung möglich sein soll, ohne daß die Bevölkerung vorher unterrichtet wird, dann wäre die Rechtsunsicherheit noch größer, als sie der Artikel 48 ohnehin schon bedeutet.

## Ein Vertrauensmann des Bürgerturns

Unter den 23 Abgeordneten, die sich von der Sozialdemokratischen Partei lösteten und unter Ricklachs Führung den Weg zu den Nationalsozialisten machten, befand sich auch der Jittauer Scheinbold, der in Jittau als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei zum Stadtrat gewählt worden war. Noch vor Ablauf seiner Wahlzeit waren Bestrebungen im Gange, Schombor wiederzuwählen, was aber im Januar d. J. durch eine Erklärung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion verhindert wurde. Vorige Woche stand nun erneut auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung: „Wiederwahl des Stadtrats Schombor.“ Unsere Genossen verlangten, es solle einfach, aber richtig auf die Tagesordnung gesetzt werden: „Wahl eines Stadtrats.“ Außerdem forderten die Sozialdemokraten, die Wahl auszuschieben, damit sich alle Fraktionen mit den Vorschlägen der sozialdemokratischen Fraktion für den Stadtrat beschäftigen könnten. Die Sozialdemokratie habe kommunalpolitisch sehr erfahrene Herren an der Hand; darunter den Vor-

sitzenden des Leipziger Stadtrats, den Landtagsabgeordneten Genossen Neßzig.

Die Bürgerlichen lehnten aber mit den Festbesetzten die Verlegung der Wahl ab.

Darauf erklärte Genosse Schöning: „Schombor ist von der Arbeiterfraktion auf seinen Posten berufen worden. Er hat aber seine Anhänger verraten. Herr Schombor ist für uns nichts anderes als der „lebende Stadtrat“ und hat von unserer Seite keinerlei Unterstützung mehr zu erwarten.“ Auch die Kommunisten erklärten sich gegen Schombor.

Der bürgerliche Stadtrat Sattler erklärte, es sei richtig, daß die Sozialdemokratie mit Schombor einen Reinfall erlebt habe, aber die Bürgerlichen würden Schombor wiederwählen.

Bei der Abstimmung wurde Schombor mit 15 gegen 11 Stimmen wiedergewählt. Diese Wahl ist ein neuer Beweis dafür, daß die „Altsocialisten“ mit Sozialismus nichts mehr zu tun haben, sonst würden sich die Bürgerlichen schonstens bedanken, „altsocialistisch“ zu wählen.

## Pressehege gegen einen sozialistischen Beamten

In verschiedenen bürgerlichen sächsischen Zeitungen waren in der letzten Zeit Artikel unter der Ueberschrift „Wertwürdige Praxis von Haftentlassungen in Dresden“ erschienen, in denen das Amtsgericht Dresden, Abteilung V, angegriffen wurde, weil es angeblich gegen ihm zugeführte Verbrecher zu Unrecht keinen Haftbefehl erlassen hat, den Haftbefehl wieder aufgehoben habe. Zu dieser Angelegenheit gibt jetzt die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei eine umfangreiche Erklärung heraus, in der festgestellt wird, daß für die Verhängung der Untersuchungshaft gesetzlich bestimmte Voraussetzungen (Fluchtverdacht oder Verdunstungsgefahr) gegeben sein müssen. In den angeführten Fällen sei von beidem nicht die Rede gewesen, so daß ein Haftbefehl nicht erlassen werden konnte. Die Nachrichtenstelle macht besonders darauf aufmerksam, daß der Verdacht, der Betreffende werde mißlicherweise seine strafbaren Handlungen fortsetzen, keine Berechtigung zur Verhängung der Untersuchungshaft gebe.

Wie der Sozialistische Sachdienst hierzu erzählt, richten sich die Angriffe der bürgerlichen Presseorgane gegen einen sozialistischen Beamten, der allerdings mit der Verhängung der Untersuchungshaft nicht so zahf bei der Hand ist, wie manche seiner reaktionären Kollegen. Die Erklärung der Staatskanzlei zeigt, daß unser Genosse durchaus im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gehandelt hat.

## Die Textilarbeiter gegen AWP

### Sie verlangen Ausschluß Winklers.

R. Die Filiale Neugersdorf, eine der größten und einflussreichsten Filialen in der Oberlausitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes, hielt vor einigen Tagen eine Generalversammlung ab, in der sich die Versammelten auch mit der Kandidatur zum Reichstags des Gausekretärs Winkler (ehemaliger Landtagspräsident) für die AWP beschäftigten. Nach lebhafter Aussprache gelangte folgende Entschlieung zur Annahme:

„Die heute, am 20. April 1928, im Kreisheim in Walldorf tagende Generalversammlung der Bezirks-Filiale Neugersdorf des Deutschen Textilarbeiterverbandes nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Kandidatur des Gausekretärs Winkler zum Reichstags.“

Die Generalversammlung erblickt in der Kandidatur (sowohl, als auch in der Mitgliedschaft bei der AWP) eine schwere Schädigung der Verbandsinteressen. Sie beantragt beim Hauptvorstand, den Gausekretär Winkler gemäß Paragraphen 1 und 2a des Verbandsstatuts aus dem Verbande auszuschießen.

Sämtliche Angestellte des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben, soweit diese bei der AWP politisch organisiert sind, binnen kürzester Zeit eine ebensolche Erklärung beim Hauptvorstand einzureichen, daß sie aus der AWP ausgeschieden sind, andernfalls ist das Angestelltenverhältnis zu lösen.“

Das ist eine klare und eindeutige Stellungnahme der Oberlausitzer Textilarbeiterfraktion, die eindeutig zum Ausdruck bringt, daß die Arbeiterfraktion mit der nationalsozialistisch durchsetzten AWP keine Gemeinschaft haben will. Hoffentlich rühren sich nun auch recht bald die organisierten Textilarbeiter an anderen Orten und verlangen vom Hauptvorstand den Ausschluß Winklers aus dem Textilarbeiterverband.

## Ein Konkurrent gegen Heldt!

Wulle sächsischer Spitzenkandidat des Völkisch-Nationalen Bloks.

Der Völkisch-Nationale Block hat als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl in den drei sächsischen Wahlkreisen den bisherigen Landtagsabgeordneten Reinhold Wulle aufgestellt.

Mag Heldt wird Anstrengungen machen müssen, wenn er seinen Konkurrenten schlagen will!

## Die Tragödie der unehelichen Mutter

Das Schwurgericht Dresden verurteilte die 21 Jahre alte, bisher unbestrafte Fabrikarbeiterin Elsbeth Lude wegen Kindesstiftung zu zwei Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte eine Strafe in doppelter Höhe beantragt. Die Angeklagte, die bereits Mutter eines Kindes von 1 1/2 Jahren ist, hatte am 16. Januar in der Wohnung ihrer Eltern erneut geboren, dem wimmernden Kinde den Mund zugehalten und ihm mittels eines Bindfadens den Hals zugeknüpft. Den kleinen Leichnam packte die Kindesmutter hierauf in einen Karton, den sie einige Tage später in Jura Bannewitz auslegte, wo ihn Spaziergänger fanden. Die Tat will die Lude begangen haben, weil ihr Vater anlässlich der ersten Geburt mit Sinauswerfen aus der Wohnung gedroht habe, wenn wieder solche Geschichten passierten würden. Und im jetzigen Falle hätte der Kindesvater ihr erst verschiedene Mittel zur Beseitigung der Folgen gegeben, die aber nichts taugten. Dann hätte er plötzlich gelacht, er bekenne sich gar nicht dazu, um für den späteren Unterhalt aufzukommen.

Glauchau. Geeignetes Alter. Die älteste Einwohnerin Glauchaus, Frau Auguste Hönig, konnte kürzlich in verhältnismäßig guter Gesundheit ihren 102. Geburtstag feiern. Frau Hönig ist seit 66 Jahren Witwe, sie wohnt bei ihrer ebenfalls verwitweten Tochter Frau Ernestine Müller, die bereits 79 Jahre alt ist.

Neugersdorf. Beim Aufspringen auf den fahrenden Zug. Auf dem Bahnhof versuchte eine Kriegerwitwe auf den schon fahrenden letzten Abendzug nach Dresden aufzuspringen. Sie kam dabei zu Fall, geriet unter die Räder und wurde so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb.

# Spiel, Sport, Körperpflege

## Ergebnisse einer Sportberatungsstelle

In Erfurt besteht seit zwei Jahren eine Sportberatungsstelle des Stadtgesundheitsamtes, die 100 Fußballspieler, je 80 Radfahrer und Geräteturner, 60 Schwimmer und 30 Leichtathleten untersucht hat. Ueber die Ergebnisse dieser Untersuchung veröffentlicht Stadtarzt Dr. Reich Erfurt, in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene einen längeren Artikel, dem wir das folgende entnehmen:

Die Größentabelle zeigt daß der Kleinwuchs bei den Geräteturnern und Fußballspielern vorwiegend vertreten ist. Bei den Radfahrern herrschen die mittelgroßen Ziffern, bei den Schwimmern und Leichtathleten die großen Ziffern vor.

Beim Gewicht unterscheiden sich nur die Schwimmer wesentlich mit einem größeren Körpergewicht, was zum Teil auf die Körpergröße, zum Teil aber auch auf das stärkere Fettpolster der Schwimmer zurückzuführen ist. Die Geräteturner, obwohl sie durchweg klein sind, haben ungefähr gleiche Gewichtszahlen wie die größeren Radfahrer, was wohl auf die stärkere Muskelentwicklung zurückzuführen ist.

Die Beinlänge weist mittlere Werte bei den Fußballspielern und Radfahrern, große Werte bei den Schwimmern auf. Bei den Geräteturnern fällt die hohe Beinlängenziffer, 91 bis 96 Zentimeter, aus dem Rahmen. Die Armlängen weisen nichts Besonderes auf.

Die Schulterbreiten zeigen bei den Geräteturnern naturgemäß zu den höchsten Zahlen, es folgen die Schwimmer und Radfahrer und am Schluß stehen die Fußballspieler. Ein ähnliches Verhältnis besteht beim Brustumfang. Bei der Fettpolsterdicke zeigen die größten Werte die Schwimmer, die kleinsten die Geräteturner.

Die längste Muskulatur, vor allem was die Armmuskeln anbetrifft, haben die Schwimmer und Fußballer, die kürzeste die Geräteturner, die bei weitem dichteste wieder die Geräteturner, die dünnste die Fußballspieler.

In der Haltung schneiden die Schwimmer bei weitem am besten ab, ihnen folgen in weitem Abstand die Geräteturner und Fußballspieler, den Schluß bilden die Radfahrer.

Sinsichtlich der Typenverteilung ist der jehnige Typ unter den Radfahrern und Fußballspielern vertreten, der proportioniertere unter den Schwimmern und Leichtathleten, der Athletentyp besonders unter den Geräteturnern, aber auch unter den Leichtathleten.

An Nichttraufern wurden in allen Sportzweigen festgestellt: 34,4 Prozent, an Nichttraufern 26 Prozent.

Sinzuafügen ist noch, daß es sich bei diesem Material um keine Untersuchungen von Spiketurnern und Spisportlern handelt, sondern daß alle Besucher der Sportberatungsstelle erfasst worden sind, die mindestens ein Jahr den betreffenden Sportzweig aktiv betrieben haben. Es wurde Gewicht darauf gelegt, hauptsächlich Sportler und Turner zu untersuchen, die noch keinen ausgesprochenen Erziehungsvorurteil trafen.

Jedem Untersuchten wurde sportärztlicher Rat erteilt. Die Erfurter Beratungsstelle pflegt auch den zur Schulentslassung kommenden Schülern gelegentlich der Berufsberatung einen schriftlich fixierten sportärztlichen Rat mitzugeben, wobei durch Eintragung des Namens und der Schüler die Möglichkeit besteht, diese nach einer bestimmten Zeit wieder vorzuladen und von neuem sportärztlich zu beraten.

## Wasserballmeisterschaft im Arbeiter-Turn- u. Sportbund

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, verspricht die Austragung der Wasserballbundesmeisterschaft mit Schwimmwettkämpfen am 11. und 12. August eine der größten Veranstaltungen des Arbeitersports in diesem Jahre zu werden. In Verbindung mit dieser Austragung werden sich zu gleicher Zeit die Nordwestdeutschen Kreisverbandsspielmannschaften in Osnabrück ein Stellbilden geben. Diese Zusammenkunft der Spielclubs soll als Vortreffen des großen Arbeiter-Turn- und Sportfestes 1929 in Nürnberg gelten. — Das Osnabrücker Schwimmstadion wird durch Neubauten bis zu dem festgelegten Termin endgültig fertiggestellt, so daß für einwandfreie Austragung der Wettkämpfe und Unterbringung der Zuschauer volle Gewähr übernommen werden kann. Die Freileitung ist bestrebt, die Veranstaltung in einer Weise zu fördern, daß sie sich würdig den übrigen Bundesveranstaltungen anschließen wird.

## Zwei Millionen

Wie wir hören, gibt es in der DT wegen des 14. Deutschen Turnfestes heute schon Kräftestimmungen. Kluge Leute sehen den sehr bekannten „Sportsmann“ und großen Bankier Louis Hagen, Köln, an die Spitze des Finanzausschusses für das Fest.

Der Mann sah sich den Etat an — zwei runde nette Millionen — und war entsetzt. Das ist doch nicht aufzubringen. Also verlor Herr Louis Hagen den Appetit. Er verlangte zunächst stärkere Initiative der Stadtverwaltung. Die wird aber vom Stadtverordnetenkollegium zweifellos abgelehnt, weil man die Verantwortung für das sichere Defizit nicht tragen will. Man hat da noch genug an dem wahrscheinlich bis heute noch nicht gedeckten Hunderttausende-Defizit der deutschen Kampfspiele von 1926. Außerdem besteht keine Ursache, bestimmten Herren den Ehrgeiz zu rauben, „ihr Fest“ zu machen.

Unter diesen Umständen soll es Louis Hagen für richtiger gehalten haben, sich vor dem Essen aus seiner DT-Gesellschaft heimlich, still und leise zu entfernen.

Sächsischer Arbeiterpost. Die Wochenchrift der sächsischen Arbeiter-Turner und Sportler, in Sportkreisen turn. S. S. genannt, bringt in ihren Spalten jetzt viel über das 3. sächsische Arbeiter-Turn- und Sportfest. In der letzten Nummer, erschienen am 21. April, sind Mitteilungen über das erste Fest in Chemnitz 1910 und über das zweite Fest in Dresden 1921, mit seinen Illustrationen, enthalten. Die am 23. April zur Ausgabe kommende Nummer bringt ebenfalls Fußball- und Handballblätter und letztlich, außer Spielberichten, aus allen Bezirken viel Anregendes für die Vereinsfunktionäre. Von allen Vereinen ist der S. S. zu begehren, er ist in allen Verkehrsbeziehungen ersichtlich und kann bei allen Postämtern, bei allen Briefträgern bestellt werden.

## Berammlungskalender

Mittwoch, 25. April 1928.  
Bund sog. Freidenker, Bezirk, Funktionärversammlung, Volkshaus, 19,30 Uhr.  
Metallarbeiter, Funktionäre des Westens, Restaurant „Zwei Linden“, 19,30 Uhr.  
Donnerstag, 26. April 1928.  
Bund sog. Freidenker, Ortsgruppe Südost, Rest. Ostende 20 Uhr.  
Baukämpfer, Bauhofsler, Anschläger und Graveure, Volkshaus, 20 Uhr.  
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inferaten ersichtlich.

Peters Union Fahrradreifen oft nachgeahmt - nie erreicht!

Upton Sinclair über Wahlen

Mit Genehmigung des Malik-Verlages bringen wir den folgenden Abschnitt aus dem großen Roman Upton Sinclairs „Petroleum“, der anschaulich die Korruption der amerikanischen Großindustrie schildert und dabei interessante Schlaglichter auf die kapitalistischen Hintermänner wirft, die in Amerika — und nicht nur in Amerika — die Wahlen machen. Der für jeden Werkstätigen lebenswerte Roman ist durch unsere Buchhandlung in einer billigen Volksausgabe zu beziehen.

Den ganzen Sommer und Herbst über trugen Vater Ross und Herr Roscoe eine schwere Bürde: sie mußten helfen, die geistige Einstellung des amerikanischen Volkes zu ändern. Die Präsidentschaft stand vor der Tür; den Petroleummagnaten, die die Rühmlichkeit besessen hatten, einen eignen Kandidaten aufzustellen, oblag nun die Aufgabe, allen Wählern beizubringen, daß er ein großer und edelmütiger Staatsmann sei. Sie mußten auch einen Teil der Kosten tragen, die, das erzählt Bunny aus den Gesprächen im Paradiese und im Kloster, mit fünfzig Millionen Dollars veranschlagt waren: etwa das dreifache oder vierfache von dem, was offiziell zugegeben werden sollte. Das Geld floß durch lokale, inoffizielle Agenturen. Es wurde von den großen Interessenten geholt, den Körperschaften, den Banken, von allen jenen Leuten, die von der Regierung etwas haben wollten, oder die riskierten, von den Volkstimmen ausgequetscht zu werden. Diesen Prozeß nannte man: „Den Speck ausbraten“.

Es galt dem amerikanischen Volke klarzumachen — was freilich nicht besonders schwer fiel —, daß die demokratische Regierung der letzten acht Jahre vergewaltigt, korrupt, unwissend und unfähig gewesen sei. Aber es mußte dem Volke auch eingepreßt werden, daß die Regierung unter dem Senator Harding besser sein würde, — und daß war schon schwerer. Selbstverständlich lag den Vorsitzenden der Wahlkomitees viel daran, diese Aufgabe so schwierig wie möglich erscheinen zu lassen: je mehr Geld durch ihre Hände floß, desto mehr blies sie. Gegen das Ende der Wahlkampagne hatte Bunny die Genugtuung, daß der Vater gotteslästerlich fluchte und wünschte, er hätte den Rat des Sohnes befolgt und das Schicksal des Landes dem Seifenfabrikanten überlassen, der den General Wood finanzierte.

Senator Harding aus Ohio war ein großer, breiter Mann mit feierlichem Gesicht: er führte eine Kampagne, die von den Zeitungen „Berandakampagne“ genannt wurde. Das heißt, er reiste nicht umher, suchte niemanden auf, sondern empfing dabei die Futterhändler von Duluth oder die Totengräber von Olawatomie. Die soßen dann in Deckfächern auf dem Rasenplatz, der Staatsmann erschien und las ihnen eine Rede vor, die ein von Vernon Roscoe gewählter Sekretär verfaßt und bereits am vorhergehenden Tage allen Pressevereinigungen übergeben hatte. Auf diese Art konnte sie gleichzeitig auf fünfzig Millionen erster Seiten erscheinen. Das stellte selbstverständlich einen ungeheuren Propagandaapparat dar, und die Leute, die ihn lenkten, mühten ihren Schweiß ein. Der majestätische Kandidat freilich mußte nicht auf seinen Schlaf verzichten; er war immer frisch, gelassen, kühl; während seiner ganzen Laufbahn war er so gewesen. Die klugen Geschäftsleute, die für ihn sorgten und zahlten, hatten ihm stets gesagt, was er zu tun habe. Sie kultivierten eine Philosophie, die sie gleich einem Panzer gegen alle Zweifel und jedes Schwanken schützte; die Angelegenheiten des Landes mußten von jenen Leuten kontrolliert werden, die Geld, Verstand und Erfahrung besaßen. Da die große Masse nicht genügend Klugheit hat, diese Macht freiwillig abzutreten, muß die große Masse eben betrogen werden. Schlagworte müssen gefunden und durch Millionen, nein milliardenfache Wiederholung in die Köpfe der Leute gehämmert werden. Das war freilich eine Kunst. Die Fachleute verstanden sich darauf, man bezahlte sie, — aber bei Gott, der Preis trieb einen den Blutschweiß aus den Poren!

Die ungeheuerere Kampagne nahm ein Ende, und es erwies sich, daß es gelungen war, 16 140 535 Amerikaner zum Narren zu halten. Senator Harding erhielt sieben Millionen Stimmen mehr als der demokratische Kandidat. Dies war die größte Stimmenmehrheit, die es je in der amerikanischen Geschichte gegeben hatte. Die Straßen und die teuren Restaurants und Klubs, wo die Reichen feierten und sich betranken, waren voll jubelnder, brüllender Horden. Ja, sogar Vernon Roscoe betrank sich, weil Annabelle zu betrunken war, um ihn daran zu hindern. Bi Tracy mißachtete die Vorschriften ihres Arztes, der Vater vergaß alle guten Vorsätze, und sogar Bunny trank soviel, daß ihm um seinen Idealismus bange wurde. Der Mensch ist ein gefelliges Tier; es fällt ihm schwer, nicht das zu tun, was alle anderen tun.

Im Keller von Chevreigny

Von Walter Victor.

Der Leser, der den fremden Ortsnamen nur unständlich entziffert, hat berechtigten Anspruch darauf, wenigstens zu erfahren, in welche Gegend er geführt werden soll. Betrachtet er die Karte Nordostfrankreichs, so findet er den kleinen Ort Chevreigny in dem Dreieck, das zwischen Laon, Soissons und Reims liegt, nahe an jenem Duse-Aisne-Kanal, der lange Zeit heftig umkämpfte Front bildete, als noch siegreich Frankreich zu schlagen der Blüthenraum dorer war, die uns ins große Mordehen führten. Rechts und links vom Kanal erheben sich festig bewaldete Höhen, in deren Schuß der beginnende Stellungskrieg die Artillerien eingebaut hatte. Dort, kleine zwei Meilen vor Chevreigny, in Anzyle-Chateau, lagen wir, dreizehn Jahre ist es her und Frühling war es auch. Die großen Gutshöfe boten angenehme Quartiere, unsre zwanzig Jahre wußten noch nichts von den Greueln, die uns empfangen, als wir kurz darauf in die Höhle von Arras brandeten, und in Chevreigny gab es ein Kammerlein mit schwarzem Kaffee in Gläsern, mit Zigaretten und einer Ahnung von Frieden.

Zehn Jahre ist her, daß der Krieg endete! Wir legten die Fronten weiter über die Aisne, wir wurden über sie zurückgejagt, — wer weiß, wie es, als wir heimkehrten, ausnahmslos dort, wo wir zwinerlichen Gewissenstump und sehnsüchtiger Ungewilligkeit 1918 den Frühling blühen sahen. Man vergißt ja so gern! Man ist so bereitwillig ja gerade das Böse aus dem Gedächtnis und Klammert sich an ein paar lichte Namen und Gestalten, die Hoffnung und Zuversicht bedeuten. Heute mögen sie, werden sie hoffentlich wohllich gemacht haben jene Gefilde des entschlichsten Todes, den die Welt je sah! Werden sie, so hoffen alle Willigen, auch dort, wo Mensch und Maschine gegen die Natur wüteten, wieder bereit sein, den Frühling zu empfangen und die Frucht des Sommers.

Da führt uns die Nachricht auf mit dem bekannten Namen, die Nachricht, die der Leser vielleicht schon kennt: wie man in einem Keller in Chevreigny einen alten Unterstand fand, der verschüttet war. Wie man hinabsteigt und fünfzig deutsche Soldaten findet, heute, 1928, fünfzig tote, deutsche Soldaten findet, wie sie starben: auf den Feldbetten oder aufrecht noch am Tisch liegend, wahrscheinlich durch Gase erstickt! Und jetzt, wo die Gespenster dieser nahen Vergangenheit uns so eindringlich mahnen, lehren wir doch noch einmal zurück in jene Gegend, die sonst unserer Erinnerung entschwinden wäre wie dies und das. Wollen wir einmal versuchen, die Gedanken zu einem Besuch im Keller von Chevreigny zu führen, wo die wir ja nur zufällig nicht zu denen gehören, die als eine wahrnde Erscheinung aus der Tiefe des Todes heute noch einmal heraufsteigen. Wir haben ja das Schlachten mit angesehen, wir sahen die Leichen

im Drahtvorhau und die röhelnden Wunden am Wege, und schmerzhafte Wut flog in uns auf, wenn wir dieser Bilder vom Irrewahn eines ganzen Geschlechts gedenken. Aber Tote, die nach zehn, die nach vielleicht dreizehn Jahren vor uns treten, läßen uns ein Grauen ein, vor dem das Wort verstummt. Wir fühlten die fröstelnde Kälte der Gruft, wir wollten, — Buße für tausendfachen Verfaumen! — auf uns nehmen die Schrecken des Ortes und den Schauer vor dem Verhängnis, das ein halbes hundert Seelen mit einem Schlag verflüchtete, aber wir verhallen uns vor dem Anblick dessen, was die grausame Zeit übrigblies vom Angesicht des Menschen. . . . Und sollten doch in das Anlich dieses Todes sehen, um daran zu erstarren. An irgendeine Mutter denken, deren Tränen nicht getrocknet sind über der Meldung „Bermittelt!“ und deren Sohn zehn Jahre lang tot am Tische der Unterwelt saß, um auf den Tag der Auferstehung zu warten. Wir sollten den Schreden des Kellers von Chevreigny nicht untergehen lassen im raschen Tag. Denn zu groß ist die Gefahr unserer Vergesslichkeit für die Zukunft.

An Dine und Aisne ist wieder Frühling. Die Bauern von Chevreigny werden ihren Ackerbau betreiben, was man in dem Keller fand. Die Väter des deutschen Volkes sind schweigsamer. Sie werden sich schweigend den Fund registrieren und von etwas anderem reden. Von der Weltgeltung Deutschlands und von dem Ruhm, fürs Vaterland zu sterben. Denn Chevreigny ist weit und der nächste Krieg vielleicht näher als wir denken.

Kleine Chronik

Frühjahrskonzerte der Arbeiterlänger. Die Vortragsfolge des Männer- und gemischten Chores Hoffnung in Schönefeld war ganz auf das Leben des Werkstätigen, seine Leiden, Hoffnungen und Ziele eingestellt. Damit hat der Chor gegen früher einen erfreulichen Schritt vorwärts getan. Und auch längerfristig ist er gewachsen. Der Männerchor, in den Einzelstimmen leidlich versehen und untereinander gut abgesehen, besticht durch metallische Klangfülle und präzise Ausgespieltheit. Die Frauen sind mit den Gesängen der klanglichen Dynamik noch nicht so vertraut. Von dem Chorleiter des Vereins, F. Reisinger, einem thätigen Praktiker, kam das Liedchen Mut zum Vortrag, das sich durch ungekünstelten Satz und klangreiche Harmonie allen Arbeiterlängern empfielt. Das Balalaika-Orchester sowjetrussischer Studenten füllte angenehm die Pausen zwischen den Chören. Die letzten drei Stücke ausgenommen, hätte man allerdings lieber weniger Bekanntes von ihnen gehört.

Die Arbeitsgemeinschaft der gemischten Schwalbe-Chöre gab in einem abgestuften Programm so etwas wie einen kleinen Ueberblick über die Entwicklung des Volksliedes. Zum Anfang alte Liederlein von Blümlein, Bäcklein und Böglein, schließlich in ihrer einfachen Melodie bei teilweise verschönerterem Satz, im ganzen aber nicht mehr als eine Sehnsucht. Dann Lieber von Arbeit und Wolf, das Bild der Gegenwart, und schließlich Revolutions- und Kampflieder, dröhnende Rhythmen, die in die Zukunft führen. Bei diesen Chören stört das mangelhafte Sprechen noch, doch haben auch sie an Ausdrucksfähigkeit und Klangvollerheit gewonnen. Man spürt die fleißige Arbeit, die sich aber noch nicht reflexlos in den beliebigen beherrschten Klang umsetzen kann. Hier würde Bemühung an einzelnen Sängern dem gesamten Klangkörper zum Vorteil gereichen.

Neue Beitritte zur Internationale der Arbeiterlänger. Die Sangesgenossen der Schweiz sowie Amerikas haben ihren Beitritt zur I.A.W.S. erklärt, so daß ihr nunmehr 10 Verbände angehören. Der Schweizerische Arbeiter-Sängerbund, mit dem St. S. in Bern, vereinigt in 142 Männer-, 11 Frauen- und 19 gemischten Chören 537 männliche und 1068 weibliche, zusammen 7005 Mitglieder. Der Verband unterhält ein eigenes, alle 14 Tage erscheinendes Verbandsorgan, die Schweizerische Arbeiter-Sängerezeitung, sowie einen respektablen Liederkreis. Der Arbeiter-Sängerbund der Vereinigten Staaten von Amerika hat in 85 Männer- und 22 Frauen- und 8 gemischten Chören 2780 männliche und 524 weibliche, insgesamt 3304 Mitglieder aufzuweisen. Mehrere Chöre sind in Städtevereinigungen zusammengeschlossen. Das Bundesorgan, die Arbeiter-Sängerezeitung, erscheint jeden Monat. Der St. S. des Zentralkomitees ist New York, der des Pressekomitees Chicago. Alle fünf Jahre wird ein allgemeines Sängerkongress abgehalten.

Debussy und sein Kollege. Von dem bedeutenden französischen Komponisten Debussy wird in „Nouvelles litteraires“ folgende moralisch wertvolle Geschichte erzählt: In den letzten Jahren vor seinem Tode hatte Debussy einem Leierkastenmann sein Wohlwollen geschenkt, dem er jeden Tag eine kleine Münze in den Hut warf. Der alte Bettler hatte bald erfahren, daß sein Gönner ein Musiker sei und begrüßte ihn nun mit der Anrede: „Guten Tag, Herr Kollege!“ Debussy sagte aus diesem Anlaß zu einem ihn begleitenden Freund, dem diese Vertraulichkeit unangebracht schien: „Dieser Mann ist gewiß aufrichtiger als jene, die „hochgerechtere Meister“ zu mir sagen.“

Altes Theater. Sonntag, den 29. April, wird Siegfried Meyers „Kleine Komödie“ unter Siebels Spielleitung zum erstenmal aufgeführt mit den Damen Redlich, Went, Joeller und den Herren Mehn, Schlageter, Walter. Diese Vorstellung ist die Festvorstellung des Alten Theaters für die Sächsische Rinkterhilfskomödie (28. April bis 5. Mai). Außer Anrecht. Anfang 20 Uhr. Der Vorverkauf beginnt Sonntag, den 22. April, an der Tageskasse. — In der Woche vom 23.—29. April findet keine Anrechtsvorstellung statt. Die nächste Anrechtsvorstellung ist auf den 4. Mai, diesmal ausnahmsweise ein Freitag, festgelegt (17 b). Zur Aufführung gelangt Siegfried Meyers „Kleine Komödie“.

Neues Theater. Donnerstag, den 26. April, geht nach längerer Pause unter Leitung von Brecher und Büllmanns Verdis „Maskenball“ wieder in Szene. Die Hauptpartien sind mit Fanny Cleve, Lotte Dörwald, Klara Schultheiß, Vikmann und Spilder besetzt.

Als Festvorstellung für die Sächsische Rinkterhilfskomödie Sonntag, den 28. April, Wagners „Tannhäuser“ Die Titelfrolle singt als Gast Lauritz Reichlor.

Viscators neue Pläne. Das Gesspiel der Viscatorbühne im Lessing-Theater in Berlin wird vorzeitig abgedruckt werden. In das Lessing-Theater zieht eine Sommerdirektion ein. Die kommende Erstaufführung in der Viscatorbühne am Rollendorferplatz ist „Kaschah!“ von Gorki in der Inszenierung Viscators vom vorigen Jahr in der Volksbühne am Bülowplatz.

Eine vorsorgliche Insektenmutter. Vor einiger Zeit gelang dem französischen Naturforscher Ghesquiere die Beobachtung eines ganz eigenartigen Zusammenlebens zweier Insekten, dessen Zweck die Brutverpflanzung des einen Insekts war. Wahrgenommen wurde diese Erscheinung an einer der zu den Schlupfwespen gehörenden Eierwespen (Telenomus), die während ihres Jugendstadiums als Schmarotzer auf den Eiern anderer Hautflügler, in diesem Fall auf denen einer im Kongo sehr verbreiteten großen Hautflüglerart (Anoplocnemis curvipes). Für die parasitische Schlupfwespe ist es daher sehr wichtig, immer rechtzeitig Zeit und Ort der Eiablage des Wirtstieres zu erfahren, um gleich ihre Eier auf den andern unterbringen zu können, und so legt sie sich auch denn schon einige Zeit, bevor das Eierlegen beginnt, auf dem größeren Insekt, und zwar auf dem Kopf zwischen den Fühlern, fest. In dieser Stelle bleibt die kleine Eierwespe haften und läßt sich nur gewaltsam entfernen; dem Wirtstier gelangt es jedenfalls nicht, sich des ungeliebten Gastes zu erwehren. Auf dem Kopf des größeren Insekts sitzend, wartet nun das Eierwespenweibchen geduldig ab, bis

das Wirtstier seine Eier legt, um dann auf diese Eier seine eignen Eier zu legen. Das Sonderbare an dem ganzen Vorgang ist, daß sich die kleine schlau Schlupfwespe keineswegs immer nur an Wirtstierweibchen festsetzt, sondern sich gar nicht selten auch auf dem Kopf eines Männchens einnistet. Dann wartet es eben, bis sich zur Zeit der Paarung ein Weibchen nähert, um nun sogleich auf dieses überzugehen. Die mütterliche Vorsorge für eine möglichst vorteilhafte Unterbringung der Brut ist in diesem Fall zweifellos außerordentlich weit ausgebildet.

Verdis Macbeth

Deutsche Uraufführung in der Dresdner Staatsoper.

Den dramatischsten Opernkomponisten aller Zeiten haben immer wieder Gestalten des gewaltigsten Schauspielerdichters magisch angezogen. „Othello“ und „Falstaff“: Verdis letzte Meisterwerke. Der Plan zu einem „Hamlet“ hat ihn viel beschäftigt; den „Deer“ soll er zu Ende komponiert und dann, weil er ihm in einer Kräftezeit nicht genügte, verbrannt haben. Das ist die einzige Tat seines Lebens, die wir böse nennen und bei jeder Erinnerung daran bedauern. Im Anfang seines Werbens um Shakespeare aber steht „Macbeth“. Der kühnste Griff nach dem schwierigsten und unheimlichsten Stoff, der düsteren Ballade von Nord, Ehrgeiz, Gewissen und grauem Betrug der höheren Mächte. Verdi hatte damit 1847 in Florenz keinen Erfolg. Alzu heftig widerstand das Werk in seiner Härte den herrschenden Opernwünschen. Es gab darin kein einziges Liebesduett, es gab keine Hauptrolle für einen Tenor! Verdi jedoch liebte „Macbeth“ vor vielen andern, und als sich 1865 Paris dafür interessierte, arbeitete er die Oper an etlichen Stellen entscheidend um. Seine Änderungen darüber zeigen, wie er gleichzeitig mit Wagner neue Forderungen an die Opernbühne stellte, in manchen Dingen mit seinem fest auf der Tradition gegründeten Können die nämliche Absicht verfolgte wie Wagner, nur daß er nicht wie dieser propagandabefüllte Diener fand und selber jedes offenkundige Wort in seiner Sache verschmähte. Das Werk allein sollte wirken.

In der zweiten Fassung, die man in Dresden hört, erteilt Verdi dem Ballett eine Aufgabe, die es zum Handlungssträger macht. Der Tanz soll inhaltlich das Drama weiterführen. In das nicht eine jener modernen Theorien, die in den letzten Jahren praktisch zu lösen so viele laute Versuche unternommen wurden? Nun, Verdi hat die vor dem bei Gluck zu findende Idee vor 60 Jahren musikalisch gestaltet. Daß, trotz der großartigen Konzeption und der überzeugenden Musik, auch jetzt in Dresden der Akt mit dem Ballett am schwächsten wirkte, liegt an der Fremdheit des vorläufigen Publikums und daran, daß seine längerische Ausführung unter Leitung von Ellen Veh zwar anständig war, aber weit hinter der zwingenden Eindeutigkeit zurückblieb, die Verdis Vorstellung von dieser so gefährlichen wie entscheidenden Szene verlangte. (Bitte, nicht an das Wort „Hexenballett“ stoßen! Gemeint ist etwas, das der Walspurgisnacht entspricht.) Auch die zweite, die Pariser Fassung ist bismar nur in romanischen Ländern gespielt worden. Ihr Text wurde nach 60 Jahren von dem uns Leipziger wohlbestennten Georg Gähler sorgfältig und glücklich ins Deutsche übertragen. Verdi hat seinen wörtlichen Shakespeare komponiert, sondern vor dem in berühmtesten Opern erprobten P. a. v. das Textbuch fertigen lassen, selber Wesentliches bestimmend. Das Buch folgt im Gang der Handlung streng dem Shakespeare, sitzt nur und zieht energisch zusammen. Mit Bedauern vermißt ich darin Shakespeares helles Morgenwischenpiel nach der Mordnacht. Aber Verdi wird gewußt haben, warum er es ausließ; er überspannte auch nie die Länge eines Opernabends, er wollte frische, elektrifizierte Hörer, nicht eingeschummerte. Der bedeutendste Eintrag: aus drei Hexen wurden Hengsthexe, aus drei Mörderinnen zwei Hänge von Mörderinnen. Das ist äußerst charakteristisch für Verdi, den Volksmenschen. Den überlebensgroßen Helden stellt er die Massen gegenüber, er brauchte den Kontrast und hat ihn wohl ausgewogen. Seine Hexen sind zu Beginn nicht mystisch, sondern ein leichtes, freches Ungeziefer. Wenn der Hörer die unмыstische Absicht mit den ersten Taktten erkennt, gibt es kein Hindernis für den Genuß. Schwieriger: die Mörderhexe. Auch sie interpretiert Verdi für viele erschreckend. Mörder ohne Pathos, Berufsörder, eine lügende Räuberbande. Wissen wir uns mittelalterliche Hässer dämonisch vorstellen? Die deutschen Farnarbeiter, haben sie Düsternis geblafen oder gestatet und gelassen? Immerhin: man spielt eine solche Oper nicht nur vor Verdisvertrauten, die von der Weisheit des Meisters wissend die Gründe für Seltsames suchen, sondern vor großem Publikum, und darum würde ich den Chor der Wiederkler freisetzen und auf den Kontrast zu Banquos Todeslied verzichten. Tut man dies und entschließt man sich, mit keinem guten Gewissen, aber aus Notwendigkeit, wenn nicht mehr Kraft und Phantasie für die Hengsthexe da sind als in Dresden, zu radikalen Schnitten oder spartanischer Enthaltensamkeit im Ballett, dann wird der Erfolg des „Macbeth“ so mächtig und einheitlich durch alle Akte sein, wie er in Dresden nach dem ersten Akt war und sich zwischen den Szenen des letzten Aktes spontan einstellen, trotzdem die zweite große Pause schädlich war und eine andere Akteinteilung zu erwägen wäre. Jenseits der genannten Chöre und des trotz des Genies leicht zu verkennenden Ballettstückes erklungen unproblematisch überwältigende Dinge: die unerhörte Steigerung des ersten Aktes, die Ballettszene, die Szene der nachwandelnden Lady (gleich dem Duet nach der Mordnacht eines der höchsten Stücke der Opernliteratur), die zauberische Musik zu den Erscheinungen der Geister . . . und Chöre, Volksschöre! Von einer Ausdruckskraft und einem mitreißenden Schwung, wie sie nur bei Beethoven und Handel ähnlich zu finden sind. Für die Dresdner Staatsoper bedeutet der Versuch, diese Fülle des Reichtums der deutschen Bühne zu schenken, eine ihrer ehrenvollsten Taten, die gerade für uns, die wir statt einer unfontrollierbaren Begeisterung an artistischen Opernkompilisten bei der müßeliebenden Masse lieber eine wahrhaftige Verbundenheit mit elementarer Opernkraft fördern möchten — die also gerade uns wertvoller erscheint als manche Uraufführung nach letzter Mode. Die Staatsoper lehnte dafür ein ihr herrliches Orchester unter dem vortrefflichen vielbewährten Kuppisch, ihre bewundernswerten Chöre. Sie besetzte jede kleine Rolle ausgezeichnet, hatte in Eugenie Burghard eine gefanglich gewaltige Lady Macbeth, und in Robert Burg vielleicht den besten Macbeth, der sich in Deutschland finden läßt. Der Regisseur Otto Erhardt hatte gewissenhafte Einzelarbeit geleistet. Die Bühnenbilder: einheitlich, in ihrer Art von hohem Rang und stimmungsstark. Für meine Auffassung aber viel zu naturalistisch gebunden. Welcher Aufwand für eine Cavatine, die mit der Erleuchtung eines Bühnensektors Raum genug gefunden hätte! Erstens Shakespeare, zweitens der mythische Macbeth, drittens Verdi: eines unnatürlichster als das andere. Inszeniert man Verdis Oper abstrakt — sowie Laroß seine Operetten —, dann fallen die störenden schwebenden Widersprüche, dann ist von vornherein eine dem freiesten Spiele offene Atmosphäre geschaffen.

Das Dresdner Publikum ist — dem oft geschmähten Leipzig zum Trotz — phlegmatischer als unser, das oft Neufheiten keinen Platz übrig läßt und nicht erst die widersprechenden Presseurteile abwartet, um begeistert und des Neuen froh zu danken. Erfolg und Eindruck waren unzweifelhaft. Die Parteilichkeit mancher Besucher auch. Zugegeben sei, und damit das letzte stärkste Lob gesagt, daß „Macbeth“ ein paar mal gehört sein will, ehe man alle Schönheiten dieses Bauwerkes erkennen kann, und daß die Straßekraft dieser Musik nachhollich zu leuchten beginnt, wenn man das Opernhaus längst verlassen hat. Heinrich Wiegand.





„Sollen sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind...“

Wenn ich so an manchen Vormittagen zu Hause sitze und arbeite, warte ich, warte erwartungsvoll und ängstlich — und dann klingelt es einmal, zweimal. Wie ich dieses Klingeln schon kenne! Dann stürze ich raus, ist es ein früher Besuch? Oder der Geldbriefträger, den man immer erwartet und der doch nie kommt? Und es ist immer daselbe, sind immer dieselben: alte Frauen, verzerrt und müde, junge Burlesken, salopp angezogen, auf der Wanderschaft begriffen, „Professionals“ mit Fieselgeruch aus dem Mund, und wiederum Gelegenheitsbettler, deren Not zwar dauernd ist, die aber nur gelegentlich den Mut haben, an so vielen Türen zu klingeln, um angefahren zu werden. Wieviel so ein Bettler durchschnittlich „verdient“? Eigentlich ist das doch ein absurder Gedanke von „verdient“ zu sprechen, nicht wahr? Warum ich eigentlich verdienen sage? Well verdienen im Kapitalismus die einzige Möglichkeit bedeutet, sich satt zu essen, ein Quartier bezahlen zu können. Dann hat man seinen Groschen dem Bettler etwas ängstlich und bedrückt durch das Fenster zugesteckt und geht wieder in das warme geheijzte Zimmer. Aber man wartet schon auf etwas. Und es kommt bald wieder, wiederum das Klingeln, von dem man weiß, was es bedeutet. „Gehen Sie doch nicht raus, es ist nur ein Bettler!“ murrte meine Wirtin. Ich gehe wiederum an die Tür. „Nur ein Bettler“; ein alter Mann, einst ein gut bezahlter „besserer Angestellter“, heute zu müde und zu alt für die Treitmühle des Kapitalismus. „Sollen sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind...“

So geht es Stunde für Stunde, das Heer der Hungrigen marschiert vor unzähligen Türen auf, läutet demütig, wird barsch angefahren, bekommt nichts, und wandert müde, hoffnungslos weiter, von Haus zu Haus. Arbeitscheue? Ich möchte den Herren, die das so salbungsvoll sagen, so verachtungsvoll milde vor sich hinsprechen, einmal raten, einen Tag so „arbeitscheu“ zu sein. Einen Tag im schlechtesten Wetter diesen Passionsweg der Bettler zu gehen, dann werden sie wissen, ob es wirklich Arbeitscheue ist! Daß es darunter Menschen gibt, die im Sinne der bürgerlichen Moral nicht höchstwertig sind, mag ruhig zugestanden werden, aber wer hat denn all dieses Elend verschuldet? Gehört nicht eine Portion Gedankenlosigkeit oder Schleichheit dazu, bei einem Erwerbslosenherd von mehr als 1 200 000 zu behaupten, daß alle Bettler „an ihrem Unglück selbst Schuld sind“!

Wie verhält sich die kapitalistische Gesellschaft gegenüber diesem Heer des Elends, das für ein Stückchen trodenes Brot oder für einen Schluck heißen Tee stundenlang treppauf, treppab laufen muß? Meist ist es Verachtung und Ekel, die das goldene Herz kapitalistisch-intertoktioneller Nächstenliebe erfüllt. Und was ist nach die günstigste Einstellung? Ich weiß nicht, ob ihr die Angebote von dem reichen Mann kennt, der bei opulentem Mahle auf der Terrasse seiner Villa sah, als gerade ein Bettler sich ihm demütig näherte. Der Reiche war kein schlechter Mensch, er bewahre, er hatte sogar Mitleid mit dem Bettler! Und so rief er seine Diener und gab ihnen mit tränenerstickter Stimme die Weisung: „Mir bricht das Herz! Schmeißt ihn hinaus!“

Was sagen aber wir, wir Sozialisten, zu diesem Problem, das uns alltäglich an jeder Straßenecke und an jeder Haustür begegnet? Helfen, jedem einzelnen Menschen helfen, ist unmöglich. Unsere Aufgabe ist in der Arbeiterwohlfahrt, Elend zu lindern und der Armut mit allen Kräften zu helfen, auch dafür zu sorgen, daß eine Gesellschaft, die täglich Tausende ins Elend hinausschleift, beseitigt und ersetzt wird durch eine Gesellschaftsordnung, in der es keine Armen und deshalb auch keine Bettler gibt. Fort mit einer Gesellschaftsordnung, die für all die Unglücklichen, die sich für den Kapitalismus kaputtgearbeitet haben und deshalb hungern, nur eines übrig hat: Almosen und Verachtung! Petz.

Volkshochschule Leipzig

Vom Volkshochschulamt wird mitgeteilt: Die Volkshochschule Leipzig beginnt am 30. April ihren Sommerkurs, dessen Arbeitsgemeinschaften sich über die Dauer von zehn Wochen erstrecken. Der loeben im Druck erschienenen Arbeitsplan enthält eine ganze Anzahl gesellschaftswissenschaftlicher, naturwissenschaftlicher, philosophischer, künstlerischer und praktischer Kurse. Heute sei besonders auf die gesellschaftswissenschaftlichen Kurse hingewiesen, auf die die Volkshochschule von jeher größten Wert gelegt hat. Innerhalb dieser Gruppen finden acht Wirtschaftskurse, unter denen eine volkswirtschaftliche Betrachtung, ausgehend vom Automobil, Erörterungen über den Kampf um den Rohstoffmarkt und über die Genossenschaften genannt seien. Besondere Erwähnung verdienen eine Einführung in die Wirtschaft, ein Kursus über die volkswirtschaftlichen Beziehungen der Leipziger Messe und die wirtschaftlichen Ausprägungen. Weiterhin wird eine Anzahl Exkursionen in die Wirtschaftszentren Mitteldeutschlands veranstaltet, genannt sei auch eine Studienreise nach Rhein und Ruhr.

Aus der Gruppe „Staat und Gesellschaft“ seien die Kurse über materialistische Geschichtsauffassung, Bedeutung der Parteien, Organisation und Geschichte der Arbeiterbewegung, kommunistisches Manifest, Faschismus und Sowjetssystem, weltpolitische Tagesfragen und den deutschen Westen genannt. Auf die übrigen Veranstaltungen der Volkshochschule Leipzig wird an dieser Stelle später hingewiesen.

Die Teilnehmergebühren betragen für den Lehrgang von zehn Abenden 1,75 M., Arbeitslose und Lehrlinge zahlen bis zu 3 vollen Lehrgängen insgesamt 1 M. Bei begründetem Antrag wird die Gebühr weiter ermäßigt. Lehrpläne und Teilnehmerkarten sind an folgenden Stellen zu haben: Geschäftsstelle der Volkshochschule, Volkshochschulamt, Konnenmühlstraße 8, III., Zimmer 112, von 9 bis 3 Uhr; Volkshochschulheim, Salomonstraße 21; Städtische Bücherhallen; Kartell der freien Gewerkschaften, Volkshaus; Allgemeines Arbeiter-Bildungsinstitut, Braustraße 17; Jugendheim, Löpferstraße 2; Gewerkschaftsbund der Angestellten, Zeißer Str. 10; Theaterkasse. Für Arbeitslose nur in der Geschäftsstelle der Volkshochschule.

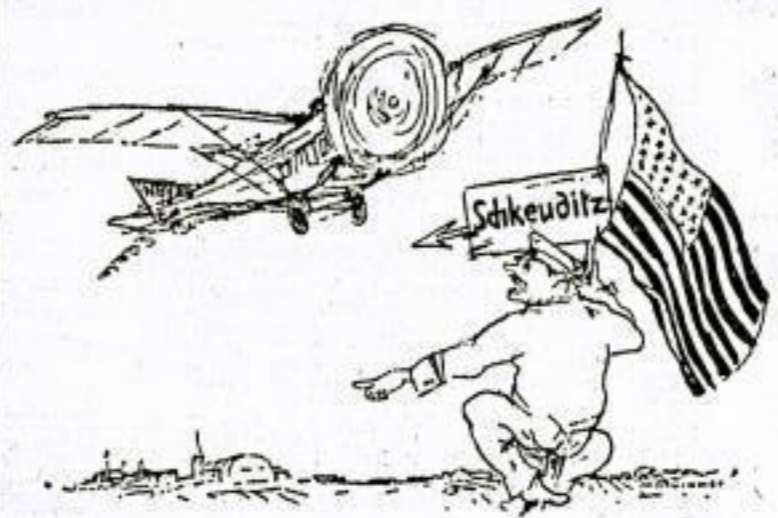
Elternratswahl, Stiefelkern und Pflegerkern schulspflichtiger Kinder, die zur Elternratswahl mit wählen wollen, müssen die Wahlauweisung bis Sonnabend, den 28. April, beim Schulleiter beantragen.

Die Subventionsgier der Lufthansa

und wie das Reichsverkehrsministerium sie befriedigt — Die Fluglinie Moskau-Berlin nicht genehmigt — Schildbürgerereien auf den Flugplätzen Tempelhof und Schkeuditz

Der Flugverkehr ist auf der Subventionsgasse noch nicht heraus. Es gewinnt aber immer mehr den Anschein, als ob die Gier nach Subventionen und die Vereinfachung der verantwortlichen Stellen, diese Gier zu stillen, größer sind, als die noch vorhandenen verkehrspolitischen und flugtechnischen Schwierigkeiten. Wir haben schon wiederholt über die Bestrebungen der Nordbayerischen Verkehrsfluggesellschaft berichtet, sowohl die trotz der Millionensubventionen noch immer viel zu hohen Flugpreise, als auch die Gebundenheit an Subventionen überhaupt zu überwinden. Im Gegensatz zur Lufthansa, die die gewaltigen Subventionsbeträge, die ihr von Reich, Ländern und Gemeinden gewährt werden, in fette Dividenden umwandelt, ist es Grundgedanke der Nordbayerischen Verkehrsfluggesellschaft, etwaige Ueberschüsse nicht als Gewinne auszugeben, sondern restlos der Entwicklung des Flugverkehrs zugute kommen zu lassen.

Dieser Grundgedanke und eine geschickte Flugbetriebsorganisation haben es der Nordbayerischen Verkehrsfluggesellschaft möglich gemacht, mit weit niedrigeren Flugpreisen und geringen Subventionen auszukommen. Die Lufthansa braucht für den Kilometer Flugstrecke 1,70 Mark bis 2 Mark Zuschuß, während die Nordbayerische mit 80 Pfennigen bis 1 Mark auskommt, obwohl sie nur 12 Pfennig pro Kilometer von den Fluggästen fordert, während die



Lufthansa 17 Pfennig pro Person und Kilometer erhebt. Die Nordbayerische Verkehrsfluggesellschaft unterhält gegenwärtig 6 Fluglinien: 1. Fürth-Plauen-Moskau; 2. Fürth-Koburg-Plauen-Saalatal-Moskau; 3. Plauen-Gera-Erfurt; 4. Saalatal-Weimar-Meinungen-Schweinfurt-Risingen-Fürth; 5. Dresden-Moskau-Weimar-Erfurt; 6. Plauen-Moskau-Berlin.

Das Reichsverkehrsministerium hat sämtliche Linien genehmigt bis auf die Strecke Moskau-Berlin. Und hier ist zweifellos der Einfluß der Lufthansa, die sich die Flugstrecke Schkeuditz-Berlin als Monopol sichern möchte und dafür Riesensubventionen verschafft, gelungen, das Reichsverkehrsministerium für die Ausschaltung der tüchtigen, blühigen Konkurrenz zu gewinnen. Wie kommt das Reichsverkehrsministerium dazu, eine flugwirtschaftlich so überlegene Gesellschaft einfach von dem Flugverkehr auf dieser für die Zweimittelmilionen-Stadt Leipzig so wichtigen Strecke auszuschalten? Die Verbilligung des Flugverkehrs ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Steigerung seiner Bedeutung im Verkehrswesen überhaupt. Das Reichsverkehrsministerium hat andere Aufgaben, als einer stark subventionierten Verkehrsfluggesellschaft die Konkurrenz vom Hals zu halten. Durch solche Politik wird nur der Anreiz, das Flugverkehrswesen wirtschaftlich zu gestalten, abgebämpft.

Wieviel für die Verbilligung des Flugverkehrs es noch zu tun gibt, ersieht man aus einem Vergleich der Zuschüsse, die der Messflugverkehr im Herbst 1927 und der der letzten Frühjahrsmesse erforderte. Im Herbst 1927 lag der Messflugverkehr in den

Händen der Lufthansa. Sie forderte und erhielt pro Fluggast einen Zuschuß von 130 Mark. Im Frühjahr dieses Jahres hatte die Nordbayerische Verkehrsfluggesellschaft den Messflugverkehr übernommen. Sie gab sich mit einem Zuschuß von 18 Mark pro Fluggast zufrieden. Dieser Vergleich spricht Bände. Er ist zugleich eine vernichtende Anklage gegen die Subventions- und Flugverkehrspolitik des Reichsverkehrsministeriums.

Zum Schluß sei noch kurz der Art und Weise Erwähnung getan, wie die Lufthansa die Nordbayerische Verkehrsfluggesellschaft aus dem Felde zu schlagen sucht. Bei der letzten Frühjahrsmesse waren amerikanische Fluggäste von Rotterdam aus für Moskau gemeldet. Sofort beauftragte die Lufthansa, die davon durch Zufall Wind bekommen hatte, ihren Vertreter in Rotterdam, die Amerikaner zu erjagen, nicht in Moskau, sondern in Schkeuditz zu landen. Der Flugplatz Moskau sei nicht nur unzulänglich, sondern auch zu weit von Leipzig entfernt! Der Amerikaner lehnte dankend ab. In Köln wurde der Versuch erneuert. Als auch das nicht fruchtete, wandte sich die Lufthansa an die Reichsfinanzstelle mit dem Ersuchen, die Maschine während des Fluges anrufen und die Fluggäste erjagen zu dürfen, Moskau zu meiden.

Noch drastischer ist ein anderes Vorkommnis. Die Nordbayerische Verkehrsfluggesellschaft hatte während der Messe, wie schon angedeutet, auch den Flugverkehr zwischen Leipzig und Berlin übernommen. Als die Leipziger Messgäste nach ihrer Rückfahrt den Flugplatz Berlin-Tempelhof erreicht hatten, verwehrte ihnen die Lufthansa die Ausgänge. Sie war die Mieterin dieser Einrichtungen und benutzte ihr Mietrecht zu einer Ausgangssperre für alle Fluggäste der verhassten Konkurrenz. Die Fluggäste mußten wohl oder übel durch die Fenster des Mitropa-Restaurants ins Freie zu gelangen suchen. Und auch dieses hat dann die Lufthansa noch hintertrieben, so daß die Fluggäste der Nordbayerischen Verkehrsfluggesellschaft gezwungen waren, auf weiten Umwegen und auf für den Fluggastverkehr nicht hergerichteten Pfaden durch kleine Hinterpförtchen den Flugplatz zu verlassen.

Mit diesen Mitteln glaubt die Lufthansa offenbar, Herr der Situation und der Subventionen bleiben zu können. Das Reichsverkehrsministerium hat die Pflicht, sich zu äußern, ob es diese Praktiken der Lufthansa kennt. Es hat auch die Pflicht, der Öffentlichkeit Aufschluß darüber zu geben, warum es den Fluggästen die Möglichkeit raubt, zu erträglicheren Preisen von den neuesten und schnellsten Verkehrsmitteln Gebrauch zu machen.

Die Nordbayerische Verkehrsfluggesellschaft hat trotz alledem den Flugverkehr Moskau-Berlin ausgenommen. Man kann ihr



wahl jahresplanmäßige, nicht aber Bedarfsfahrten verbieten. Der Bedarf nach billiger Verkehrsvermittlung ist aber so groß, daß das von ihr geführte Flugzeug zu 100 Prozent besetzt war und z. B. gleich auf der ersten Fahrt 36 Kilogramm Post und 250 Kilogramm Fracht mit nach Leipzig brachte.

Sudelei im Wahlkampf

Deutschnationale neue Sachlichkeit

Der Wahlkampf hat begonnen. Die Vorbereitungen der Parteien sind abgeschlossen, die ersten Versammlungen werden abgehalten und die ersten Flugblätter gedruckt. Die Sozialdemokratische Partei unterscheidet sich von allen bürgerlichen Parteien dadurch, daß sie über ihre Ziele und Absichten nichts zu verschweigen hat, daß sie klar und offen den Wählern ihr Programm, das des Tages und das der großen Zukunft, unterbreitet und hiermit Kämpfer gewinnen will für eine bessere Gesellschaftsordnung. Lügen und Verleumdungen hat es in jedem Wahlkampf gegeben, und mit Lüge und Verleumdung, die ein durch reichliche Geldmittel gespeister Apparat in die Massen schiebt, ist es bisher den bürgerlichen Parteien gelungen, breite Schichten des Volkes von der Erfüllung ihrer Aufgabe, die ihnen ihre Klassenlage stellt, abzuhalten.

Schwerlich aber dürfte an Verlogenheit und Gemeinheit die schmutzige Sudelei überboten worden sein, die in einigen Plakaten die Deutschnationale „Volkspartei“ Leipzigs in den nächsten Tagen zur öffentlichen Kenntnis der Leipziger Bevölkerung bringen wird.

Wir möchten heute schon unsere Leser auf diese wunderschönen Dinge vorbereiten.

Da ist ein Plakat, das in einer Reihe von Einzelbildern den Wählern vor den schrecklichen Gefahren des Sozialismus bewahren will. Da ist natürlich kein Wort darüber zu lesen und durch kein Bild veranschaulicht, daß den wesentlichsten Anteil an der Bürgerblockregierung die Deutschnationale Partei stellt. „Beamte und Angestellte“ will das Plakat davor bewahren, daß sie „zur tangenden Parteigruppe herabsinken“. Wer die beamteten und angestelltenfeindliche Politik in den Parlamenten Bürgerblock-Deutschlands besorgt, wird natürlich verschwiegen. Den „Handwerkern“ wird das Grauen durch den „sozialistischen Regiebetrieb“ eingejagt, den „Landwirten und Bauern“ der Segen des Schulzoll empfohlen, und dann folgt auf dem Plakat die niederrätigste Gemeinheit: links steht man Arbeiter im Betrieb schwer arbeiten und rechts daneben „Gewerkschaftsangehörige“, die „für Erhöhung der Verbandsbeiträge“ sind, beim Selbigele, „Freien Berufsangehörigen“ wird der Schrecken der „Straß“ ge-

zeigt, also jener Bevölkerungsschichten, für die in den vorausgegangenen Bildern ein warmes deutschnationales Herz zu schlagen vorliegt. Es folgt der Segen der „christlichen Schule“, die „Verkommenheit der weltlichen Schule“ und die „Gefahr der Konsumvereine“ im Bild. Um sich gegen die wahren Beherrscher Deutschlands zu „wehren“, so müsse man, wie das Plakat schließt, deutschnational wählen. Die wahren Beherrscher selbst werden am Kopf des Plattes in Karikaturen angegeben: Kommunist, Jude, Franzose, Sozialdemokrat. Zu dem karikierten Juden scheint der jüdische Chefredakteur der größten deutschnationalen Zeitung, Dr. Siegfried Brestauer vom Hugenbergschen Berliner Lokalanzeiger, Modell gestanden zu haben.

In einem anderen Plakat wird ein „offizieller Bericht der russischen Tscheka“ mitgeteilt, der in detaillierter Berechnung die Zahl der Tschekamorde auf über 3 Millionen angibt. Es wird leider nur nicht gesagt, woher dieser Schwindel genommen ist, und es ist leider auch nicht angegeben, wieviel der organisierte Massenmord des kaiserlichen Weltkrieges an Opfern erfordert hat. Gemeinheit und Schmutz folgt in einer Reihe von kleineren Plakaten und Flugblättern, die uns vorliegen.

Diese Schmutzblätter hat noch eine andere Seite. Spitzenkandidat für die Leipziger Deutschnationalen ist diesmal der Berliner deutschnationale Professor Hoehsch. Herr Hoehsch, der aus seiner politischen Auffassung kein Hehl macht, ist nicht nur einer der klügsten Leute, über die die Deutschnationalen verfügen, sondern gerade in der Art des politischen Kampfes einer der wenigen inympathischen Erscheinungen, über die das Bürgertum noch verfügt. Herr Hoehsch ist weiterhin Sachverständiger für ostpreussische Fragen, gibt als solcher auch eine Fachzeitschrift heraus und unterhält die besten Beziehungen zu den amtlichen russischen Stellen. Das dürfte auch der Leipziger Lokalfreitung der Deutschnationalen Partei nicht unbekannt sein. Was sagt nun Herr Hoehsch, der Spitzenkandidat der Leipziger Deutschnationalen, zu diesen Methoden der Massenlüge?

Die Arbeiter aber werden auf die verlogene Hehe der Deutschnationalen am Wahltag die Antwort geben, indem sie die Partei wählen, die ohne Verhüllung die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vertritt: die Sozialdemokratie!

# Wo ruft die Pflicht?

Frauen.

**Kleingeld.** Donnerstag, den 26. April, 20 Uhr, in der Terrasse: Vortrag der Genossin Ida Bauer: „Die Frauen und die Wahlen“.

**Fähig-ehrenberg.** Mittwoch, den 25. April, 20 Uhr, im Kinderpark: Vortrag des Genossen Reinhold Lehmann: „Unsere Krankenheiler, wie sie sind und wie sie sein sollten“.

**Stütz.** Donnerstag, den 26. April, 20 Uhr, im Gasthof: Nieder- und Preisabend.

**Arbeitsgenossenschaft der SPD-Frauen.** Freitag, den 27. April, 20 Uhr, Volkshaus, Zimmer Nr. 7 (Reichstagswahl).

## Gemeinschaft Kinderfreunde.

**Schneid.** Heute abend, 20 Uhr, Elternabend im Heim; danach kurze Helferbesprechung.

Am 1. Mai beteiligt sich alles an der Maifeier.

Am 30. April gehen die älteren, noch verbleibenden Butischen und Mädel zur proletarischen Feier ins Volkshaus, Treffen 18,45 Uhr am Stöckelplatz.

**Elbst.** Alle Gruppenfahrten fallen am Sonntag, dem 29. April, aus; dafür gehen sämtliche Herden auf Walfahrt. Treffen 9,30 Uhr in Hofhausen.

Am Freitag, dem 27. April, ist eine wichtige Helferführung in der Thonberger Bibliothek. Beginn 1/2 20 Uhr. Alle müssen kommen. **Arbeitsdienst Mähern.** Am Sonntag müssen alle Mäurer aus dem Helfer- und Elternkreis mit Puhzug nach Mähern fahren. Treffen 6,50 Uhr, Söckel Hauptbahnhof.

## Sprenghor.

Heute, 20 Uhr: Wichtige Probe in der Schule. Alle müssen erscheinen.

## Mitglieder-Veranstaltungen

**Connewitz.** Morgen Donnerstag, 19 1/2 Uhr, in der Goldenen Krone: Lichtbildvortrag gemeinsam mit dem Bund sozialistischer Freidenker, Eintritt 30 Pfg.

**Calteich.** Am Freitag, dem 27. April, 20 Uhr, im Golenischloßchen: Mitgliederversammlung. 1. Lichtbildvortrag des Genossen Wildes: „Die bürgerliche Presse und die Arbeiterpresse“. 2. Reichstagswahlen. Zeitungsbeiträge beachten.

**Mähern.** Heute Mittwoch, den 25. April, 20 Uhr, im Heim, Volkshaus. Tagesordnung: 1. Bank und Börse. Referent: Genosse Müller. 2. Bericht über unser Heim. 3. Verschiedenes.

**Alt-Leipzig-Zentrum.** Freitag, 20 Uhr, in den Koburger Bierhallen, Brühl 8, 1. Alle Wählheifer sind willkommen.

## Wo bleiben die Lernmittel der Volksschulen?

Nachdem in diesem Jahre das Volksbildungsministerium ausnahmsweise nach vielen Jahren zum ersten Male seine Vorarbeiten rechtzeitig fertiggestellt hatte, konnte der regelrechte Unterricht am ersten Tage nach den Osterferien beginnen, wenn diesmal das Schulamt nicht verfaßt hätte.

Die Schulen haben wohl die nötigen Lehrkräfte und Stundenpläne, aber keine Bücher und Hefte. Unseres Erachtens liegt für diese Verzögerung der Lieferung absolut kein Grund vor. Die Kinderzahl war bekannt, die Bestellungen der Schulen sind zeitig genug eingegeben worden. Das Schulamt hat sie aber zu spät an das Beschaffungsgesamt weitergegeben und trägt damit die alleinige Schuld.

Man kann auf dem Schulamt sehr schnell arbeiten, wenn es beispielsweise gilt, den Belohnungsstand der Schüler festzustellen, man ist auch sehr schnell mit unberechtigter Kritik an der Arbeit der heutigen Schule bei der Hand, beschuldigt die Lehrerschaft der Pflichtvergessenheit und fordert mehr Aufsicht in den Volksschulen.

Wir sind der Ansicht, daß Kritik und Aufsicht im Rathaus viel nötiger sind als in den Schulen. Oder soll man glauben, daß es sich bei diesem Verlangen des Schulamtes um eine bewußte Sabotage der schwer erkaufte Lernmittelfreiheit handelt? Will man so lange warten, bis die Eltern schließlich die Lernmittel selbst beschaffen? Ausgeschlossen ist das nach den letzten Proben von „Bildungsfreundlichkeit“ des Rates jedenfalls nicht.

Herr Stadtrat Stahl wird rasch handeln müssen, wenn er das schon fast erschütterte Vertrauen weiter Elternkreise nicht vollständig verlieren will. Die Elternschaft wird ihre Rechte zu wahren wissen.

## Vom NEBDesel

Der Leipziger Klub der Sozialisten hatte, wie das Organ dieser Vereinigung berichtet, zum Sonntag eine „Bezirksverammlung“ einberufen. „Alle Beschlüsse, die gefaßt wurden — so kann man lesen — wurzeln in dem Bewußtsein, dem deutschen Volke zu dienen.“ Schade, daß die wurzelnden Beschlüsse der dienbaren Volksmänner nicht weiter gezeitigt werden; wie das da in dem Bewußtsein „wurzelt“, möchte man sich mal gern ansehen. Dann wurde von der Bezirksverammlung Kausfuß zum Bezirksparatisekretär gewählt. Wer den Schwindel bezahlt? — „Beherzungsweite Mitteilungen“ (so heißt es wörtlich) gaben an, daß der Klub zum 1. Mai eine — „Malfest“ mit Kaffee und Kuchen und „Ueberraschungen für die Kinder“ veranstaltet. Ironie wie nicht, so werden solch ähnliche Malfesten auch von den Nationalsozialisten der offenen Hitterischen Richtung gemacht.

## Anfälle in Leipzig

In der Breiten Straße wurde am Dienstag, gegen 14,30 Uhr, der 6jährige Sohn eines Schneidemeisters beim Ueberfahren der Straße von einem Personauto überfahren. Der Knabe wurde am Kopfe so schwer verletzt, daß er auf dem Wege zum Arzt verstarb.

In der Kohlgartenstraße kam am Dienstag, in der 22. Stunde, ein Motorradfahrer dadurch zu Fall, daß er plötzlich abstoppte und von einem hinter ihm fahrenden Kleinauto angefahren wurde. Der Motorradfahrer lag bei dem Fall eine stark blutende Kopfwunde zu. Er wurde sofort einem Arzt zugeführt, der die Wunde zunähte.

Am Dienstagmorgen, in der 18. Stunde, wurde am Frankfurter Torhaus eine Frau mit dem Kinde auf dem Arm von einem Transportauto beim Ueberfahren der Straße angefahren und zu Fall gebracht. Dabei fiel die Frau so unglücklich auf das Gesicht, daß sie einen Nasenbeinbruch davontrug, während das Kind unverletzt blieb. Die Verunglückte wurde der Sanitätswache zugeführt.

**Bevölkerungsorgänge in Leipzig.** Nach dem 15. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 8. bis 14. April 127 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 1. bis 7. April 192, davon 101 Knaben und 91 Mädchen. 15 Lebendgeborene waren unehelicher Abkunft. Totgeborene wurden 6 festgestelt. Gestorben sind in der Woche vom 8. bis 14. April 194 Personen, darunter 19 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 98 männliche und 86 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Diphtherie 1, Grippe 3, Tuberkulose 28, Krebs 20, Gehirnschlag 17, Krämpfe der Kinder 1, Herzkrankheiten 22, Lungenerkrankung 15, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 4, Magen- und Darmkrankheit, Brechdurchfall 1, Altersschwäche 17, übrige natürliche Todesursachen 43. 4 Personen erlitten tödlichen Unfällen und 7 endeten durch Selbstmord. Eine Person wurde ermorde.

**Termine der Leipziger Herbstmesse 1928.** Die Leipziger Herbstmesse 1928 (Küsternmesse, Technische Messe und Baumeisse) findet vom 26. August bis 1. September statt. Von diesem Termine weichen lediglich die Leipziger Textilmesse und die Schuh- und Ledermesse ab, die beide am 28. August beginnen, aber auf Wunsch ihrer Ausschüsse früher als die Küsternmesse schließen, nämlich die Textilmesse am 30. August und die Schuh- und Ledermesse am 29. August. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1929 beginnt am 3. März.

**Wegen Straßenarbeiten** müssen vom Donnerstag, dem 26. d. M., an die Wagen der Autobuslinie 25 in der Richtung nach Kleinzschocher durch die Steigstraße, Dejerstraße und Könnertstraße fahren. Vom Dienstag, dem 1. Mai, an wird mehrfachen Anordnungen entsprechend, versuchsweise Linie 8 über Richard-Wagner-Straße—Tröndlinring in beiden Richtungen geführt und dafür Linie 15 durch den Brühl verkehren.

**Leipziger Volkshor und Sängerkorps L. Zentrum-Süd.** Für die Wurzeln-Fahrer findet morgen Donnerstag die Probe zur Walpurgisnacht und Vorles in Zimmer 8, Volkshaus, statt. Am 19. Uhr die Damen und um 20 Uhr dazu die Herren. Zimmer und Stunde für die Probe am nächsten Sonntag, 29. April, wird morgen abend bekanntgegeben.

**Reintier, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Arbeitsbeschädigte.** Ausgabe von frischem Kalbsfleisch (gute Qualität): Freitag, den 27. April, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, den 28. April 1928, von 8 bis 14 Uhr, im städtischen Schlachthof. Einheitspreis (das Pfund 80 Pfennig). Der Lebensmittelverkauf findet täglich von 8 bis 12,30 Uhr, in der Gerberstraße 3, Glaskolonnade, statt. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

## Volkseigenheiten

**Zeugen gesucht!** Am 11. April, in der 19. Stunde, ereignete sich auf der Kreuzung König-Georg- und Teichstraße in Leipzig-Leutzsch ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Kraftfahrzeug. Beide sowie der Sozius des Kraftfahrers wurden auf die Straße geworfen. Hierbei wurde der Sozius so schwer verletzt, daß er in das Diakonissenhaus L.-Lindenuß gebracht werden mußte. Zur Zeit ist er noch nicht vernehmungsfähig. Der Kraftfahrzeugfahrer erlitt nur leichte Verletzungen, während der Radfahrer unverletzt blieb. Zur Klärung der Schuldfrage werden Zeugen des Unfallortes gebeten, sich beim Kriminalamt oder bei der nächsten Volkseigenen Stelle zu melden.

## Rundfunkprogramm Leipzig

Donnerstag, den 26. April.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage (Deutsch und Esperanto) und Wasserstandsberichterstattung.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Tripophonola.
- 12,55 Uhr: Kanener Zeitzeichen.

- 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht.
- 15,45—16,00 Uhr: Bücherbesprechungen der Sächsischen Landesbibliothek Dresden V. Dr. Hubert Richter: „Neuere Geschichte.“
- 16,30—17,55 Uhr: Konzerte. Die Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Agunte.
- 17,15 Uhr: „Zuerst dein Heim.“ (Vorbereitung des Landesvereins Sachsen im Reichsbund des Textil-Einzelhandels e. V. und des Landesvereins Sachsen im Verband Deutscher Wäschegehilfen und Wäschehersteller e. V.)
- 18,05—18,20 Uhr: Rechtsfunk.
- 18,20—18,30 Uhr: Sozialversicherungsrundfunk (Invaliden-, Kranken-, Angestellten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung).
- 18,30—18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Esytzen und C. M. Alfieri: Spanisch für Fortgeschrittene.
- 19,00—19,30 Uhr: Vortragsreihe: „Strafrechtspflege und Strafvollzug.“ Ober-Regierungsrat Dr. Heiland. 1. Vortrag.
- 19,30—20,00 Uhr: Vortragsreihe: „Das Wesen der deutschen Musik.“ 11. Vortrag. Dr. Alfred Heuß: „Wort und Ton in der deutschen Musik.“
- 20,00 Uhr: Weiterverausage und Zeitangabe.
- 20,15 Uhr: Seltene gehörte Orchesterwerke des XVIII. Jahrhunderts. Dirigent: Alfred Szendrei. Solist: Fritz Weichmann (Klavier). Das Leipziger Sinfonie-Orchester. 1. S. B. Krüger (1640 bis 1725): Feldmusik (1704). (Bearbeitet von Max Seiffert.) I. Ouvertüre. — II. Entrée. — III. Menuett. — IV. Passacaglia. — V. Fantasia. — VI. Gavotte. — VII. Air. — VIII. Gigue. — IX. Menuett. 2. Georg Christoph Wagenseil (1715—1777): Sinfonie (Herausgegeben von Robert Schönbömer.) I. Allegro. — II. Andante. — III. Allegro. 3. Prinz Louis Ferdinand (1772 bis 1808): Rondo für Klavier und Orchester (B-Dur), Op. 10, Fritz Weichmann. 4. Karl Ditters von Dittersdorf (1739 bis 1799): Die vier Weltalter. Sinfonie nach Dold. (Herausgegeben von Joseph Liebeskind.) I. Largo (Das goldene Zeitalter: Aurea prima (sua est aetas). — II. Allegro vivace (Das silberne Zeitalter: Subiti argentea proles auro deterior). — III. Menuetto (Das eiserne Zeitalter: Terria post Was succedit aenea proles). — IV. Finale. Presto (Das eiserne Zeitalter: De duro est ultima ferro).

- 21,15—22,15 Uhr: Volkstümliches Orchesterkonzert. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Dirigent: Hilmar Weber. 1. Reinecke: Ouvertüre zu „König Manfred“. 2. Bantoc: Englische Suite: a) Pastorale (auf dem Lande); b) Stell dich ein; c) Im Feuertanz; d) In der Kirche; e) Matrosentanz. 3. Liszt: Ungarische Rhapsodie Nr. 3. 4. Strauß: Kaiser-Walzer.
- 22,00 Uhr: Funkspranger.
- 22,20 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
- 22,30 Uhr: Funkschiffe.

## Volkshaus Leipzig

**Spezialgerichte.** Heute: Rindersauerbraten mit Rüben 1,15 Kalbsauflauf in Sahne mit Kartoffeln und Ingwerflaum 1,25 — Morgen: Wiralngohl mit Kartoffeln 50 Pfg Hamburger Klopsbraten mit Welschkraut und Kartoffeln 50 Pfg Geschmorter Rirscherps mit Klößen 1,10 Halbe gefüllte Taube mit Röhrerl und Spargel 1,20

# Der König der Taschendiebe

Schäfter, Kühle, Jaumseil, Rubin und Umster als Zeugen — Zwei Jahre vier Monate Zuchthaus, vier Jahre Ehrenrechtsverlust und Polizeiaufsicht für Orleans!

Der Kriminalkommissar Schäfter als Zeuge belastete Liebeskind. Der Mäher Srebniak habe ihm Liebeskind, alias Orleans, zugeführt mit dem Bemerkten: Grimm, Kowel, Kühle und Grandtke hätten ihre Kolonnen und machten gute Geschäfte, und so sollte Schäfter in diesem Sinne die Kolonne Orleans betreuen. Gegen diese Aussage wandten sich Kowel und Srebniak und erklärten sie für Lüge. Daraufhin schänkte Schäfter seine Aussage etwas ein. Der Angeklagte sei ihm als Schmiel bekanntgeworden, doch bliebe die Möglichkeit offen, daß der Angeklagte nicht identisch sei mit Schmiel.

Die Vernehmung des Kriminalrats Fischer bringt Licht in das Dunkel um Orleans. Bereits 1926 teilten ihm Spigel mit, daß der internationale Taschendieb Orleans sich mit Grünblatt in Paris aufhalte. Fischer fuhr deshalb mit seinem Chef Heiland nach Paris. Die Beamten trafen mit dem in internationalen Verbrechertreibern bestens bekannten Spigel Gerlach zusammen, der ihnen und den französischen Kriminalbeamten den Aufenthalt des Meisteraltaschendiebes verriet. Doch auch die Taschendiebe waren auf dem Posten. Ein Lumpenhändler elste zu Orleans und teilte ihm mit, daß er Gerlach mit zwei deutschen Kriminalbeamten (Fischer und Heiland) zusammen gesehen habe. Kurze Zeit darauf betrat Gerlach das Lokal, in dem Orleans mit zwei Polizeibeamten und zwei Fremden saß. Es war um Mitternacht. Anscheinend sahle sich Orleans in Gesellschaft der beiden französischen Polizeibeamten Fischer. Gerlach schwand nach kurzem Aufenthalt. Eine halbe Stunde später — es war zwei Uhr nachts geworden — erschienen Fischer und Heiland mit französischen Kriminalbeamten, und Orleans wurde verhaftet. Wenige Tage später sammelten die Pariser Taschendiebe 80 000 Frank (10 000 Mark) für ihren König und bestellten einen gewissen Advokaten, einen Abgeordneten, um Orleans loszuweisen.

Der Zeuge Fischer bekundete, daß Orleans damals mit vielen internationalen Verbrechern, Taschendieben und Brillantenhebern, u. a. mit Grünblatt, Berkowicz und Golowin, in Paris verkehrte.

Für den inzwischen gestordenen Untersuchungsrichter wurde dessen Protokollaktin vernommen. Sie bekundete, daß Rubin gleich zu Beginn der Voruntersuchung erklärte: „Liebeskind weiß schon, was los ist. Wenn einer von uns drei Jahre bekommen hat, dann müßte Orleans 15 Jahre erhalten!“ Als Srebniak während einer Vernehmung in Orleans drang, doch endlich ein Geständnis abzugeben, da das seine Lage nur verbessern würde, begann Liebeskind plötzlich zu weinen und jammernd ein umfassendes Geständnis anzufertigen. Er schluderte unaufhörlich: „Meine Frau, meine Kinder!“ Für die habe er die Straftaten begangen. Später nahm er das Geständnis seiner Schuld teilweise zurück.

Der ehemalige Kriminalbeamte Jaumseil vermochte nichts Neues vorzubringen. Er wollte nicht einmal mehr mit Bestimmtheit den Angeklagten wiedererkennen.

Kühle kannte den Taschendieb um so besser. Der Mäher Srebniak stellte ihm im Sommer 1924 Orleans unter dem Namen Schmiel als guten Freund Kowels und als Berliner Taschensackhändler vor. Srebniak empfahl ihm Orleans mit den Worten: „Schmiel müßte sich einige Zeit in Leipzig aufhalten; er ist ein Verdienner.“

Kühle: „Da wußte ich sofort genug. Ohne Zweifel hat Schmiel in der Folge, wie alle anderen durch den Mäher Srebniak eingeführten Taschendiebe, Taschendiebstähle ausgeführt.“

## Jedes Kind hat Anspruch

auf Selte und sämtliche notwendigen Bücher in der Schule. Die Lehrerschaft hat kein Recht, den Ankauf von Lernmitteln von den Eltern zu fordern!

Wenn Kowel und Srebniak reden wollten, brauchten Sie alle anderen Zeugen nicht!“

Srebniak, der sofort Kühle gegenübergestellt wurde, machte Ausflüchte, ohne zu wagen, direkt zu widersprechen. Erregt rief er aus: „In diesem Prozeß gibt es gar nichts Positives, sondern nur Relativos!“ Und hatte damit unzweifelhaft den Nagel auf den Kopf getroffen.

Einigen Zeugenossen hatte Liebeskind vor Monaten unvorsichtigerweise gestanden: „Ich habe mich kraßbar gemacht. Ich werde aber wohl nur 3 bis 4 Jahre bekommen. Wenn ich drei Jahre erhalte, wäre ich zufrieden!“ Ein Zeugenosse als Zeuge bestätigt diese eigenartige Selbstjustiz Orleans.

Rubin, der Verwandlungskünstler, trat wieder als eleganter Gentleman auf. Der Extrakt seiner weilschweifigen Bekundung: Er hat vor zehn Jahren in Amsterdam zum ersten Male von Schmiel, alias Liebeskind, gehört. Schmiel habe gerade einen Bruder Golowins um gestohlene Brillanten betrogen. Erst im Jahre 1921 hat Rubin Schmiel persönlich in Berlin kennengelernt. Rubin hat mit Schmiel in Berlin Taschendiebstähle ausgeführt. In Leipzig ist Schmiel, alias Orleans, unter dem Schutze der sechs plattan Kriminalbeamten intensiv als Taschendieb tätig gewesen. Einmal erbeutete seine Kolonne unter Schäfers direkter „Ueberwachung“ 2000 Mark, von denen die Beamten 600 Mark „Prozent“ erhielten. Es war dann davon die Rede, daß bei Beteiligung zu vieler Taschendiebe in einer Kolonne der „Prozent“ zu gering ausfalle! Rubin erklärte an Beispielen, es bestche nicht der geringste Zweifel, daß Liebeskind vor allem in Leipzig als Taschendieb, sei es als Decker, sei es als Fieber, tätig war, da Liebeskind als besonders guter Freund Kowels und Srebniaks von diesen sehr protegiert wurde.

Liebeskind bezeugte die Angaben Rubins als erlogen. Während er selbst nie gestohlen habe, hätte Rubin stets nur von Diebesgut gelebt. Er habe sich stets die Hände gewaschen, wenn er mit Taschendieben zusammen war, die Brillanten am Finger hatten. — Die Feindschaft zwischen Rubin und Liebeskind beruht auf der Abstammung; Rubin ist griechischer, Liebeskind galizischer Jude!

Nachdem auf Umster als Zeugen verzichtet worden war, folgten die Schlussvorträge.

Der Staatsanwalt hielt für erwiesen, daß man in Liebeskind einen ganz gefährlichen internationalen gemeinwärtigen Taschendieb vor sich habe. Dabei tische noch nicht einmal fest, ob der wirkliche Name des Täumers auch Liebeskind sei. Erwiesen sei aktive Beamtenbestechung im Falle der Brillantenheber und fortgesetzter Taschendiebstahl. Er beantrage gegen den Angeklagten 3 1/2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Das Gericht verurteilte Liebeskind wegen Bestechung und Taschendiebstahls zu 2 Jahren 4 Monaten Zuchthaus, 4 Jahren Ehrenrechtsverlust und Polizeiaufsicht unter Anrechnung von 8 Monaten der 11 Monate dauernden Untersuchungshaft. Die Urteilsbegründung schloß sich den Ausführungen des Anklagewerreters an. Das Gericht habe auf Grund der Beweisaufnahme die volle Ueberzeugung gewonnen, daß Liebeskind, alias Orleans, auf dem Leipziger Hauptbahnhof Taschendiebstähle ausgeführt.

Da Kowel und Srebniak als Zeugen den König der Taschendiebe nach wie vor decken, ist Orleans, alias Liebeskind, bisher am billigsten von allen Taschendieben weggekommen. Srebniak, Wagschal, Umster und Rubin haben wesentlich höhere Zuchthausstrafen erhalten als Orleans. Infolge seines Raffinements konnte ihm nur wenig nachgewiesen werden. Und wenn Diamant vor dem Leipziger Gericht stehen wird, wird man daselbe Schauspiel erleben. Offen bleibt dabei die Frage, welches Interesse die verurteilten Kriminalbeamten haben, ihre ehemaligen Schützlinge weiterhin als Schützlinge zu betrachten?? F. K.

# Abrechnung mit Sobotta

## Oberbergamtsdirektor Weise als Wetterfahne

Die Belegschaft der Zeche Centrum 4/6 hielt am Sonntag, dem 22. April, in Kray in der großen Jugendhalle eine starkbesuchte Versammlung ab. Die Belegschaft nahm Stellung zu der beabsichtigten Stilllegung der Zeche Centrum 4/6. Nachdem der verbilligte Kredit für die Zeche Johann Deimelsberg vom preussischen Handelsministerium verworfen worden war, sah sich die Verwaltung der Adler-AG veranlaßt, einen Antrag auf Stilllegung auch der Zeche Centrum 4/6 bei der Regierung in Düsseldorf zu stellen. Zu dieser Angelegenheit nahm die Belegschaft Stellung.

Das Betriebsratsmitglied der Zeche Centrum 4/6, Genosse W a h m a n n, berichtete über die Verhandlungen in Berlin. Der Referent, Genosse O t t e r, Bochum, legte noch einmal der Versammlung die Sachlage klar. Insbesondere ging er mit dem Sachverständigen Oberbergamtsdirektor Dr. W e i s e, Dortmund, wegen seines zweiten Gutachtens, aber ganz besonders wegen seiner Erklärung in der Kölnischen Zeitung, sehr scharf ins Gericht. Der Gutachter sagt in seiner Erklärung, daß er nur ein Gutachten erstattet hätte und das „angebliche“ zweite Gutachten wäre nur eine Stellungnahme zu einem Teilplan. Es trifft doch wohl nicht zu, was hier Herr Oberbergamtsdirektor Dr. Weise der Öffentlichkeit glaubt vortragen zu müssen.

In dem Begleitschreiben zum zweiten Gutachten sagt Herr Dr. Weise dem Herrn Minister:

„In dem Gutachten (also im zweiten) ist den Belangen der Gewerkschaft Johann Deimelsberg und der Adler-AG weitgehend Rechnung getragen. Trotzdem komme ich zu dem Ergebnis, daß an eine Wirtschaftlichkeit solange nicht zu denken ist, solange das jetzige Verhältnis zwischen Selbstkosten und Erlös fortbesteht. Dabei sind die unzulänglichen Abfahrtsverhältnisse beim niederschleiflich-weißfälligen Kohlenfundat vorliegend noch nicht einmal in Rechnung gestellt und für die Zentralanlage der volle Absatz ihrer Produktion angenommen.“

Aus seinem Begleitschreiben geht klar hervor, daß er das jetzt „angebliche“ Gutachten am 7. April 1928 selbst als

### kein Gutachten an das Ministerium

bezeichnet hat. Damit soll nach dieser Richtung hin genügend Aufklärung gegeben sein.

Herr Dr. Weise sagt in seiner Erklärung, daß die Verwaltung der Adler-AG nicht die Bücher offen gelegt und die Unterlagen nicht beigebracht hätte. Demgegenüber ist zu erklären, daß die Verwaltung den beiden Mitarbeitern, Bergassessor S t a p e n h o r s t und M ö g e l i n, die Herr Dr. Weise beauftragt hatte, weitere Feststellungen zu machen, alle Unterlagen und Bücher vorgelegt hat. Den beiden Herren stand alles zur Verfügung, was sie nur begehrten und gewünscht haben. Außerdem sei mitgeteilt, daß die Direktion am 22. März in Berlin dem Gutachter Dr. Weise und auch dem Ministerium alles zur Einsichtnahme angeboten hat. Wenn Herr Dr. Weise und das preussische Handelsministerium nicht das Bedürfnis nach Einsichtnahme gefühlt und die Unterlagen nicht geprüft haben, so ist das ihre Sache. Was die Zusammenlegung des Klientenkapitals anlangt, die Herr Dr. Weise in seiner Erklärung anschnelldet, so ist das eine interne Angelegenheit des Aufsichtsrates, um die Herr Dr. Weise sich wirklich nicht zu kümmern braucht. Er hatte nur die Aufgabe zugewiesen bekommen, die Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Dieses hat er in seinem ersten Gutachten vom 20. Februar bejaht, während er in seinem Gutachten vom 7. April dieses verneint hatte. Das ist der krasse Widerspruch, mit dem sich die Öffentlichkeit und die Belegschaft mit Recht befassen muß.

Das Kohlenfundat — so fuhr Genosse O t t e r fort — treibt eine Verkaufs- und Umlagepolitik, die auf die Dauer nicht zu ertragen sei. Die Öffentlichkeit hat ein großes Interesse, zu erfahren, ob überhaupt die Umlage in Höhe von 1,38 Mark je Tonne notwendig ist. Es ist allgemein bekannt und geradezu sprichwörtlich geworden, daß

das Kohlenfundat ein sehr teures Institut ist und ein Riesenerbe von Direktoren besetzt, die mit dem Verkauf der Kohle fast nichts zu tun haben.

Diese Herren kosten dem Kohlenfundat gewaltige Summen, die nachher durch erhöhte Umlage eingezogen werden. Es wäre eine dankbare Aufgabe für das Reichswirtschaftsministerium und auch für den Herrn Gutachter und Sachverständigen Dr. Weise, die Höhe der Summe nachzuprüfen, mit der die Herren Direktoren des Kohlenfundats das Syndikat befehlen.

In der Bergverwaltung ist manches nicht in Ordnung und erheischt eine sehr schnelle Aenderung und Besserung. Nach der Revolution sind aus der Arbeiterschaft in die Verwaltungsstellen eingezogen: Bürgermeister, Oberbürgermeister, Landräte, Regierungsräte, Oberregierungsräte, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Staatssekretäre, Minister, Reichsminister und sogar das höchste Amt, das Amt des Reichspräsidenten, ist mit einem ehemaligen Arbeiter besetzt gewesen. Dagegen hat in der Bergverwaltung, bei den Oberbergämtern und Bergämtern kein Bergarbeiter aus dem Arbeiterstande hervorgegangen, seinen Einzug gehalten. Dort herrscht nach wie vor eine

### Elitensystem, eine richtige Schwäger- und Vetternwirtschaft.

Daraus erklären sich die Widerstände und das starre unbewegliche System, das den Arbeitern stets begegnet und Schwierigkeiten bereitet. Diese Leute hatten geglaubt, über Selbstergeben und Parlamentsbeschlüsse sich hinwegsetzen zu können. Sie sind anscheinend der Meinung gewesen, der Landtag geht nach Hause, die Abgeordneten werden sich in den Wahlkampf stürzen, und damit fertig. Es ist aber anders gekommen. Wir werden nicht zulassen und nicht dulden, daß renitente Bürokraten sich über Parlamentsbeschlüsse hinwegsetzen. Wir werden die Leute über kurz oder lang zur Rechenschaft ziehen. Wir wollen alles versuchen und alles tun, damit der Plan der Bürokraten vereitelt wird. Wir wollen unsere ganze Kraft dafür einsetzen, damit die Zeche Johann Deimelsberg und Centrum 4/6 nicht stillgelegt werden, sondern in Betrieb bleiben. (Demonstrativer Beifall.)

Der in der Versammlung anwesende Betriebsobmann der Zeche Johann Deimelsberg, Gustav H a a k, der der KPD angehört, nahm zu den Anwürfen im Ruhrrecho gegen ihn das Wort zu folgender Erklärung und hat die Pressevertreter, diese Erklärung wörtlich wiedergegeben:

„Ich spreche dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Sch u b e r t jedes wirtschaftliche Verständnis über Bergbaufragen ab. Was ihn auszeichnet, ist seine große Klasse, mit der er nur anständige Leute beschimpft, beschmutzt und damit Spargel quer fressen kann. Das ist aber auch alles. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Schubert drang in der öffentlichen Bergarbeiterversammlung am 18. April in Steele mit geballten Fäusten auf mich ein, um mich zu schlagen und nannte mich zugleich auch noch einen Provokateur. Das ist eine Erbärmlichkeit, wie ich sie schimmer nicht erlebt habe und kennzeichnen kann.“

Auf die Ausführungen des kommunistischen Landtagsabgeordneten Sobotta im Ruhrrecho vom Samstag, dem 21. April, habe ich zu sagen, daß ich das, was in der Volkswacht in Essen und anderen Zeitungen in bezug auf die Entlassung der Kommunisten gestanden hat, inhaltlich vollkommen bestätige und mit meiner ganzen Person decke. Der Inhalt ist wahr, es bleibt dabei.

### Sobotta ist gerichtet.

Wegen der Unterstellungen und Unwahrheiten, die der kommunistische Landtagsabgeordnete Sobotta im Ruhrrecho in derselben Nummer gegen mich als Betriebsobmann verbreitet hat, erkläre ich den Abgeordneten Sobotta als einen gemeinen niederträchtigen Lügner und Verleumder. Ich fordere ihn auf, gegen mich zu klagen, damit ich vor Gericht die Gelegenheit bekomme, ihn noch mehr zu entlarven.

## Dreißigzwanzigstes Kapitel.

### Stimmen aus dem Totenhause.

#### Letzte Briefe.

Die Zellen im Totenhause waren Tag und Nacht hell erleuchtet. Eine kleine grüne Tür führt in den Raum, wo der elektrische Stuhl wartet; weder Selbstmord noch Flucht darf ihm seine Opfer rauben. Hier warteten Sacco und Banzetti an jenem 10. August auf den letzten kurzen Gang zum elektrischen Stuhl und auf das Einschalten des tobdringenden Stroms. Sie konnten einander nicht sehen, aber



Öffnet die Geheimarchive!

Sie konnten miteinander sprechen. Welche schrieben Briefe an ihre Freunde und Familien. Sacco war von dem fünfundsiebzigjährigen Hungerstreik so geschwächt, daß er sich kaum aufrecht halten konnte. Er hatte seiner Frau und seinem Sohn Dante bereits das letzte Lebenswort gesagt und fandte nun eine aufmunternde Botschaft an seine Genossen. Banzetti empfand besonders schmerzhaft, daß seine Schwester, die zum letzten Abschied von ihm über den Ozean reiste, zu spät eintreffen würde, um ihn noch einmal zu sprechen.

Stunde auf Stunde verrann. Sacco und Banzetti warteten auf das Wort, das ihnen Leben oder Tod bringen würde. Die Verzögerung regte sie nicht so sehr an wie ihre Freunde in der Freiheit. Sieben Jahre sind eine lange Zeit, in der man sich mit dem Gedanken an den Tod vertraut macht. Selbst die Folter der Hoff-

Als ich das erste Mal bei Sobotta in Berlin vor sprach, hatte er für mich nur 10 Minuten Zeit übriggehabt. Er stellte mir einen Reichstagsabgeordneten in Aussicht, der mich zum Reichsarbeitsministerium begleiten sollte. Auf diesen Reichstagsabgeordneten warte ich bis heute noch. Im Handelsauschuß hat er mich verleugnet. Zu den Ausführungen Sobottas im Ruhrrecho, daß ich mit Deutschnationalen und Volksparteilern am Tisch gegessen hätte, kann ich nur sagen, daß Sobotta hierzu wissentlich die Unwahrheit gesagt hat.

Vom Betriebs- und Aufsichtsratsmitglied Kameraden W a h m a n n bin ich in der Eigenschaft als Betriebsobmann dem Aufsichtsratsmitglied und auch Grubenvorstandsmitglied der Gewerkschaft Johann Deimelsberg, dem Abgeordneten v. Waldthausen, vorgestellt worden. Diese Unterredung über die Stilllegung dauerte etwa 5 Minuten, und zwar stehend. Seit jener Zeit habe ich den Abgeordneten v. Waldthausen weder gesehen, noch mit ihm gesprochen. Sobotta schreibt im Ruhrrecho, es eckte ihn an, wie ein Arbeiter einen Grubendirektor und Zechebesitzer anbetet und dafür eintritt, damit dieser Millionärgehente erhält. Diese Unwahrheit kennzeichnet mit aller Deutlichkeit den Abgeordneten Sobotta. Meine Kameraden vom Betriebsrat können bezeugen, daß ich nie mit Deutschnationalen und Volksparteilern am Tisch gegessen und mit ihnen Bier getrunken habe.

Zu den Reisekosten nach Berlin, die im Interesse der Belegschaft gemacht worden sind, um Kredit zu erlangen und die Stilllegung zu verhindern, sei Sobotta nur noch gesagt, daß für die Kosten die Verwaltung aufkommen ist und nicht die Belegschaft dieselben durch Sammlung aufgebracht hat.

Es ist ekelregend, wenn man hören und lesen muß, wie kommunistische Abgeordnete Lügen und Verleumdungen über Arbeiter und Betriebsräte verbreiten, nur weil sie sich für die Arbeiter eingesetzt haben, damit ihnen ihre Arbeitsstätte erhalten bleibt. Bei der Stilllegungsfrage habe ich mich nicht als Parteimann der KPD, sondern als Betriebsobmann, und zwar für die ganze Belegschaft eingestellt. Als Betriebsobmann habe ich die Pflicht, die ganze Belegschaft zu vertreten, ohne Unterschied der Partei- und Gewerkschaftsrichtung. Ich habe durch mein Eintreten mehr praktische Arbeit für das Allgemeinwohl geleistet, als die Abgeordneten Schubert und Sobotta in ihrer ganzen Tätigkeit. Uns Arbeitern steht keine Immunität zur Seite, wir müssen alles verantworten, was wir tun.“

Diese Erklärung hatte eine ungeheure Wirkung auf die Versammlung. Die Anhänger der KPD sahen da wie gerädert und hilflos, sehr verlegen sah einer den anderen an.

### Das Gewitter schlug in das Lager der Kommunisten ein.

O t t e r.

## Misserfolg der Frankfurter Frühjahrsmesse

SPD Die am Sonntag eröffnete Frankfurter Messe steht, wie uns aus Frankfurt berichtet wird, unter keinem guten Stern. Die Zahl der Aussteller ist allerdings gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Auch der Besuch kann wohl als bedeutend bezeichnet werden. Der Eingang an Aufträgen reicht jedoch nicht an den der Herbstmesse 1927 heran und liegt durchweg unter Durchschnitt. Am besten ist wohl die Messe durch die Möbel- und Holzverarbeitungsindustrie besetzt worden, die aber, der Lage am Baumarkt entsprechend, nur geringe Umsätze erzielt. Auch das Geschäft der Spielwarenindustrie kann nicht befriedigen. Nicht besser ergeht es dem stark vertretenen Kunstgewerbe, das gute Ergebnisse der deutschen und österreichischen Werkstätten darbietet. Ein besseres Geschäft erzielten die Aussteller von Lederwaren und Reiseartikeln. Auch Textilien und Wollwaren werden gefragt.

## Leben und Sterben von Sacco und Banzetti

47)

Von Eugen Lyons.

Deutsche Zeitungsrechte: Ernst Engel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 9.

### Staats- und Bundesrichter einstimmig.

Inzwischen ging die Jagd durch die Gerichte in atemberaubendem Tempo weiter. Einige Rechtsanwältinnen, darunter Francis Fisher Kane, Arthur Garfield Hages und Frank P. Walsh, unterstützten die Verteidigung.

Einen Tag nach dem Ausschub der Hinrichtung wurden einige Beschwerden mit Erlaubnis des Richters Sanderson dem Richterkollegium des höchsten Gerichtshofes vorgelegt. Am selben Tage gestattete Thayer großmütig, auch die Beschwerde gegen seine Entscheidung in der letzten Woche dem höchsten Gerichtshof zu unterbreiten. Diese Beschwerden wurden am 15. August verhandelt; die Richter lauteten feierlich und verlangten drei Tage Zeit, um ihre Entscheidung zu treffen.

Petitionen um Begnadigung wurden von verschiedenen niederen Instanzen abgelehnt. Musmanno fuhr nach Washington, um einen Antrag im Allerhöchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten vorzulegen. Auch Richter Holmes, Mitglied dieses Allerhöchsten Gerichtshofes, wurde aus neue um Widerruf der Hinrichtung ersucht — und wieder lehnte er ab. Tait, der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten und hochgeachteter Richter, telegraphierte aus Kanada, wo er seine Ferien verlebte, daß er sich nicht in die Angelegenheit einmischen könne.

Die letzte Hoffnung lag noch bei Oberrichter Louis D. Brandeis. Brandeis wurde einmal von den gleichen Leuten, die Sacco und Banzetti morden wollten, bitter bekämpft. Er war Jude und wegen seiner liberalen Anschauungen bekannt. Seine Ernennung zum Oberrichter durch den Präsidenten Wilson hatte seinerzeit den Born aller Reaktionen hervorgerufen. In Massachusetts war die Opposition gegen ihn besonders heftig. Die Fuller, Thayer und Lowell betrachteten ihn politisch und vom Massenstandpunkt aus als Außenstehender. Auf ihn setzten die Freunde Saccos und Banzettis ihre letzte Hoffnung. Aber auch diese Hoffnung erwies sich als trügerisch. Brandeis blieb seiner Klasse treu und lehnte ab, zwei Menschenleben vom Tode durch Henkershand zu retten.

Gleichzeitig bemühten sich andere Rechtsanwältinnen, die Veröffentlichung der gesamten Akten des Justizministeriums durchzusetzen. Sie behaupteten, daß in diesen Akten die Beweise für Saccos und Banzettis Unschuld gefunden werden müßten, daß wenigstens die Verschönerung, die zu ihrer Verhaftung führte, durch die Veröffentlichung ausgedeckt würde. Der Generalstaatsanwalt Sargent lehnte jedoch das alles ab. Einige Tage später erklärte eine untergeordnete Stelle, daß die Akten der Verteidigung zugänglich gemacht würden, falls Fuller oder das Beratende Komitee Lowell einen solchen Antrag stellen sollte. Aber Fuller überhörte dieses Angebot und Lowell war von der Wildschilde verschwunden. Keiner von ihnen stellte den Antrag auf Veröffentlichung der Akten.

Am 22. August, der Tag der Hinrichtung, nachts, waren alle juristischen Möglichkeiten erschöpft. Nur ein Antrag, die ganze Angelegenheit vor dem Allerhöchsten Gerichtshof der Vereinigten Staaten neu aufzurollen, war noch nicht entschieden. Alle Möglichkeiten, die die juristischen Formalitäten gestatten, waren erschöpft. Trotzdem war die Hinrichtung ein Akt der Gerechtigkeit. Sacco und Banzetti wurden abgeführt und sofort hingerichtet. Die Täter gehörten zur „guten Gesellschaft“ Massachusetts.

nung verliert etwas von ihrer Grausamkeit, wenn sie jahrelang angeordnet wird. Als während des ganzen Tages keine Nachricht eintraf, gaben die Besucherinnen jede Hoffnung auf.

Dreißig Minuten vor ihrer Todesstunde wurde ihnen mitgeteilt, daß man ihnen noch zwölf Tage Frist gegeben habe. Der Wärter, der die Nachricht brachte, war viel aufgeregter als sie. Sacco blieb bewegungslos auf seiner Matratze liegen. Banzetti kam zur Jekentür, griff nach den eisernen Stäben und beugte sich vor. „Ich freue mich darüber“, sagte er, „ich möchte so gern noch meine Schwester sehen, bevor ich sterbe.“

Am nächsten Morgen wurden sie wieder in die gewöhnliche Gefängniszelle übergeführt. Acht Tage darauf, am 10. August, brachte man sie erneut in die hellereinstreuten Todeszellen. Sacco durfte seine Frau täglich einmal, manchmal auch zweimal, während der ganzen zwölf Tage, empfangen. Banzetti sah seine Schwester. Sie war ein junges Mädchen gewesen, als er vor neunzehn Jahren von ihr Abschied nahm, nun war sie eine Frau mittleren Alters. Der Wärter erlaubte ihnen, in einem menschlichen Gefühl sich ohne das Hindernis der kalten Gitterstäbe zu umarmen. Das war am 20. August. Nach drei Tagen des Lebens — dann sollte Luigla den leblosen Körper ihres Bruders in Empfang nehmen . . .

### Der Glaube an die Kraft der Arbeiterschaft.

An jenem Tage, an dem Thayer Banzetti verurteilte und Banzetti diesen Richter und die bürgerliche Gesellschaft richtete und verdamnte, landte er an seine Genossen folgendes Schreiben:

„Ihr seid in unseren Herzen und unseren Gedanken, Ihr alle, die wir kennen und die uns bekannt sind, die da sprechen und die da schweigen. Wir werden die Erinnerung an Euch mit uns ins Grab nehmen.“

Doch wir wollen zu Euch vom Leben sprechen. Genossen und Freunde, seid guten Mutes und starken Herzens! Laßt nicht nach und macht keine Pause durch Trauer oder Verzweiflung. Der Feind kann uns einerkern, foltern, viele von uns töten, er kann unser Heim, unsere Häuser und unsere Organisationen zerstören, aber er kann niemals unsere Ideen, das Recht und die Wahrheit unseres Volkes vernichten!“

Am 24. März 1927 schrieb Banzetti seinem Freunde Abbott nach New York:

„Man erzählt mir, daß die Agitation in Europa und in Südamerika sehr ausgedehnt und intensiv ist. Es scheint auch, daß unsere amerikanischen Freunde, oder vielmehr unsere Freunde in Amerika, beabsichtigen, aus der Welt der Worte und pragmatischen Zeremonien zu irgendeiner praktischen Aktion überzugehen. Und es ist wirklich Zeit! Wenn nur die Hälfte von dem, was in anderen Ländern geschehen ist, hier geschehen wäre, könnten wir vielleicht jetzt für die Befreiung anderer Gefangenen und für den Sieg der Freiheit arbeiten . . . Bei solchen Ereignissen sind Worte nicht immer ein Echo der Gedanken, die zur Tat drängen, sondern häufig ein Zeichen mangelnden Willens.“

Sacco schrieb an J. S. von Balkenburgh im Juni, einen Monat vor der Festlegung des Datums der Hinrichtung:

„Was ich Ihnen schon einmal schrieb, wiederhole ich heute: nur ein internationaler Protest kann uns retten. Wir stehen dem Grade so nahe, daß ich über Ihren Befehl und seinen unbegründeten Optimismus erkaunte bin, der mir sagt: Verzweifle nicht, mein lieber Nicola, denn wenn Deine Dual auch lang und ermüdend ist, Ihr werdet doch bald in Freiheit sein.“

(Fortsetzung folgt.)



# Aus der Umgebung

**Größern. Gemeindeverordnetenversammlung.** Auf die erfolgte Ausschreibung über Abgabe des Siedlungsgeländes haben sich jeweils Bewerber gemeldet, doch nur noch drei Baupläne für eine weitere Vergebung übriggeblieben. Gegen die Verteilung des Geländes an private Siedler erheben wiederum die beiden KPD-Vertreter Einspruch, während sie in den vorausgegangenen Sitzungen der Ausschüsse durch Schweigen ihre Zustimmung erteilten. Über den geplanten Schulhausbau sollen von Sachverständigen Informationen eingeholt werden. An Stelle des aus dem Gemeindevorstand auscheidenden Herrn Bauer wird Fräulein Schade, Großdeuben, eingesetzt. Der Auszubau der Apfelbäume an der Seifenmacher Straße wird zugestimmt. Die Göhrener Straße wird demnächst eingebaue, verbreitert und mit Fußweg versehen. Ergänzungswiese haben sich sofort alle Anlieger bereit erklärt, das erforderliche Gelände abzutreten. Die Anlieger anderer Straßen mögen sich daran ein Beispiel nehmen. Die Verschleusung der Karl-Liebknecht-Straße wird nach Vorschlag des Bauausschusses mit Stampfbetonarbeiten ausgeführt. Der fertiggestellte Flächenanwendungsplan lag zur Ansicht aus und wurde einstimmig zur weiteren Genehmigung weitergeleitet. Die Erteilung der Schanferlaubnis für Herrn Kaufmann Emil Weber konnte nicht befürwortet werden, da ein Bedürfnis nicht vorliegt. Ebenso konnte dem Gesuch dreier KPD auf Gewährung einer Beihilfe, trotz fadenheiser Gründe, die Otto Gaisch zum Vortrag brachte, nicht zugestimmt werden. Unsere Genossen betonten mit Recht, daß das soziale Elend innerhalb der Gemeinde erst behoben werden müsse, ehe Gemeindegelder an unkontrollierbare Stellen abgegeben werden. Ein gleiches Gesuch der KPD verfiel vor kaum halbjähriger Frist der Ablehnung, und heute mußten sich die Betorneten schon wieder damit beschäftigen. Braucht die KPD Wahlmaterial?

**Kuligt. Ein Erfolg der Freidenker.** Wie man vor einigen Wochen an dieser Stelle in der Volkszeitung lesen konnte, hatte der Kirchenvorstand von Kuligt nach einem Lichtbildervortrag des „Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung“ einen „christlichen“ Beschluß in einer anscheinend sehr eilig einberufenen Sitzung gefaßt, der dahin ging, daß alle Dissidenten — also Freidenker — 20 Mark Grabgebühren zahlen müßten, in die vordere rechte Ecke des Kirchhofes — also außer der Reihe —

beerdigt werden sollten und auch keinerlei Grabreden, außer von kirchlicher Seite, dort gehalten werden dürften. Mit diesen höchst ungeeigneten Mitteln hoffte man, hier die junge, aufblühende Freidenkerbewegung totzuschlagen. Jedoch — man hatte danebengehauen. Die sehr starke Ortsgruppe Großsch. der Freidenker obengenannten Verbandes unterstützte die vorläufig hier noch kleine Freidenkerbewegung in tatkräftigster Weise in ihrem Kampfe gegen die „tolerante“ Kirche, indem sie zuerst einmal ein geharnischtes Flugblatt gegen die hiesigen kirchlichen Verhältnisse verfaßte und dann eine öffentliche Volksversammlung einberief. Zu dieser war auch Herr Pfarrer Goldmann schriftlich eingeladen worden, doch er hatte den besseren Teil der Tapferkeit erwischt und war nicht erschienen. Dafür aber hatte er dem Genossen Gröbner als Einberufer einen Brief geschrieben, dessen Inhalt sehr bezeichnend für den Herrn Pfarrer und für uns als Freidenker sehr freudig anregend ist. Er lautet folgendermaßen:

Sehr geehrter Herr!

Ihre freundliche Einladung, für die ich bestens danke, kommt leider zu spät, denn ich hatte bereits eine andere Einladung für heute abend vor einigen Tagen erhalten und zugefagt.

Auch ist der Grund für mein Erscheinen in Ihrer Versammlung völlig hinfällig, da bereits vor über 3 Wochen der hiesige Kirchenvorstand seinen „Dissidentenbeschluß“ auf behördliche Anordnung hin zurückgenommen hat. Ich verspreche mir darum auch von einer Aussprache in einer öffentlichen Versammlung keinerlei Förderung kirchlicher Interessen. — Daß Sie trotzdem gegen Kirche und Pfarrer weiter gehen werden, weiß ich; aber das schadet nichts. Die evangelische Kirche hat im Laufe der Jahrhunderte andere Stürme überstanden und ihnen siegreich getraut. Auch die „Freidenkerbewegung“ wird sie nicht überwältigen. (Matth. 16, Vers 18.)

Mit vorzüglicher Hochachtung Goldmann, Pfarrer.

Nun, für uns war das Resultat unseres Kampfes gegen die Kirche sehr befriedigend, wir haben vorläufig die Rücknahme dieses „christlichen“ Dissidentenbeschlusses erreicht. Daß der Kirchenvorstand diese Zurückziehung nicht veröffentlicht, liegt wohl ebenfalls an der so oft im Munde geführten „Toleranz“ dieser Kirche. Doch wir nehmen ihnen die Arbeit gern ab und werden weidlich für die Befanntgabe dieser Tatsache sorgen. Aus mitfühlendem Herzen verziehen wir das: man blamiert sich doch nicht gern! Große Grundmann-Leipzig gerpflüdt in seinem wohldurchdachten und sehr anschaulichen Referat das pfarrherrliche Schreiben und den darin angeführten Bibelvers. Der Redner legte in seinem Vortrag „hat Jesus gesagt“ an der Bibel und den wissenschaftlichen Forschungen die Unstimmigkeiten dieser kirchlichen Sage klar. Die Freidenker sind auf jeden Fall mit ihren bisherigen Ergebnissen in Kuligt zufrieden. Und daß die Freidenkerbewegung noch

kürmlicher, noch machtvoller, noch mitreißender werden wird, dafür wird Sorge getragen. Herr Pfarrer Goldmann. Ihr aber, Arbeiter von Kuligt, sorgt bei der nächsten Reichstagswahl mit dafür, daß es der neuen Volksvertretung gelingt, wiederum ein weiteres Stück kirchlich-pfäffischer Macht hinwegzufegen.

**Schleudrig. Bürgermeister Pajschke** fühlt sich als Diktator. Nachdem die Besoldungsordnung durch den Bürgerblock Annahme gefunden hatte, ließ der Bürgermeister durch Umlauf den städtischen Beamten und Angestellten bekanntgeben, daß jeder Einspruch dagegen zu unterbleiben habe, andernfalls sämtliche Einsprüche kurzerhand abgewiesen würden. Die Annahme der Besoldungsordnung in der jetzigen Form konnte doch nur geschehen, weil der Genosse und die Genossin Schulze als Stadtverordnete durch den Bürgermeister verhindert wurden, an der Abstimmung teilzunehmen. Der Umlauf an die Beamten und Angestellten sowie die Handlungsweise gegen die Genossin und den Genossen Schulze sind Eingriffe in die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte.

Es sollte aber noch schöner kommen, die durch den Ordnungsblok geschaffene ungerechte Besoldung mußte den Widerspruch der Mehrzahl der Beamten und Angestellten auslösen. Die Unterzeichnung des Umlaufes, wonach alle Einsprüche keine Berücksichtigung finden, war von den Angestellten und Beamten der Stadtsparkasse nur mit Vorbehalt geschehen, weil gerade dieser Zweig der Verwaltung, ob männlich oder weiblich, mit der Besoldung am schlechtesten abgefunden hatte. Aus diesem Grunde war durch die Betroffenen Einspruch erhoben worden. Am Donnerstag, dem 19. April 1928, wurde dem Direktor der Sparkasse vom Herrn Bürgermeister Pajschke eröffnet, daß die mitunterzeichneten 4 weiblichen Angestellten, die schon bis zu 12 Jahren bei der Stadtsparkasse beschäftigt sind, ihre Unterschrift von dem Einspruchsschreiben zurückziehen haben, andernfalls die Kündigung sofort auszusprechen sei. Nach dem Motto: Freiß Vogel oder stirb ist hier von dem ehemaligen KPD-Bürgermeister, dem Ordnungsblok zuzufolge, gehandelt worden. Eine derartige Handlungsweise steht wohl im öffentlichen Leben einzig da. Dabei beruft sich Herr Pajschke auf einen angeblichen Magistratsbeschluss, der aber nach eingezogenen Erkundigungen gar nicht besteht.

Eine derartige unwürdige Handlungsweise ist geschehen bei einer Behörde, deren Vertretung eine Arbeitermehrheit aufzuweisen hat. Aber diese Vertretung ist schuldlos, sie ist von dieser muffinsindischen Diktatur nicht unterrichtet. Handelt es sich dagegen um die Besoldung des Herrn Bürgermeisters, so werden alle Register gezogen, um für seine Person das Günstigste herauszukolieren. Dabei findet er leider tatkräftig Unterstützung bei der KPD. Weber also diese Maßnahmen wird noch manches Wörtchen an der richtigen Stelle zu reden sein.

## Gewerkschaftliche Anzeigen

Ortsauschuß des A. D. G. B. Leipzig  
Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Fernruf 34021

**Deutscher Verkehrsband, Verwaltungsstelle Leipzig**  
Geschäftst.: 9-11 u. 4-7 Uhr, Sonnabends 9-2 Uhr, Tel. 34011

**Voranzeige**  
Dienstag, den 8. Mai 1928, 19.30 Uhr im Volkshaus Nebenraum rechts

**Quartals-Delegierten-General-Versammlung**  
Tagesordnung: 1. Geschäfts-, Arbeitsnachweis- und Kassenbericht. 2. Bericht der Revisions-Kommission. 3. Bericht der eingeleiteten Statutenberatungs-Kommission. 4. Entl. Aufstellung einer Kandidatenliste zur Delegiertenwahl zum Bundestag. 5. Entl. Anträge von Mitgliedern. — Diskussion zu allen Punkten. — Laut Bescheid der letzten General-Versammlung erfolgen normalerweise schriftliche Einladungen an die einzelnen Delegierten nicht. Zur Teilnahme an der General-Versammlung berechtigt nur das Mitgliedsbuch und die Delegierten-Karte. Wir erlauben um vollständiges und pünktliches Erscheinen aller General-Versammlungs-Vertreter

Die Ortsverwaltung, i. V. Heinz Reber.  
**Deutscher Textilarbeiter-Verband, Filiale Leipzig.**

Bureau: Zeitzer Str. 32, II, Zimmer 57, Geschäftst. 11-12, 4-6 Uhr, Sonnabends 10-11 Uhr, Tel. 321 10 (34011 u. 34021)

Freitag, 27. April, 19.30 Uhr, Volkshaus, Nebenraum rechts, **Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Die Bedeutung der Ferien unter Berücksichtigung der Mantelbestimmungen des Tarifvertrages und ihre Bedeutung. Anschließend Film. 3. Verschiedenes. Mitgliedsausweis ist unbedingt mitzubringen; ohne Ausweis keinen Zutritt. Zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Arbeiter-Samariter-Bund

e. V., Kolonne Leipzig

**Achtung!**  
Die für Freitag, den 27. April 1928, nach dem Glosium einberufene außerordentliche Generalversammlung kann besonderer Umstände halber **nicht stattfinden.** Der Termin für die Versammlung wird erneut festgesetzt. S. B. Der Vorstand.

L 215

Die weissen leichtlöslichen **LUX** Seifenflocken geben einen doppelt so starken Schaum, der Gewebe u. Farben schon. Deshalb sind sie so ausgiebig und sparsam.

Ein Esslöffel Lux-Seifenflocken eine Schüssel voll Schaum

SUNLICHT MANNHEIM

Wenig getragen, elegant neu  
**Herrngarderobe**  
4teil. Sport-Anz.  
Sommer-Paletots  
spottbillig verkauft  
**Barth**  
Gr. Fleischergasse 1\*

**Familien-Nachrichten**  
Für die uns anlässlich unserer **Siberson Hochzeit** in so reichem Maße entgegengebrachten Ehrungen und Geschenken sagen wir allen Verwandten und Bekannten sowie den Genossen und Sängern unseren herzlichsten Dank.  
**Herrn ann Haferkorn und Frau.**

Montag früh wurde unser lieber Vater, Herr **Paul Michael** von seinem langen, schweren Leiden erlöst.  
Leipzig-Lindenau, Demmeringstraße 141, I  
In stiller Trauer  
**Elise Michael und Kinder.**  
Die Einäscherung findet Freitag, den 27. April, vormittags 11 Uhr, auf dem Südfriedhof statt. Blumenstempel werden dankend abgelehnt.

**Gummi-Klose**  
LEIPZIG-HAINSTR. 17-19  
Wochenblatt-Ausstattungen Alle Artikel für Mutter und Kind in reicher Auswahl. Vorlesen Sie Katalog. Separ. Damenbedienung

**la Obstbäume** sowie Booronobis: Schlingrosen, Zier- und Schlinggehölze und Kontieren laufen Sie am besten direkt in der Baumhülle. Größte Bestände bietet bei bester reeller Bedienung an **Karl Köhler, Baumschulen** Zuckelhäuser-Leipzig, Tel. 65176. Unverbindliche Besichtigung erbeten. Katalog und Beratung kostenlos!

### KLEINER ANZEIGER

**Stellenangebote**  
Vertreter(in) für **Groitzsch-Pegau** im Nebenberuf gesucht! Bewerber, welche in der Arbeiterkassentätigkeit eingeführt und über hierzu notwendige Organisationskenntnis verfügen, wollen sich **Donnerstag, den 26. April, von 4 bis 6 Uhr** im Turnheim, Schillerstraße, vorstellen. Für Betriebsräte und Beitragsaffiliierter der Gewerkschaft besonders getanet. Berufsaufnahme vorläufig nicht notwendig.

Einige tüchtige **Wildwarenzurichter** stellt ein **Otto Brauer, L.-Lindenau** Luedstraße 5.

Tüchtige traktierende **Zementdielen-Arbeiter** bei höchsten Löhnen gesucht. **E. Kurt Leichsorn, Chemnitz,** Lubwigstraße 28.

**Steinsetzer** stellt sofort ein **Ernst Renner, Tief- und Straßenbau Gera.**

**Heimarbeiterinnen** für leichte Klebarbeiten gesucht. **Emil Bückner, Zichowerstraße 63.**

**Verkäufe**  
Nähmaschine 30 2027  
Klappwagen ohne Verbed 8 ..  
Bettschleife mit Matratze 7 ..  
Spiegel 8 ..  
Gardinenbänder 5 ..  
um. alles gut erhalten.  
**Lützner Straße 58, H. r.**

**Auf Kredit Schränke** 115 201, 115 202, 115 203  
**Scherbel** Grimmaische Str. 26 und Markt 2

**Kleider- und Wäscheschränke** 100, 110, 130, 150, 180, 180, 200 cm breit auf Spatzen Holzton. Best. Nachhilfe (om. a. Einzelstück i. gr. Ausm. Kein Laden, dab. Haus, bill. nur 10. 1. Schöner, Dieslau-Str. 38, A. Wrasznak, Möbelhaus.

**20-25 Küchen** und dienele lasterte und furnierte **Schlafzimmer** abt billigst ab **Lendel, Möbelhandlung,** Sophienstr. 33.

**Son Herrschaften** wenig getragene **Herr-Garderobe** bill. au der **Wittels, Porphyrstr. 12, p.** Ein- u. Verkaufsgesch.

**Zeugengesucht!** Am 11. November 1927, mittags gegen 4 1/2 Uhr, auf der Kreuzung Jahn- und Nonnenstraße in Leipzig-Blagwitz werden Zeugen höchlich gebeten, die den Zusammenstoß mit einem Personenzug und einem Kofferlieferwagen gesehen haben, sich bei **Herrn Otto Heilemann, Leipzig, Kleinschöcher, Altmarkt 37,** zu melden.

**Kaufgesuche**  
Gibt. Fanns, Nigal, Komme. f. Hug & Co., Schulst. 3, T. 14188. Off. n. Vis. ent.

**Sommerfrische Imsdorf** hol Bürgel I. Th. Herrlich, direkt am Walde geleg. Gute reiche, Verz. 4 Wk. **W. Franke.**

**Verleih** von Gesellschaftsanzügen **Baumgärte!** Königplatz 9.

**Haben Sie Stoff?** Fertige Ihnen einen modernen Anzug od. Mantel nach Maß mit Autaten von **29 Mark** an **Rudolph L. Reutnitz, Frommannstr. 15 p.** Auch Sonntags geöffnet

**Wohnen**

**Suche:** Itonnie 3-Zimm., Wohn. in Leipzig. **Biete:** neuzeitl. 4-Zimm.-Wohn., Südl. Borst, beste Bahnverbindung. Offerten unt. **V. 18** Fil. d. Bl., Zeitzer Straße 32 erbeten.

Seit. mittelgr. 3im., wenig möbliertes u. eine juna. Mann gesucht. Am liebsten Gröbelsch. **Pett u. Schrank** nach **Breis-**off u. 28 a. G. p. d. St., Taubstr. 19/21